



Georg Lutz

# Eidgenössische Wahlen 2011

Wahlteilnahme und Wahlentscheid

**selects**

Lausanne, 2012

Georg Lutz

Eidgenössische Wahlen 2011

Wahlteilnahme und Wahlentscheid

Selects – FORS, Lausanne 2012

Lutz, Georg  
Eidgenössische Wahlen 2011. Wahlteilnahme und Wahlentscheid.  
Lausanne: Selects – FORS, 2012.

Herausgeber: Selects – FORS

Das Wahlforschungsprojekt Selects sowie Druck und Übersetzung dieser Broschüre wurden unterstützt durch den Schweizerischen Nationalfonds, Projekt – Nr. 10FI13\_133957.

Selects ist dem Schweizer Kompetenzzentrum Sozialwissenschaften FORS in Lausanne angegliedert.

Bezugsquelle:  
Selects – FORS  
Universität de Lausanne, Vidy  
CH-1015 Lausanne  
Tel. 021 692 37 30  
Fax. 021 692 37 35  
e-mail: [selects@fors.unil.ch](mailto:selects@fors.unil.ch)

[www.selects.ch](http://www.selects.ch)  
[www.fors.unil.ch](http://www.fors.unil.ch)

Übersetzung: Nicolas Pekari (Französisch); Andrea Plata (Italienisch).

Alle Rechte vorbehalten.  
Copyright © bei den Herausgebern.  
Jede Art der Vervielfältigung ohne Genehmigung der Herausgeber ist unzulässig.

Druck: Bubenberg Druck- und Verlags-AG.

ISBN 978-2-940416-03-5

## Das Wichtigste in Kürze: SVP Opfer der Polarisierung

*Die SVP ist bei den Wahlen 2011 der selbst verursachten Polarisierung zum Opfer gefallen. Obwohl sie die stärkste Partei bleibt, kann sich die Mehrheit der Schweizer Wählerschaft nicht vorstellen, jemals SVP zu wählen. Dies zeigt eine Studie aus dem Wahlforschungsprojekt Selects, das vom Schweizerischen Nationalfonds (SNF) gefördert und bei FORS in Lausanne durchgeführt wird. BDP und GLP konnten von mehreren Parteien Wähler gewinnen und ihre Wählerschaft ist klar in der politischen Mitte positioniert. Überdurchschnittlich gut hat die SP bei den Auslandschweizerinnen und Auslandschweizern sowie bei Personen, die bei Geburt nicht die Schweizer Staatsbürgerschaft besaßen, abgeschnitten, aber auch bei diesen Gruppen ist die SVP noch zweitstärkste Partei.*

Die SVP hat die Polarisierung in der Schweiz in den letzten 20 Jahren wesentlich mitverursacht, und die Positionierung als national-konservative Rechtspartei war lange das Erfolgsrezept. Bei den Wahlen 2011 ist sie nun selber Opfer dieser Polarisierung geworden. Die SVP ist zwar die stärkste Partei der Schweiz, aber es gibt eine deutliche Mehrheit der Wählerinnen und Wähler, die sich nicht vorstellen kann, SVP zu wählen. Der Anteil der potentiellen SVP-Wähler ist zudem zurückgegangen. Die Isolation der SVP in der politischen Landschaft hat auch dazu geführt, dass die SVP mit ihrem Angriff auf Sitze im Ständerat scheiterte.

Die Wählerschaft der beiden neuen Parteien BDP und GLP ist klar in der Mitte positioniert, die BDP mit Ausstrahlung nach rechts, die GLP mit Ausstrahlung nach links. Bei der BDP setzt sich die Wählerschaft zu etwa gleich grossen Teilen aus ehemaligen Wählenden von SVP, FDP und SP zusammen. Die GLP war vor allem attraktiv für ehemalige FDP- und SP-Wählende, und auch viele ehemalige GPS-Wählende haben GLP gewählt. Die GLP war zudem überdurchschnittlich attraktiv für Personen, die 2007 nicht gewählt haben.

Wähler, die bei Geburt nicht die Schweizer Bürgerschaft besaßen und auch die Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer wiesen eine geringere Stimmbeteiligung auf und sie wählten zudem etwas unterdurchschnittlich SVP und etwas häufiger SP. Bei den Auslandschweizerinnen und Auslandschweizern schnitt zudem die GPS sehr gut ab. Jedoch ist auch bei diesen Wählergruppen die SVP noch die zweitstärkste Partei, deutlich vor den anderen bürgerlichen Parteien oder der GPS.

Die Wählerschaft verbindet einzelne Parteien mit bestimmten politischen Themen. Bei der SP ist dies die Sozialpolitik, bei der GPS und der GLP die Umwelt- und Energiepolitik und bei der SVP die Migrationspolitik. Die FDP kann noch in der Europapolitik und der Steuerpolitik punkten, der CVP wird in der Sozialpolitik

eine beschränkte Lösungskompetenz eingeräumt. Mit keinem Thema identifiziert wird hingegen die BDP. Eine tägliche Befragung von rund 100 Wahlberechtigten vor den Wahlen hat zudem gezeigt, dass in den letzten Wochen vor den Wahlen keine grossen Umwälzungen mehr stattfanden. Auch die Kampagnen entfalteten keine messbare Wirkung mehr.

Die Kandidierenden in der Schweiz geben grosse Summen für ihren Wahlkampf aus. Auf Kandidierende aller Parteien hochgerechnet ergeben sich durch Kandidierende getätigte Wahlkampfausgaben von insgesamt 30,5 Mio. Franken. Davon entfallen rund 7,7 Mio. auf die SVP, 7,1 Mio. auf die FDP, 4 Mio. auf die SP, 3,8 Mio. auf die CVP, 2,4 Mio. auf die GPS und je rund 1,3 Mio. auf BDP und GLP. Laut eigenen Angaben, investieren die Kandidierenden am meisten aus ihrem privaten Vermögen. Rund 50% der Mittel stammen aus dieser Quelle. Absolut macht dies bei den SVP-Kandidierenden je rund 10'000 Franken aus, bei der SP sind es nur 2'600 Franken. Die SVP-Kandidierenden können gegenüber den Kandidierenden anderer Parteien auch am meisten Spenden generieren.

## Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung .....	1
1.1	<i>Das Wahlergebnis 2011</i> .....	1
1.2	<i>Der Inhalt dieser Broschüre</i> .....	3
1.3	<i>Zur Interpretation der Ergebnisse</i> .....	4
2	Die Wahlteilnahme .....	7
3	Der Wahlentscheid .....	13
3.1	<i>Der Wahlentscheid nach sozialen Merkmalen</i> .....	13
3.2	<i>Wählerwanderungen</i> .....	20
3.3	<i>Politische Einstellungen und Wahlentscheid</i> .....	23
3.4	<i>Problembewusstsein, Themen und Wahlentscheid</i> .....	27
4	Die Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer .....	35
5	Die Ständeratswahlen .....	43
6	Die Kampagnendynamik .....	47
6.1	<i>Der Wahl- und Entscheidungszeitpunkt</i> .....	47
6.2	<i>Die Kampagnenwahrnehmung durch die Wählenden</i> .....	51
6.3	<i>Die kurzfristige Präferenzänderung</i> .....	55
6.4	<i>Die Partei- und Themenkonjunktur</i> .....	56
7	Parteipotentiale und ihre Ausschöpfung .....	63
8	Die Kandidierenden .....	69
9	Anhang .....	79
9.1	<i>Das Selects-Projekt</i> .....	79
9.2	<i>Zur Interpretation der Ergebnisse</i> .....	80
9.3	<i>Die Datenbasis</i> .....	81
9.4	<i>Gewichtung</i> .....	84
Box	<i>Wahlentscheid und Migrationshintergrund</i> .....	19
Box	<i>Die Einstellungen der Wählerschaft zum Atomausstieg</i> .....	33
Box	<i>Beeinflussen Umfragen das Wahlverhalten?</i> .....	59
Box	<i>Die Kandidierenden und Facebook</i> .....	76

## Parteiabkürzungen

BDP	Bürgerlich-Demokratische Partei
CVP	Christlichdemokratische Volkspartei
FDP	Freisinnig-Demokratische Partei Schweiz
GLP	Grünliberale Partei Schweiz
GPS	Grüne Partei der Schweiz
SP	Sozialdemokratische Partei
SVP	Schweizerische Volkspartei

## Tabellen und Grafiken

Tabelle 1	Offizielle Ergebnisse der Nationalratswahlen 1995 bis 2011 (in %).	1
Tabelle 2	Sitzverteilung im Ständerat 1995 bis 2011.	2
Tabelle 3	Wahlbeteiligung nach ausgewählten sozialen Merkmalen 1995-2011 (in %).	8
Grafik 1	Wahlbeteiligung nach Alter und Geschlecht 2011 (in %).	9
Tabelle 4	Wahlbeteiligung nach ausgewählten politischen Einstellungen 1995-2011 (in %).	10
Tabelle 5	Wichtigster Grund sich zu beteiligen 1995-2011 (in %).	10
Grafik 2	Wichtigster Grund sich zu beteiligen nach Parteientscheid 2011.	11
Grafik 3	Zustimmung zu Gründen sich nicht zu beteiligen (in %).	12
Grafik 4	Wahlentscheid nach Alter 2011 (in %).	14
Tabelle 6	Wahlentscheid nach ausgewählten sozialen Merkmalen und politischen Einstellungen 1995-2011.	16
Grafik 5	Wahlverhalten nach Migrationshintergrund (in %).	19
Tabelle 7	Mobilisierungsprozesse: Entscheid 2011 nach Verhalten 2007 (in %).	21
Tabelle 8	Demobilisierungsprozesse: Verhalten 2011 nach Entscheid 2007 (in %).	22
Grafik 6	Parteipräferenz Wählende und Nicht-Wählende 2011 im Vergleich (in %).	23
Grafik 7	Links-Rechts Positionierung der Wählerschaft 2011 (in %).	24
Grafik 8	Links-Rechts Positionierung und Wahlentscheid 1995.	25
Grafik 9	Links-Rechts Positionierung und Wahlentscheid 2011.	25
Grafik 10	Links-Rechts Positionierung der Wählerschaft der verschiedenen Parteien 2011.	27
Tabelle 9	Wichtigstes Problem der Wählerinnen und Wähler 1995-2011, sowie 2011 nach Parteientscheid (in %).	28
Tabelle 10	Partei, die am kompetentesten ist, das wichtigste Problem zu lösen 2011 (in %).	29
Grafik 11	Partei, die sich um bestimmte Themen am meisten kümmert und die darin die besten Lösungen zu bieten hat (2011).	31
Grafik 12	Einstellung sehr oder eher für Atomausstieg in %.	33
Grafik 13	Wahlbeteiligung der Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer in % nach Bindung mit der Schweiz.	36

Grafik 14	Wahlbeteiligung mit oder ohne Möglichkeit von „vote électronique“ in %.	37
Tabelle 11	Wahlentscheid der Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer im Vergleich zur ganzen Schweiz in %.	38
Grafik 15	Bewertung der Wichtigkeit der Anliegen der Auslandschweizer nach Partei.	39
Grafik 16	Wichtigkeit von Netzwerken und Organisationen um den Kontakt zur Schweiz zu halten.	40
Grafik 17	Nutzung von Informationsquellen durch Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer.	41
Tabelle 12	Unterstützung von Ständeratskandidaten einer Partei nach Parteiwählerschaft (in %).	44
Tabelle 13	Partei des zweitgenannten Kandidaten in Abhängigkeit des erstgenannten in %.	45
Grafik 18	Anteil der Personen, die angaben das Wahlmaterial bereits erhalten zu haben und Anteil der Personen, die bereits gewählt haben.	48
Grafik 19	Art der Stimmabgabe 1995-2011.	49
Grafik 20	Entscheidungszeitpunkt für den Wahlentscheid 1995-2011.	50
Tabelle 14	Entscheidungszeitpunkt, Art der Stimmabgabe und Parteientscheid in %.	51
Grafik 21	Bester Wahlkampf der Parteien 2011, insgesamt und nach Parteipräferenz vor den Wahlen.	52
Grafik 22	Partei mit positiver Berichterstattung, insgesamt und nach Parteipräferenz vor den Wahlen.	53
Grafik 23	Partei mit der negativsten Berichterstattung, insgesamt und nach Parteipräferenz vor den Wahlen.	54
Tabelle 15	Parteipräferenz vor den Wahlen und effektiv gewählte Partei (in %).	55
Grafik 24	Parteipräferenz in der Endphase des Wahlkampfes in %.	57
Grafik 25	Nennung als wichtigstes oder zweitwichtigstes Problem in der Endphase des Wahlkampfes in %.	58
Grafik 26	Wahrnehmung von Meinungsumfragen in %.	60
Tabelle 16	Wahrnehmung der Parteien in den Meinungsumfragen.	61
Tabelle 17	Wahlentscheid für die FDP und FDP als Verliererpartei genannt (in %).	62
Grafik 27	Wahlwahrscheinlichkeit der sieben grössten Parteien 2011.	64
Tabelle 18	Verlässliches und maximales Potential sowie deren Ausschöpfungsquote 2011 und 2007 (in %).	66
Grafik 28	Anzahl der Stunden, die Kandidierende in der Endphase des Wahlkampfes investiert haben.	70
Grafik 29	Herkunft der Kampagnenmittel nach verschiedenen Kategorien.	72
Grafik 30	Verwendung der Mittel der Kandidierenden in %.	74
Grafik 31	Kandidierende im Internet, Nutzung der Instrumente in %.	75
Grafik 32	Anteil der Kandidierenden mit Facebook-Profil nach Partei in %.	76
Grafik 33	Kandidierende im Internet, Zahl der Facebook-Freunde.	77

## 1 Einleitung

### 1.1 Das Wahlergebnis 2011

Die Wahlen 2011 brachten eine Trendwende in der Schweizer Politik. Gebremst wurde der langjährige Aufstieg der SVP. Erstmals seit 1991 legte die Partei nicht mehr zu, sondern verlor Wähleranteile, ihr Wähleranteil ging von 28,9% auf 26,8% zurück (siehe Tabelle 1). Verloren haben aber auch alle anderen Traditionsparteien, die FDP verlor 0,7%, die CVP 2,2% und mit einem Rückgang von 0,8% verlor auch die SP Wähleranteile. Die GPS konnte ebenfalls nicht an ihren Höhenflug von 2007 anknüpfen und verlor 1,2% Wähleranteile.

Gewinner der Wahlen sind zwei neue Parteien, deren Erfolg vor einigen Jahren kaum jemand vorhergesagt hätte, die BDP und die GLP. Beiden Parteien gelang es 5,4% Wähleranteile zu gewinnen und in vielen Kantonen, in denen sie zum ersten Mal überhaupt antraten, mehr als einen Achtungserfolg zu erzielen. Der Gewinn dieser beiden Parteien ging dann auch zulasten aller anderen grossen und kleineren Parteien.

Mit den Wahlsiegen der BDP und der GLP, die sich bewusst in der politischen Mitte positionieren, wurde die zunehmende Polarisierung, welche die Schweizer Politik lange Zeit geprägt hat, gebrochen und die Mitte wurde gestärkt. Gerade für die erfolgsverwöhnte SVP schien der Rückgang überraschend zu kommen, hatte sie doch einen intensiven und teuren Wahlkampf geführt und es gab wenig Anzeichen eines Einbruchs.

Die Verschiebungen haben jedoch auch eine deutliche Zersplitterung in der Parteienlandschaft gebracht, vor allem in der politischen Mitte. Der Rückgang der beiden Traditionsparteien CVP und FDP ging ungebrochen weiter und beide Parteien haben einen historischen Tiefststand der Wähleranteile seit der Einführung des Proporz 1919 erreicht. Bei der FDP konnte auch die Fusion mit der Liberalen Partei den Krebsgang nicht stoppen.

Tabelle 1 Offizielle Ergebnisse der Nationalratswahlen 1995 bis 2011 (in %).

Partei	1995	1999	2003	2007	2011
SVP	14.9	22.5	26.7	28.9	26.6
FDP*	20.2	19.9	17.3	15.8	15.1
CVP	16.8	15.9	14.4	14.5	12.3
BDP					5.4
GLP				1.4	5.4
SP	21.8	22.5	23.3	19.5	18.7
GPS	5.0	5.0	7.4	9.6	8.4
Übrige	21.3	14.2	10.9	10.3	8.1

Quelle: Bundesamt für Statistik. \* FDP 2011 inkl. Liberale Partei.

Gleichzeitig mit den Nationalratswahlen fanden in fast allen Kantonen Ständeratswahlen statt. Auch bei den Ständeratswahlen büssten FDP und CVP Sitze ein, wenn auch weniger als vor den Wahlen erwartet (siehe Tabelle 2). Die FDP kommt noch auf 11 Sitze, die CVP auf 13 Sitze. Damit halten die beiden Mitteparteien mit 24 von 46 Sitzen nur noch ganz knapp eine Mehrheit im Ständerat. 1995 betrug diese Mehrheit noch komfortable 33 Sitze.

Eigentliche Siegerin der Ständeratswahlen ist die SP. Der Partei gelang es, trotz leichten Verlusten, zwei Sitze hinzuzugewinnen und sie ist mit 11 Sitzen so stark wie noch nie im Ständerat vertreten.

Enttäuschend verliefen die Ständeratswahlen für die SVP. Die Partei war in vielen Kantonen mit ihren prominentesten nationalen Aushängeschildern angetreten um ihre klare Untervertretung im Ständerat im Vergleich zu den Stimmenanteilen im Nationalrat zumindest teilweise zu beseitigen. Dies misslang gründlich, die SVP ist nach den Wahlen 2011 sogar mit zwei Sitzen weniger im Ständerat vertreten als 2007.

Neben den Vertretern grosser Parteien wurden auch die beiden Ständeräte der GPS wiedergewählt. Hinzu kommen zwei Vertreter der GLP, der BDP-Vertreter aus Bern und ein Parteionabhängiger.

Tabelle 2 Sitzverteilung im Ständerat 1995 bis 2011.

Partei	1995	1999	2003	2007	2011
SVP	5	7	8	7	5
FDP	17	17	14	12	11
CVP	16	15	15	15	13
SP	5	6	9	9	11
GPS				2	2
Übrige	3	1		1	4
Total	46	46	46	46	46

Quelle: Bundesamt für Statistik.

Zum vierten Mal in Folge entwickelte sich die Stimmbeteiligung positiv. Es gingen 2011 48,5% der Stimmberechtigten an die Urne, was eine leichte Steigerung um 0,2 Prozentpunkte gegenüber 2007 bedeutet. Damit ist die Wahlbeteiligung in der Schweiz im internationalen Vergleich zwar immer noch sehr tief, aber immerhin konnte der fast kontinuierliche Abwärtstrend sinkender Beteiligungsraten zwischen 1947 und 1995 erneut umgekehrt werden.

Die auf die eidgenössischen Parlamentswahlen folgenden Bundesratswahlen brachten dann trotz kontroverser Diskussionen über Konkordanz und die parteipolitische Zusammensetzung des Bundesrates keine Überraschungen. Alle bisherigen Bundesräte wurden bestätigt. Die zurücktretende Sozialdemokratin Micheline Calmy-Rey wurde durch den SP-Vertreter aus Freiburg, Alain Berset,

ersetzt. Die SVP beanspruchte wie erwartet einen zweiten Sitz im Bundesrat, allerdings war durch den Rückgang der SVP der Druck auf die anderen Parteien stark gesunken dem arithmetischen Anspruch der SVP auf einen zweiten Sitz zu folgen. Mit einer missglückten Kandidatenkür trug die SVP zudem selber dazu bei, dass die anderen Parteien es vorzogen, alle bisherigen Bundesräte zu bestätigen und die SVP auf einen späteren Zeitpunkt zu vertrösten.

## 1.2 Der Inhalt dieser Broschüre

Diese Broschüre stellt erste Ergebnisse des Wahlforschungsprojektes Selects 2011 einer breiten Öffentlichkeit vor. Wir gehen in dieser Broschüre den zwei Grundfragen der Wahlforschung nach:

- Wer beteiligt sich an Wahlen aus welchen Gründen?
- Wer entscheidet sich für eine bestimmte Partei oder Kandidaten aus welchen Gründen?

Seit Jahrzehnten versucht die Wahlforschung mit unterschiedlichen Modellen und Vorgehensweisen eine Antwort darauf zu erhalten, warum sich ein bestimmtes Individuum so und ein anderes anders entscheidet. Die Erforschung des Wählerverhaltens gleicht dem Zusammensetzen eines Puzzles, definitive Befunde sind nicht möglich. Wir präsentieren in dieser Broschüre ausgewählte Merkmale des Beteiligungs- und Wahlverhaltens. Der Schwerpunkt liegt auf den Wahlen 2011, in ausgewählten Auswertungen gehen wir jedoch bis 1995 zurück, als das Selects-Projekt zum ersten Mal durchgeführt wurde.

Im Rahmen des Selects-Projektes 2011 wurden verschiedene Erhebungen durchgeführt, welche die Datengrundlage für dieses Projekt bilden:

- In einer *Wahlnachbefragung* wurden in den drei Wochen nach der Wahl insgesamt 4391 Stimmberechtigte durch das Befragungsinstitut DemoSCOPE telefonisch befragt. Es handelt sich dabei um eine kantonale geschichtete Stichprobe, in der die kleinen Kantone überrepräsentiert sind. Um für die ganze Schweiz repräsentative Ergebnisse zu erhalten, wurden die Daten gewichtet (eine detaillierte Beschreibung dazu findet sich im Anhang).
- Mit einer sogenannten *Rolling Cross-Section Erhebung* (RCS) haben wir in den 40 Tagen vor den Wahlen jeden Tag im Durchschnitt 100 Personen über ihre Wahl- und Beteiligungsabsicht, sowie über die Bewertung der Parteien und der Kampagnen befragt. Dieses bereits in anderen Ländern getestete Instrument wurde in der Schweiz erstmalig eingesetzt um Meinungsbildungsprozesse vor den Wahlen abbilden zu können. Parallel zur RCS-Befragung wurde über den gleichen Zeitraum in Zusammenarbeit mit dem Institut für Publizistikwissenschaft und Medienforschung der Universität Zürich auch eine Medieninhaltsanalyse durchgeführt.

- Durch die Kooperation mit dem Eidgenössischen Departement des Äusseren war es im Rahmen des Selects-Projektes erstmalig möglich, 1629 *Auslandsschweizerinnen und Auslandschweizer* mit einer online-Befragung zu befragen.
- Mit der Befragung aller 3547 Kandidatinnen und Kandidaten für den National- und Ständerat, von denen 1676 mitgemacht haben, gewinnen wir Erkenntnisse über den politischen Werdegang, die Kampagnenaktivitäten sowie die politischen Einstellungen jener, die ins nationale Parlament gewählt werden wollen. Diese Befragung wurde im Auftrag von Selects durch politools.net durchgeführt, die auch für smartvote verantwortlich sind.

Die verschiedenen Befragungen sind aufeinander abgestimmt. So wurden zum Beispiel im Wortlaut identische Einstellungsfragen sowohl in der Kandidierendenbefragung wie auch in der Nachwahlbefragung gestellt um die Einstellungen vergleichen zu können. Neben diesen teilweise neuen Instrumenten wurde im Rahmen von Selects eine Vielzahl neuer Fragen gestellt, die von verschiedenen Wahlforschenden vorgeschlagen wurden.

### 1.3 Zur Interpretation der Ergebnisse

In die Analyse einbezogen wurden alle Parteien, die 2011 mehr als 5% der Wählerstimmen erreichten. Das sind die SVP, FDP, BDP, CVP, GLP, SP und GPS. Kleinere Parteien wurden nicht einbezogen, da bei den relativ kleinen Wähleranteilen die Fallzahlen in der Befragung zu gering sind, um sinnvolle Aussagen machen zu können.

Umfrageergebnisse sind immer mit grossen Unsicherheiten behaftet. Die Ausgangsadressen sind eine Zufallsauswahl und mit einem Stichprobenfehler behaftet. Hinzu kommt, dass in der Schweiz inzwischen rund 15% der ausgewählten Personen über keine eingetragene Telefonnummer verfügen und von jenen mit Telefonnummer sehr viele trotzdem nicht erreichbar oder nicht bereit sind an einer Befragung mitzumachen. Diese Ausfälle sind vor allem bei jenen Personengruppen häufig, die sich nicht für Politik interessieren und die nicht an den Wahlen teilgenommen haben.

Aus diesen Gründen ist bei der Analyse und Interpretation von Umfrageergebnissen grosse Vorsicht geboten. In allen Tabellen präsentieren wir nur Ergebnisse, die statistisch signifikant, d.h. überzufällig sind. Die realen Werte liegen jeweils in einer Bandbreite, dem Stichprobenfehler. Dieser variiert in Abhängigkeit von den in die Analyse einbezogenen Fällen sowie deren Verteilung. Um die Lesbarkeit der Publikation nicht zu erschweren, verzichten wir allerdings darauf, jeweils die Bandbreite anzugeben, tragen dem aber in der Interpretation der Ergebnisse Rechnung. Bei einer Verteilung von 50-50 ist der Stichprobenfehler unter Einbe-

zug aller 4391 Befragten +/- 1,5%. Umfasst eine Analyse zahlenmässig weniger Fälle, wird der Stichprobenfehler schnell deutlich grösser.

Unabhängigbar für wissenschaftliche Forschung ist der öffentliche Zugang zu den Daten. Alle für die vorliegende Studie verwendeten Umfragedaten sowie eine umfassende Datendokumentation sind bei FORS hinterlegt und frei zugänglich unter [www.selects.ch](http://www.selects.ch).

## 2 Die Wahlteilnahme

2011 ist zum vierten Mal in Folge die Wahlbeteiligung gegenüber den letzten Wahlen leicht angestiegen. Mit 48,5% liegt sie allerdings noch immer weit unter dem Durchschnitt für nationale Wahlen in anderen Demokratien. Zwei Gründe werden für die geringe Wahlbeteiligung in der Schweiz angeführt. Zum einen gibt es in der Schweiz zwei bis vier Mal pro Jahr Volksabstimmungen. Damit werden die Schweizerinnen und Schweizer deutlich häufiger an die Urne gerufen als die Bürgerinnen und Bürger anderer Länder. Da man an der Urne die wichtigsten Sachfragen direkt entscheiden kann, sinkt auch die Bedeutung von Wahlen. Zum anderen war die Parteienlandschaft lange Zeit sehr stabil und Wahlen hatten in der Schweiz nach der Einführung der Zauberformel 1959 und der ritualisierten Bestätigung der Bundesratsmitglieder jeweils nach der Wahl des Nationalrates bis 2003 nie einen direkten Einfluss auf die Regierungszusammensetzung.

Seit den 1990er Jahren gibt es nun Veränderungen die mobilisierend wirken. Mit dem Aufstieg der SVP geriet das bis anhin starre Parteiengefüge in Bewegung, die Parteienlandschaft wurde kräftig verändert. 2011 ist mit der GLP und der BDP eine zusätzliche Konkurrenz zu den etablierten Parteien entstanden. Auch die Regierungszusammensetzung ist nicht mehr so stabil wie zuvor. Obwohl noch immer alle grossen Parteien in der Regierung vertreten sind, so führt die „richtige“ Regierungszusammensetzung im Vorfeld der Wahlen dennoch zu grossen Diskussionen. 2003 kam es durch die Nicht-Wiederwahl von Ruth Metzler und 2007 von Christoph Blocher zum ersten Mal seit 120 Jahren auch zu Abwahlen.

Die Wahlbeteiligung ist nicht zufällig in der Bevölkerung verteilt, sondern unterscheidet sich nach verschiedenen sozialen Merkmalen (vgl. Tabelle 3). Einen signifikanten Unterschied in der Beteiligung bei Wahlen in der Schweiz gibt es noch immer zwischen Männern und Frauen. 2011 haben sich 51% der Männer und 46% der Frauen an den Wahlen beteiligt. Dieser Unterschied ist gegenüber den letzten Wahlen allerdings kleiner geworden, nachdem er sich in den Wahlen davor gegenüber den 1990er Jahren eher wieder stärker akzentuiert hatte.

Grosse Unterschiede gibt es in der Beteiligung nach Alter. Es gilt, wie bei fast allen Studien über die Beteiligung weltweit: je älter, desto höher die Beteiligung. In der Gruppe der 18-24-jährigen ist eine Stagnation der Beteiligung festzustellen, nachdem die Beteiligung bei den Wahlen zuvor eher gestiegen war. Der Anstieg erfolgte allerdings nicht erst bei den Wahlen 2007, sondern bereits 1999 und 2003.



Tabelle 3 Wahlbeteiligung nach ausgewählten sozialen Merkmalen 1995-2011 (in %).

	1995	1999	2003	2007	2011
<i>Beteiligung insgesamt</i>	42	44	45	48	49
<i>Nach Geschlecht</i>					
Männer	46	51	52	55	51
Frauen	39	37	40	43	46
<i>Nach Alter</i>					
18-24	21	28	33	35	32
25-34	30	29	31	34	34
35-44	43	40	37	39	43
45-54	51	52	50	53	48
55-64	52	52	55	60	57
65-74	61	57	61	58	61
75+	58	56	53	62	70
<i>Nach höchster abgeschlossener Schulbildung</i>					
Obligatorische Schule, Anlehre	39	31	33	38	35
Berufslehre	37	39	43	43	45
Matur, Fachhochschule, Universität	53	59	56	61	59
<i>Nach Einkommen pro Monat</i>					
Bis 3000	39	33	34	35	36
3001- 5000	36	39	41	44	43
5001- 9000	45	44	48	47	51
9001 und mehr	52	59	55	58	53
<i>Nach Zivilstand</i>					
Verheiratet	49	51	51	54	55
Alleinstehend	33	35	39	38	39
Geschieden/Getrennt	32	33	34	45	41
Verwitwet	44	39	45	41	48
<i>N</i>	6779-	2828-	5086-	3731-	3736-
	7564	3249	5868	4391	4304

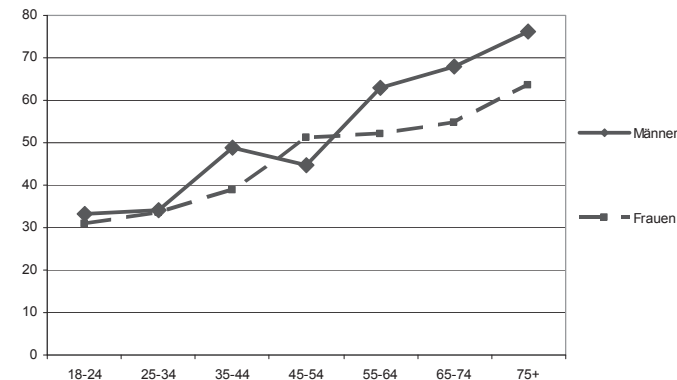
*Lesebeispiel: Bei den Männern betrug die Wahlbeteiligung 1995 46%, bei den Frauen 39%.*

Interessant ist ein Vergleich der Wahlbeteiligung in Abhängigkeit von Alter und Geschlecht (vgl. Grafik 1). Nachdem sich 2007 bei den jüngsten Altersgruppen noch Unterschiede feststellen liessen, waren solche 2011 nicht mehr vorhanden, vor allem weil die Beteiligung junger Männer, die 2007 deutlich über jener der jungen Frauen lag, 2011 wieder zurückgegangen ist. Unterschiede bleiben weiterhin bestehen in den Alterskategorien über 55 Jahren. In dieser Generation der Schweizerinnen und Schweizer wirkt immer noch die späte Einführung des Frauenstimmrechts nach.

Bekannte Unterschiede existieren in Abhängigkeit von Bildung und Einkommen und diese haben sich auch nicht gross verändert. Personen mit hoher Bildung und hohem Einkommen gehen deutlich häufiger bei Wahlen zur Urne als Personen mit geringer Bildung und niedrigem Einkommen. Auch beim Zivilstand gibt es konstante Unterschiede: Verheiratete beteiligen sich deutlich häufiger als Ledige, die Beteiligung Geschiedener und Verwitweter liegt dazwischen. Dieser Zusammenhang verschwindet allerdings wenn man das Alter ebenfalls einbezieht, da

Junge wesentlich häufiger ledig sind als ältere Personen. Personen, die heiraten, sind sozial besser integriert, interessieren sich häufiger für Politik und beteiligen sich häufiger an Wahlen.

Grafik 1 Wahlbeteiligung nach Alter und Geschlecht 2011 (in %).



(N=4381).

Auch nach politischen Einstellungen unterscheidet sich die Beteiligung stark (vgl. Tabelle 4). Personen, die sich im politischen Spektrum als links oder rechts einordnen, beteiligen sich häufiger als Personen, die sich politisch in der Mitte ansiedeln. Einen sehr starken Zusammenhang gibt es zwischen politischem Interesse sowie der Beteiligung bei Abstimmungen und der Teilnahme an Wahlen. Wer sich stark für Politik interessiert und in der Regel abstimmen geht, begibt sich in den meisten Fällen auch bei Wahlen an die Urne. Wer sich hingegen überhaupt nicht für Politik interessiert und nicht abstimmt, bleibt bei den Wahlen zu Hause. Die Beteiligung ist in den letzten 16 Jahren vor allem bei jenen gestiegen, die unregelmässig oder häufig bei Abstimmungen teilnehmen und sich für Politik interessieren. Bei jenen, die angeben selten bis nie an Abstimmungen teilzunehmen und auch bei jenen, die sich nicht für Politik interessieren, ist die Beteiligung konstant tief geblieben.

Tabelle 4 Wahlbeteiligung nach ausgewählten politischen Einstellungen 1995-2011 (in %).

	1995	1999	2003	2007	2011
<i>Politische Orientierung</i>					
Links (0-3)	52	52	55	57	56
Mitte (4-6)	41	42	41	44	42
Rechts (7-10)	57	51	59	58	59
<i>Interesse an Politik</i>					
Sehr interessiert	73	82	81	85	84
Eher interessiert	49	55	54	61	60
Eher nicht interessiert	24	24	24	24	24
Überhaupt nicht interessiert	7	9	8	8	12
<i>Teilnahme an Abstimmungen</i>					
0 bis 3 von 10	9	6	6	8	7
4 bis 6 von 10	25	29	31	34	31
7 bis 10 von 10	67	72	72	76	74
	6422-7531	2914-3521	5321-5876	4100-4387	4246-4370

Lesebeispiel: Bei jenen, die sich links einstufen betrug die Wahlbeteiligung 1995 52%.

Schliesslich haben wir noch die Motive für den Wahlentscheid im zeitlichen Vergleich untersucht (vgl. Tabelle 5). Wichtigster Grund für die Wahlteilnahme ist 1995-2011 der Wunsch nach Mitbestimmung, welcher 2011 sogar noch etwas wichtiger geworden ist. Zweitwichtigster Grund ist die Beteiligung aus Tradition oder Pflicht.

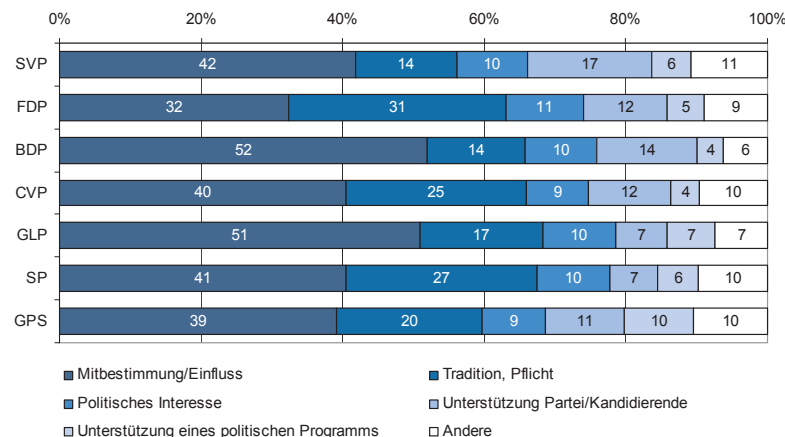
Tabelle 5 Wichtigster Grund sich zu beteiligen 1995-2011 (in %).

	1995	1999	2003	2007	2011
Mitbestimmung	35	38	39	36	40
Tradition, Pflicht	24	21	18	19	23
Politisches Interesse	12	14	11	9	10
Unterstützung einer Partei/Kandidaten	16	13	13	17	12
Unterstützung eines politischen Programms	7	8	8	9	6
Anderer Grund	6	7	10	10	10
Total	100	100	100	100	100
N	3191	1401	2641	2105	3206

Lesebeispiel: Von den Wählenden 1995 gaben 35% an, sich an den Wahlen beteiligt zu haben, weil sie mitbestimmen wollen.

Interessant ist in diesem Zusammenhang die Aufschlüsselung der Motivation nach dem Parteientscheid (vgl. Grafik 2). Gerade die Wählenden der beiden neuen Parteien gaben überdurchschnittlich häufig an, dass sie sich beteiligen, weil sie Mitbestimmen wollen. Bei den etablierten Parteien CVP, FDP und SP ist hingegen der Anteil der Traditionswähler deutlich grösser. Als Erklärung dafür liegt nahe, dass die neuen Parteien für jene Wähler interessant waren, die nicht aus Gewohnheit wählen.

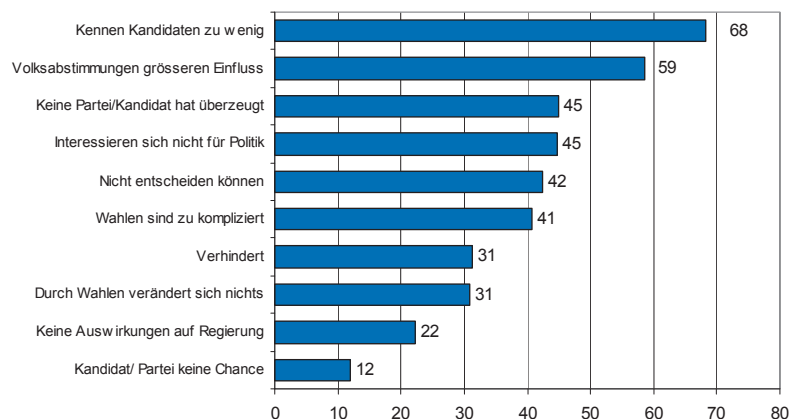
Grafik 2 Wichtigster Grund sich zu beteiligen nach Parteientscheid 2011.



Lesebeispiel: Von den SVP-Wählenden 2011 gaben 42% an, sich an den Wahlen beteiligt zu haben, weil sie mitbestimmen wollen, 14% wählten aus Tradition oder Pflichtbewusstsein, 10% aus politischem Interesse, 17% weil sie eine bestimmte Partei oder Kandidierenden unterstützen. (N SVP 802, FDP 456, BDP 164, CVP 374, GLP 163, SP 565, GPS 253).

Den Nicht-Wählenden haben wir verschiedene mögliche Gründe vorgelegt, die für die Wahlabstinenz ausschlaggebend sein könnten. Die Befragten konnten bei jeder der Aussagen angeben, ob sie dieser zustimmen oder nicht. Insgesamt führt weniger die Politikverdrossenheit, sondern mangelndes Interesse an den Wahlen zur Wahlabstinenz. Am häufigsten gaben die Nicht-Wählenden an, dass sie die Kandidaten zu wenig kannten (siehe Grafik 3). Am zweithäufigsten fand die Aussage Zustimmung, dass man mit Volksabstimmungen einen grösseren Einfluss ausüben könne. Je etwas mehr als 40% der befragten Nicht-Wählenden gaben an, dass sie keine Partei oder kein Kandidat überzeugt hatte, dass sie sich nicht entscheiden konnten, dass Wahlen zu kompliziert seien und das Interesse an Politik zu gering sei. Bei nur einem Drittel fand die Aussage Zustimmung, dass sich durch Wahlen nichts verändere und bei 22%, dass Wahlen keine Auswirkung auf die Regierungszusammensetzung hätten. Am wenigsten hatten die Nicht-Wähler den Eindruck, dass die bevorzugte Partei oder der bevorzugte Kandidat keine Chance bei den Wahlen gehabt hätte.

Grafik 3 Zustimmung zu Gründen sich nicht zu beteiligen (in %).



### 3 Der Wahlentscheid

Wer welche Partei warum wählt, ist die Kernfrage der Wahlforschung. Wie kommt es innerhalb desselben politischen Raumes dazu, dass ein Wähler sich für eine Partei, eine andere Wählerin sich für eine andere Partei entscheidet? Abschliessende Antworten darauf kennen wir nicht, weil wir die Gedankengänge einzelner Individuen nicht im Detail nachvollziehen können und auch die Motivationen eines solchen Entscheides zu komplex sind, als dass man sie auf einzelne Faktoren reduzieren könnte. Es ist allerdings möglich den Parteientscheid mit verschiedenen sozialen Merkmalen und politischen Einstellungen in Verbindung zu bringen und so einen Einblick in die unterschiedliche Motivation der Wählerinnen und Wähler, sich für eine bestimmte Partei zu entscheiden, zu erlangen.

#### 3.1 Der Wahlentscheid nach sozialen Merkmalen

In einem ersten Schritt werden wir nun die Wahl einer bestimmten Partei nach verschiedenen sozialen Merkmalen im Längsschnitt 1995-2011 untersuchen.

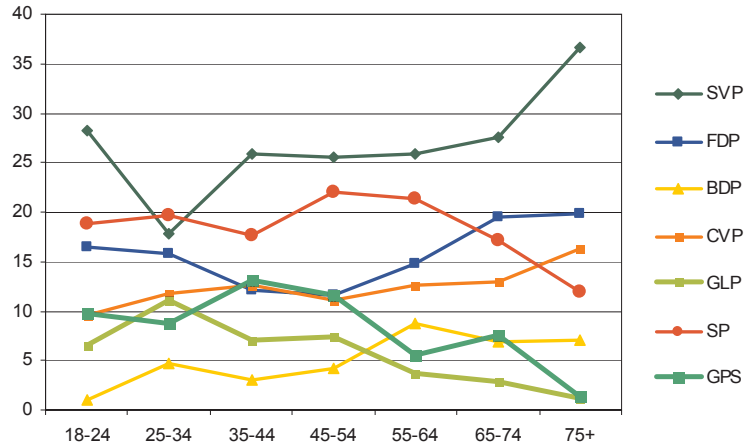
Zwischen Männern und Frauen lassen sich nicht bei allen Wahlgängen Unterschiede beobachten (vgl. Tabelle 6). Sowohl bei den Wahlen 2007 als auch 1995 gab es keine signifikanten Unterschiede im Wahlverhalten zwischen Männern und Frauen. 1999 und 2003 gab es solche Unterschiede, sie waren aber nicht sehr deutlich. Die SVP war in diesen Jahren bei Männern attraktiver als bei den Frauen, SP und CVP wurden von Frauen überdurchschnittlich gewählt. 2011 liessen sich wieder kleine Unterschiede feststellen. Erneut wählten Männer etwas häufiger SVP, die GPS wurde häufiger von Frauen gewählt.

Recht deutliche Unterschiede zeigen sich hingegen, wenn man das Wahlverhalten nach Alter aufschlüsselt (vgl. Grafik 4 und Tabelle 6). 2011 gab es unterschiedliche Muster bei den Parteien. Bei der SVP entsprach der Wähleranteil bei 18-24-jährigen in etwa dem gesamtschweizerischen Total. Das bedeutet, dass es der SVP erneut gelungen ist, viele Junge anzusprechen. In der Altersgruppe 25-34 sinkt der Wähleranteil stark ab, um dann kontinuierlich wieder anzusteigen. Die FDP ist schwächer bei den 35-54-jährigen, schneidet bei den 18-24- und 25-34-jährigen aber ihrem Wähleranteil entsprechend ab und erzielt ein überdurchschnittliches Resultat bei den über 65-jährigen. Die CVP hat einen recht konstanten Wähleranteil über alle Altersgruppen hinweg mit leicht steigender Tendenz in höherem Alter. Die SP ist ebenfalls recht konstant, leicht überdurchschnittlich bei den 45-64-jährigen, erst bei den über 65-jährigen sinkt ihr Anteil. Sie ist allerdings nicht mehr wie 2007 bei den Jüngeren untervertreten.

Interessant sind die Vergleiche zwischen GPS und GLP. Die GPS ist bei der jüngsten Altersgruppe besser vertreten als die GLP. In der Alterskategorie der 25-34-jährigen ist jedoch die GLP etwas stärker als die GPS. Bei der GLP sinkt danach der Anteil kontinuierlich. Überdurchschnittlich ist die GPS bei den 35-54-

jährigen, mit zunehmendem Alter sinkt der Wähleranteil ebenfalls. Wie bei der SVP steigt die Unterstützung für die BDP mit zunehmendem Alter, bei den ganz Jungen gewinnt die BDP hingegen kaum Stimmen.

Grafik 4 Wahlentscheid nach Alter 2011 (in %).



Lesebeispiel: Von den 18-24-Jährigen haben rund 28% SVP gewählt, danach sinkt der Anteil auf 18%, um dann wieder kontinuierlich zu steigen. (N siehe Tabelle 6).

Deutliche Unterschiede gibt es in Abhängigkeit von der höchsten abgeschlossenen Schulbildung. Die SVP ist deutlich übervertreten bei jenen, die nur die obligatorische Schulbildung besitzen und leicht bei jenen, die eine Berufslehre absolviert haben; bei denjenigen mit höherer Schulbildung ist sie deutlich untervertreten. Markant ist der Rückgang der SVP vor allem bei jenen, die eine Berufslehre abgeschlossen haben. 2007 betrug der Wähleranteil hier 39%, 2011 nur noch 31%. Ein kleines Gefälle nach Bildungsgrad gibt es auch bei der CVP, während die FDP, SP, GPS und GLP überdurchschnittlich gut bei den höher Gebildeten abschneiden.

Betrachtet man die Verteilung nach Einkommen, zeigt sich, dass der SVP-Wähleranteil bei den mittleren Einkommen gegenüber 2007 gesunken ist. Klar untervertreten ist die SVP in der höchsten Einkommensgruppe. Die FDP ist immer noch bei jenen mit hohen Einkommen übervertreten, allerdings ist der klare Vorsprung, den sie in den 1990er-Jahren zusammen mit der SP in dieser Einkommenskategorie hatte, inzwischen weggeschmolzen.

Bei der CVP zeigt sich immer noch deutlich die Verankerung in ihren ehemaligen Hochburgen. Sie kommt unter den Katholiken auf einen Wähleranteil von 25%, dafür wählen nur 4% der Protestanten CVP. Umgekehrt ist es bei der BDP. Die BDP hat unter den Protestanten 2011 einen signifikant höheren Wähleranteil als die CVP. SP und GPS werden überdurchschnittlich von konfessionslosen Wählerinnen und Wählern gewählt.

Tabelle 6 Wahlentscheid nach ausgewählten sozialen Merkmalen 1995-2011.

	1995					1999					N					
	SVP	FDP	CVP	SP	GFS	Übrige	N	SVP	FDP	CVP		SP	GFS	Übrige	N	
Alle	15	20	17	22	5	21	100	2869	22	19	15	22	5	16	100	1342
Geschlecht	nicht signifikant															
Männer																
Frauen																
Alter																
18-24	11	16	21	21	8	23	100	158	27	11	16	25	11	10	100	64
25-34	13	16	15	28	10	18	100	485	25	19	13	23	4	15	100	180
35-44	12	20	14	28	6	21	100	621	19	16	14	24	10	17	100	300
45-54	16	19	17	22	4	21	100	573	22	27	13	23	4	11	100	244
55-64	17	21	17	16	2	17	100	427	19	18	18	21	3	21	100	240
65-74	20	25	22	15	1	17	100	401	25	19	17	1	20	100	200	
75+	17	25	14	16	5	22	100	202	24	22	18	21	1	13	100	114
Höchste abgeschlossene Schulbildung																
Obligatorische Schule, Anlehre	16	17	30	15	1	21	100	370	33	12	26	20	2	7	100	195
Beruflehre	18	20	15	21	5	22	100	1417	28	17	17	16	4	19	100	591
Matur, Fachhochschule, Universität	10	22	15	26	7	19	100	1059	16	23	12	26	5	17	100	455
Einkommen																
bis 3000	19	17	21	22	4	17	100	315	25	15	27	19	4	10	100	111
3001- 5000	15	17	17	22	6	24	100	616	25	14	19	19	3	20	100	315
5001- 9000	16	18	15	23	6	22	100	1156	22	17	14	23	6	18	100	511
9001 und mehr	11	28	17	22	3	20	100	543	15	29	11	28	5	12	100	267
Religion																
Protestantisch	21	23	4	26	6	21	100	1208	27	22	4	24	4	20	100	608
Katholisch	11	19	33	17	4	16	100	1268	18	17	32	18	4	10	100	543
Anderer	13	13	9	20	1	45	100	101	17	18	3	21	5	36	100	42
Konfessionslos	9	15	4	29	9	34	100	290	17	16	7	29	12	20	100	145
Zivilstand																
Verheiratet	15	21	18	20	4	21	100	1780	23	19	16	20	4	18	100	831
Ledig	13	16	16	28	8	19	100	643	21	19	13	26	8	13	100	291
Geschieden/Getrennt	19	22	7	24	4	23	100	199	20	18	10	32	3	16	100	99
Verwitwet	17	22	21	18	3	19	100	243	20	23	22	19	1	14	100	117

Lesbeispiel: Zwischen Männern und Frauen gab es 1995 keine signifikanten Unterschiede im Wahlverhalten. 1999 haben bei den Männern 25% SVP gewählt, bei den Frauen 19%.

Tabelle 6 Wahlentscheid nach sozialen Merkmalen 1995-2007. (Fortsetzung).

	2003					2007					N					
	SVP	FDP	CVP	SP	GFS	Übrige	N	SVP	FDP	CVP		SP	GFS	Übrige	Total	N
Alle	27	17	14	23	7	11	100	2518	29	16	14	20	10	12	100	1996
Geschlecht	nicht signifikant															
Männer																
Frauen																
Alter																
18-24	21	20	12	17	17	13	100	123	30	11	15	17	12	15	100	176
25-34	24	12	14	27	11	11	100	277	22	12	16	18	17	100	176	
35-44	21	16	14	28	10	11	100	463	22	16	15	18	14	15	100	317
45-54	28	15	11	26	8	11	100	492	25	15	14	25	10	10	100	389
55-64	28	19	15	23	5	10	100	497	31	16	13	23	8	9	100	407
65-74	31	18	19	17	3	13	100	376	35	19	18	14	5	10	100	303
75+	29	24	16	19	4	8	100	290	37	19	11	19	3	10	100	228
Höchste abgeschlossene Schulbildung																
obligatorische Schule, Anlehre	37	12	17	19	3	11	100	279	36	15	17	17	4	11	100	211
Beruflehre	32	16	15	22	5	10	100	1217	39	15	14	15	7	10	100	927
Matur, Fachhochschule, Universität	18	21	12	26	11	11	100	1009	16	17	15	25	14	13	100	843
Einkommen																
bis 3000	35	14	16	18	4	13	100	205	33	13	14	15	5	19	100	100
3001- 5000	31	12	14	23	7	12	100	476	41	12	11	20	6	10	100	304
5001- 9000	25	15	14	26	8	11	100	961	28	13	15	21	10	13	100	708
9001 und mehr	21	25	12	24	9	9	100	590	21	22	15	19	11	11	100	635
Religion																
Protestantisch	32	21	4	25	7	13	100	975	35	17	5	20	9	14	100	749
Katholisch	22	16	31	19	4	7	100	979	26	17	30	15	7	6	100	750
Anderer	28	13	2	21	8	27	100	119	32	19	4	21	4	20	100	120
Konfessionslos	25	13	6	30	16	12	100	433	20	11	6	28	18	17	100	368
Zivilstand																
Verheiratet	29	17	15	23	6	10	100	1453	30	16	15	19	8	11	100	1308
Ledig	21	17	14	23	12	13	100	563	25	12	16	20	14	13	100	422
Geschieden/Getrennt	23	16	7	31	8	15	100	234	26	12	10	28	11	14	100	741
Verwitwet	29	21	19	18	3	9	100	247	31	27	14	13	5	9	100	115

Tabelle 6 Wahlentscheid nach sozialen Merkmalen 1995-2007 (Fortsetzung).

	2011										N
	SVP	FDP	BDP	CVP	GLP	SP	GPS	Übrige	Total		
Alle	27	15	5	12	5	19	9	7	100	3011	
Geschlecht											
Männer	30	16	6	12	5	18	6	7	100	1515	
Frauen	24	15	5	13	6	20	11	7	100	1497	
Alter											
18-24	28	16	1	10	6	19	10	10	100	251	
25-34	18	16	5	12	11	20	9	11	100	240	
35-44	26	12	3	13	7	18	13	8	100	478	
45-54	26	12	4	11	7	22	12	6	100	625	
55-64	26	15	9	13	4	21	6	7	100	598	
65-74	28	19	7	13	3	17	8	5	100	508	
75+	37	20	7	16	1	12	1	6	100	311	
Höchste abgeschlossene Schulbildung											
obligatorische Schule, Anlehre	42	12	4	15	2	14	5	5	100	260	
Berufslehre	31	14	6	13	4	17	8	7	100	1435	
Matur, Fachhochschule, Universität	19	17	5	12	8	22	10	8	100	1297	
Einkommen											
bis 3000	42	7	7	19	2	12	6	5	100	128	
3001- 5000	34	10	7	13	2	18	7	9	100	388	
5001- 9000	26	14	6	11	4	21	9	9	100	1151	
9001 und mehr	24	19	5	12	8	18	9	5	100	1343	
Religion											
Protestantisch	28	17	10	4	6	18	8	7	100	1011	
Katholisch	26	15	3	25	4	16	6	5	100	1218	
Anderer	25	14	7	7	5	12	5	24	100	154	
Konfessionslos	25	13	3	3	8	28	14	7	100	619	
Zivilstand											
Verheiratet	27	16	7	14	5	18	7	7	100	1879	
Ledig	24	13	3	10	7	20	13	10	100	770	
Geschieden/Getrennt	34	10	3	6	5	27	11	3	100	213	
Verwitwet	25	20	7	17	5	17	4	4	100	156	

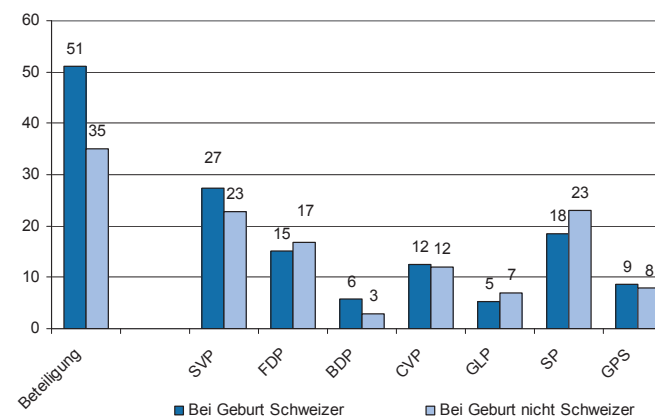
**Box Wahlentscheid und Migrationshintergrund**

Regelmässig taucht im Vorfeld die Frage auf, wie sich Personen mit Migrationshintergrund entscheiden. Im Rahmen von Selects 2011 wurden zum ersten Mal entsprechende Fragen aufgenommen.

Dabei ist zuerst zu klären, was Migrationshintergrund genau bedeutet. Migrationshintergrund bezieht sich eigentlich darauf, dass eine Person nicht in der Schweiz aufgewachsen und politisch sozialisiert worden ist. In der öffentlichen Diskussion wird Migrationshintergrund hingegen oft damit gleichgesetzt, dass Personen oder ihre Vorfahren bei der Geburt nicht die Schweizer Staatsbürgerschaft besaßen, was im Folgenden übernommen wird. 15% der Befragten gaben an, dass sie bei ihrer Geburt nicht die Schweizer Staatsbürgerschaft gehabt hätten.

Wenig überraschend ist die Wahlbeteiligung von Personen, die bei Geburt nicht die Schweizer Staatsbürgerschaft hatten, mit 35% deutlich geringer als bei Personen, die seit Geburt Schweizer Staatsbürger sind (siehe Grafik 5). Beim Wahlentscheid hingegen sind die Unterschiede sehr klein und nur knapp signifikant. Die SP ist bei Personen mit Migrationshintergrund leicht übervertreten, die SVP leicht untervertreten. SP und SVP kommen damit auf etwa gleich grosse Wähleranteile in dieser Gruppe. Bei den anderen Parteien sind die Unterschiede nicht gross genug, als dass sich Aussagen machen liessen.

Grafik 5 Wahlverhalten nach Migrationshintergrund (in %).



Bei Geburt Nicht-Schweizer insgesamt N = 703; Schweizer N = 3678; unter den Wählenden Nicht-Schweizer N = 324, Schweizer N=2688.

### 3.2 Wählerwanderungen

Zwischen zwei Wahlgängen sind jeweils die Wanderungen zwischen den Parteien von Interesse. Die Gewinne und Verluste der Parteien gegenüber den Vorwahlen ergeben sich aus vier verschiedenen Prozessen:

- Wie viele Wählerinnen und Wähler wählen zweimal die gleiche Partei?
- Wie viele Wählerinnen und Wähler wechseln die Partei?
- Wie viele ehemalige Nicht-Wählerinnen und -Wähler kann man an die Urne mobilisieren?
- Wie viele Wählerinnen und Wähler werden demobilisiert, d.h. gehen nicht mehr wählen?

Diese verschiedenen Prozesse sind nur schwer zu untersuchen. Mittels aggregierter Daten, d.h. mittels Wähleranteilen, lassen sich nur die Saldoverschiebungen einer Partei vergleichen. Man hat aber keine Angaben, wie sich die Wählerinnen und Wähler zwischen zwei Wahlgängen effektiv verhalten haben, d.h. wie viele von einer zur anderen Partei gewechselt sind. Mittels Individualdaten ist dies möglich; in einem komplexen Mehrparteiensystem wie der Schweiz ist allerdings die Zahl der möglichen Verschiebungen sehr gross und die Zahl der Befragten, welche Verschiebungen zwischen einer Partei zur anderen anzeigen, werden entsprechend klein. Bei sieben grösseren Parteien und der Möglichkeit nicht zu wählen, ergeben sich bereits 64 (8 x 8) mögliche Wanderungsbewegungen. Eine weitere Schwierigkeit besteht darin, dass die Rückerinnerungsfrage nach dem Verhalten vor vier Jahren manche Leute überfordert und die Betroffenen dazu neigen, ihr aktuelles Verhalten auf die Vergangenheit zu übertragen. Dadurch werden Verschiebungen unterschätzt. Trotz diesen Unsicherheiten ist es möglich, aus den verfügbaren Angaben Tendenzen abzulesen.

Für die Wahlen 2011 und zum Vergleich mit 2007 haben wir zwei Betrachtungsweisen gewählt. Zum einen weisen wir aus, wie sich die Wählerinnen und Wähler einer Partei von 2011 vor vier Jahren, d.h. 2007 verhalten haben. Dies bezeichnen wir als Mobilisierungsprozess. Zum anderen kann man betrachten, wie jene, die sich 2007 für eine bestimmte Partei entschieden hatten, 2011 verhalten haben, d.h. ob sie 2011 die gleiche oder eine andere Partei und ob sie überhaupt gewählt haben. Dies sind Demobilisierungsprozesse.

Tabelle 7 zeigt Unterschiede zwischen den Parteien in der Mobilisierung. Die relativ stabilen Wähleranteile der Parteien überdecken jeweils die recht grossen individuellen Verschiebungen im Hintergrund. Rund ein Viertel der Wählerschaft von 2011 gab an 2007 gar nicht gewählt zu haben, wobei sich diese ehemaligen Nicht-Wähler auf alle Parteien verteilen. Rund 50% der Wählenden von 2011 haben die gleiche Partei gewählt wie 2007. Die Zahl der stabilen Wähler ist gegenüber 2007 zurückgegangen, was allerdings damit zu tun hat, dass insgesamt

die Verschiebungen im Parteiensystem grösser geworden sind. Bereits diese Grössenverhältnisse zeigen, dass es immer sehr gewagt ist, von aggregierten Verschiebungen von Wähleranteilen auf Wählerströme zu schliessen und dass auch bei einer sehr breiten Datenbasis enge Grenzen gesetzt sind, solche Ströme überhaupt nachzubilden.

Tabelle 7 Mobilisierungsprozesse: Entscheidung 2011 nach Verhalten 2007 (in %).  
Verhalten 2007

	SVP	FDP	CVP	GLP	SP	GPS	Andere Partei	Nicht gewählt, Weiss nicht	Total	N	
Entscheidung 2011	SVP	59	4	2	1	1	0	4	29	100	485
	FDP	2	63	2	1	1	0	8	24	100	268
	BDP	15	20	8	0	17	2	15	23	100	91
	CVP	3	3	60	0	4	0	7	23	100	223
	GLP	4	16	6	10	17	9	9	30	100	92
	SP	2	1	1	0	62	4	5	25	100	359
	GPS	3	1	2	1	25	36	8	26	100	158

Lesebeispiel: Von jenen, die 2011 SVP gewählt haben, haben 59% bereits 2007 SVP gewählt, 4% FDP, 2% CVP und 1% SP. 29% hatten sich nicht an den Wahlen beteiligt oder konnten sich nicht mehr erinnern.

Nach den Wahlen war es von Interesse, woher die Wählerschaft der beiden neuen Parteien BDP und GLP kommt. Bei der BDP setzt sich die Wählerschaft zu etwa gleich grossen Teilen aus den Wählern von SVP, FDP und SP zusammen. Zudem war die BDP für viele attraktiv, die 2011 noch eine kleine Partei gewählt hatten. Ein kleinerer Anteil der Wählerschaft kam von der CVP. Die GLP war vor allem attraktiv für ehemalige FDP- und SP-Wählende und auch viele ehemalige GPS-Wähler haben GLP gewählt. Die GLP war zudem etwas überdurchschnittlich attraktiv für Personen, die 2007 nicht gewählt haben.

Zwischen den traditionellen bürgerlichen Parteien SVP, FDP und CVP gab es keine markanten Verschiebungen. Die SVP-Wählerschaft war etwas überdurchschnittlich für Personen attraktiv, die 2007 nicht gewählt hatten. Markant ist der Stimmentausch zwischen der GPS und der SP. Die Wählerpotentiale der beiden Parteien sind sehr überlappend, was 2011 für die GPS von Vorteil war. Ein Viertel der Wählerschaft der GPS sind Personen, die 2007 noch SP gewählt hatten. Für die SP sind ehemalige Wählende der GPS insgesamt weniger wichtig. Dieser Trend ist nicht neu, das Gleiche war auch bereits 2007 zu beobachten gewesen, wobei die Wählerschaft der GPS damals sogar zu einem noch grösseren Teil von der SP kam.

In der nächsten Tabelle drehen wird diese Beziehung um und fragen wie sich jene 2011 verhalten, die 2007 eine bestimmte Partei gewählt hatten (siehe Tabelle 8).

Tabelle 8 Demobilisierungsprozesse: Verhalten 2011 nach Entscheidung 2007 (in %).

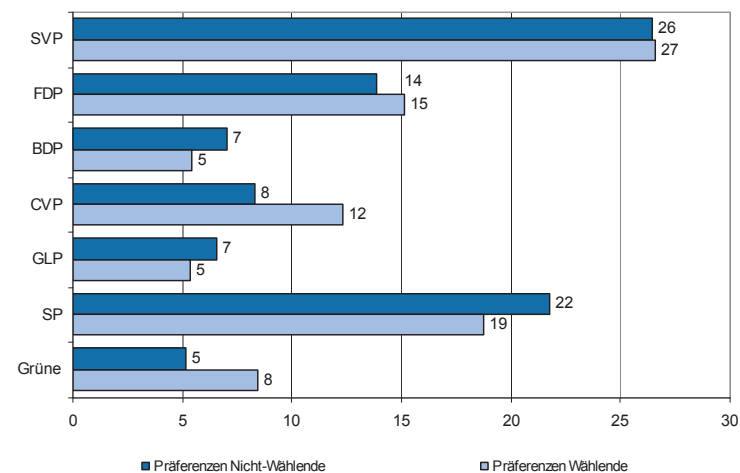
		Verhalten 2011											
		SVP	FDP	BDP	CVP	GLP	SP	GPS	Übrige	Nicht	Total	N	
									gewählt				
Parteientscheid 2007	SVP	70	1	3	2	1	2	1	3	17	100	407	
	FDP	6	56	6	2	5	1	0	2	20	100	298	
	CVP	5	3	4	65	3	2	1	3	14	100	205	
	SP	1	0	4	2	4	56	10	3	20	100	403	
	GPS	1	0	2	0	8	13	58	6	11	100	98	
	Nicht gewählt, Weiss nicht	6	3	1	2	1	4	2	2	80	100	2345	
	Nicht gewählt, Weiss nicht (ohne Nicht- Wählende 2011)	30	13	4	11	6	19	9	8	100	477		

Lesebeispiel: Von jenen, die 2007 SVP gewählt haben, haben 70% 2011 wieder SVP 3% BDP, 2% CVP und SP sowie je 1% FDP, GLP und GPS, 17% haben nicht mehr gewählt.

Am besten ist es der SVP gelungen ihre Wähler bei der Stange zu halten. Die Verluste der SVP verteilen sich auf verschiedene Parteien, wobei keine klaren Trends auszumachen sind. Bei der FDP verteilen sich die Verluste auf SVP, BDP und GLP. Die FDP weist auch zusammen mit der CVP den kleinsten Anteil stabiler Wählender aus. Die CVP verlor ebenfalls an alle anderen Parteien, wobei es keinen klaren Trend zu einer einzigen Partei gab. Markant bleibt der Stimmentausch im linken Lager zwischen SP und GPS. Bei der GPS kommt hinzu, dass ein Teil der Wählerschaft zur GLP abwanderte. Jene, die 2007 nicht gewählt hatten, neigten etwas überdurchschnittlich zur SVP, insgesamt verteilen sich diese Wählende aber recht gleichmässig auf alle Parteien.

Eine Frage, die sich durch die tiefe Wahlbeteiligung in der Schweiz immer wieder stellt, ist ob die tiefe Stimmbeteiligung bestimmte Parteien begünstigt. Im Rahmen von Selects erheben wir jeweils welche Partei die Nicht-Wählenden wählen würden, wenn sie denn gewählt hätten. Es zeigt sich, dass sich die Nicht-Wählenden 2011 nicht fundamental von den Wählenden unterscheiden (siehe Grafik 6). Nicht-Wählende neigen leicht häufiger der SP und BDP zu, dafür weniger der CVP und GPS. Das bedeutet auch, dass die SVP unter den Nicht-Wählenden deutlich schlechter abschneidet als noch 2007, dort hatten deutlich mehr Nicht-Wählende eine Präferenz für die SVP ausgedrückt als dies bei den Wählenden der Fall war.

Grafik 6 Parteipräferenz Wählende und Nicht-Wählende 2011 im Vergleich (in %).



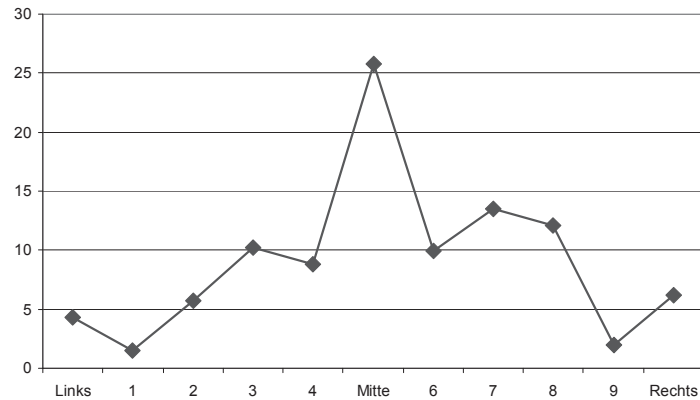
Lesebeispiel: 26% der Nicht-Wählenden hätten sich 2011 für die SVP, 14% für die FDP entschieden, wären sie denn an die Urne gegangen. Real haben 27% SVP und 15% FDP gewählt, d.h. es gibt keine substantiellen Unterschiede zwischen Wählenden und Nicht-Wählenden. (N Wählende = 1996, Nicht-Wählende = 1529).

### 3.3 Politische Einstellungen und Wahlentscheid

In einem nächsten Schritt untersuchen wir nun verschiedene politische Einstellungen und den Wahlentscheid. Einer der zentralen Orientierungspunkte für Wählerinnen und Wähler ist ihre Einordnung auf der Links-Rechts-Achse. Fast alle Wählerinnen und Wähler können sich selber auf einer solchen Achse einordnen (vgl. Grafik 7). Damit wird das Selbstverständnis Links oder Rechts zu stehen zu einem wichtigen Koordinatensystem der politischen Landschaft. Insgesamt siedeln sich am meisten Wählerinnen und Wähler in der Mitte an. Es ist anzunehmen, dass sich einige Wählerinnen und Wähler deshalb in der Mitte positionieren, weil sie mit der Einteilung auf der Achse unsicher sind. Viele sehen sich aber auch als ideologisch ungebunden und positionieren sich deshalb in der Mitte. Die Verteilung der Wählerschaft, die in der Schweiz seit 1995 sehr konstant ist, zeigt, ausser am ganz linken Rand, gegen links eine abnehmende Tendenz. Rechts von der Mitte steigt diese Kurve hingegen zuerst leicht an, um dann erst am Rand Rechtsausen, ausser ganz am rechten Rand, zu fallen.



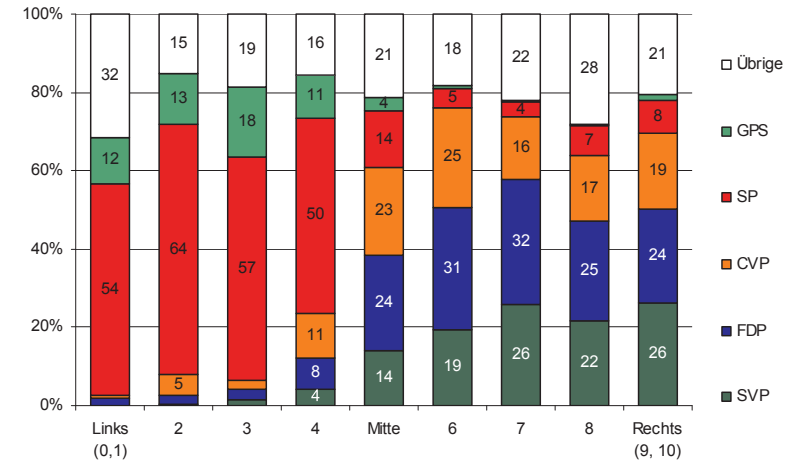
Grafik 7 Links-Rechts Positionierung der Wählerschaft 2011 (in %).



Lesebeispiel: Von den Wählenden positionieren sich rund 5% bei 0 auf einer Skala von 0-10 wobei 0 links und 10 rechts bedeutet; gut 25% positionieren sich in der Mitte. (N = 3009).

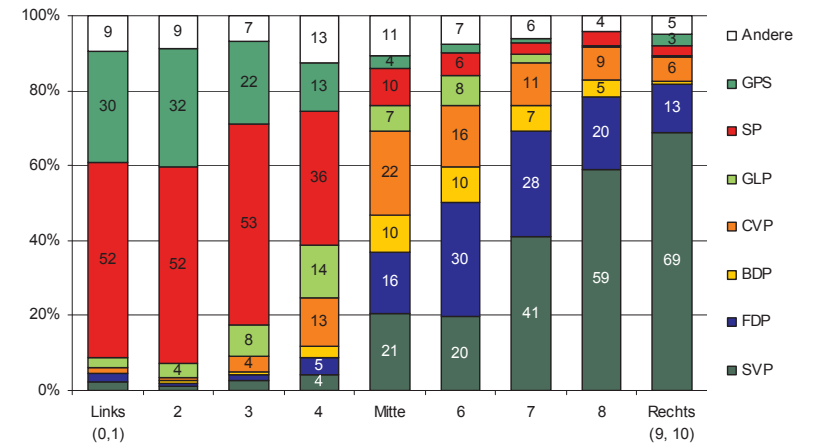
Wenden wir uns nun dem Parteientscheid in Abhängigkeit von der Links-Rechts Platzierung zu. Die Grafiken 8 und 9 zeigen für die Jahre 1995 und 2011, welche Parteien die Wählerinnen und Wähler gewählt haben, je nachdem wie sie sich selber auf der Links-Rechts-Achse platziert haben. Die beiden Grafiken zeigen sehr eindrücklich, wie sich die Parteienlandschaft der Schweiz in den letzten 16 Jahren verändert hat.

Grafik 8 Links-Rechts Positionierung und Wahlentscheid 1995.



Lesebeispiel: Von jenen, die 1995 angaben ganz links zu stehen, haben 54% SP gewählt, 12% GPS und 32% eine andere Partei (N 2992).

Grafik 9 Links-Rechts Positionierung und Wahlentscheid 2011.



Lesebeispiel: Von jenen, die 2011 angaben ganz links zu stehen, haben 52% SP gewählt, 30% GPS und 9% eine andere Partei (N 3009).

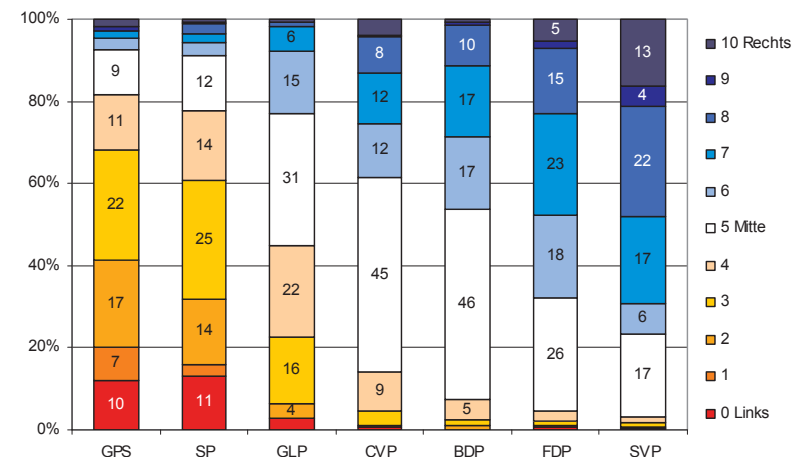
1995 gab es im bürgerlichen Lager eine Dreiteilung: SVP, FDP und CVP bewegten sich im gleichen Segment in der Mitte und rechts der Mitte. Alle bürgerlichen Parteien haben einen eher konservativen und einen liberalen Flügel. Der SVP-Wähleranteil beginnt gegen die Mitte hin bereits etwas zu erodieren, dort sind FDP und CVP stärker. Auf der linken Seite dominiert die SP klar gegenüber der GPS. Deutlich sichtbar ist auch die Zersplitterung im rechten und linken Lager. Kleinparteien verfügen dort über substantielle Wähleranteile.

2011, d.h. 16 Jahre später, hat sich das Bild stark gewandelt. Die SVP dominiert sehr deutlich den rechten Rand des politischen Spektrums, FDP und CVP sind dort von der SVP marginalisiert worden. Einigermassen halten konnten sich die beiden nur leicht rechts der Mitte und in der Mitte.

Deutlich ist die Verschiebung innerhalb des linken Lagers zwischen SP und GPS. Der Anteil der kleineren linken Parteien ist klar zurückgegangen und die SP hat zugunsten der GPS verloren. Insgesamt hat die Linke bei den moderaten Wählenden, leicht links der Mitte, Wählerinnen und Wähler verloren. Dies ist deshalb bedeutsam, weil dieses Potential zahlenmässig wichtig ist, wie aus Grafik 7 ersichtlich ist. Die beiden neuen Parteien BDP und GLP haben ihre Wähleranteile klar in der Mitte, die GLP mit Ausstrahlung nach links, die BDP nach rechts.

Die Positionierung der Wählerschaft der verschiedenen Parteien lässt sich noch anders verdeutlichen. Grafik 10 gibt wieder, wie sich die Wähler der verschiedenen Parteien auf der Links-Rechts Skala einordnen. Dabei fällt auf, dass es zwischen SP und GPS praktisch keinen Unterschied gibt, die Wählenden beider Parteien sind klar links. In der GLP positionieren sich bereits klar weniger Wählende links, aber noch immer mehr als sich Wählende rechts von der Mitte einordnen. Ein Drittel der GLP-Wählerschaft siedelt sich in der Mitte an. Bei der CVP und der BDP ist der Anteil der Mitte-Wähler sogar gegen 50%, diese beiden Parteien sind aber klar attraktiver für Wählende, die sich eher rechts als links positionieren. Bei der FDP gibt es fast keine linken Wählenden mehr, und auch deutlich weniger Mitte-Wählende, die SVP ist mehrheitlich rechts positioniert.

Grafik 10 Links-Rechts Positionierung der Wählerschaft der verschiedenen Parteien 2011.



Lesebeispiel: Von allen GPS-Wählenden gaben 10% an ganz links (Wert 0) zu stehen, 9% gaben an, in der Mitte zu stehen (Wert 5) (N 3009).

### 3.4 Problembewusstsein, Themen und Wahlentscheid

Welche Themen und Probleme den Wählerinnen und Wählern unter den Nägeln brennen, ist für den Wahlerfolg einer Partei mindestens ebenso wichtig wie die Positionierung der Parteien auf den verschiedenen Themen. Wenn viele Menschen sich Sorgen um die Umwelt machen, dann ist das für grüne Parteien am vorteilhaftesten, weil sie am ehesten als jene Parteien wahrgenommen werden, die Umweltprobleme lösen können. Wenn viele die Zahl der Ausländerinnen und Ausländer oder der Asylbewerber als problematisch empfinden, nützt das am ehesten der SVP. Problembewusstsein und -wahrnehmung sind dabei allerdings nicht einfach bereits in der Bevölkerung vorhanden. Parteien haben einen wesentlichen Anteil daran, in der Bevölkerung ein Problembewusstsein zu wecken, und sie kämpfen vehement darum, im Wahlkampf eigene Themen zu setzen. Dadurch ist die Angabe des wichtigsten Problems mindestens ebenso ein Indikator für die Effektivität der Kampagne der Parteien wie für die Sorgen der Bevölkerung.

Tabelle 9 zeigt, wie sich die Problemwahrnehmung über die Zeit und zwischen der Parteienwählerschaft unterscheidet. 2011 war wie bereits in den Wahlen zuvor das Thema Ausländer, Migration und Asyl das meistgenannte Problem,

wenn auch die Bedeutung des Themas leicht zurückgegangen ist. Deutlich abgenommen in der Themenpalette hat Kriminalität und Sicherheit, Themen, die 2007 nach einer SVP-Kampagne um kriminelle Ausländer bei sehr vielen mehr als wichtigstes Problem wahrgenommen wurde.

Sehr deutlich angestiegen ist bei den Wählenden die Sorge um die Wirtschaft, ein Problem, das bei allen Wahlen zuvor immer weit unten auf der politischen Agenda lag. Die Hochkonjunktur dieses Themas unter den Wählenden ist nachvollziehbar angesichts der allgemeinen Wirtschafts- und Finanzkrise, die Europa und damit auch die Schweiz in der zweiten Hälfte des Jahres 2011 in Atem hielt.

Ebenfalls sehr wichtig blieb das Thema Umwelt und Energie, das nach dem Atomunfall in Fukushima zu einer weltweiten Debatte über die Zukunft der Energieversorgung führte.

Tabelle 9 Wichtigstes Problem der Wählerinnen und Wähler 1995-2011, sowie 2011 nach Parteientscheid (in %).

	2011 nach Parteientscheid											
	1995	1999	2003	2007	2011	SVP	FDP	BDP	CVP	GLP	SP	GPS
Immigration, Ausländer, Asyl	9	35	21	26	19	39	16	13	16	11	10	9
Wirtschaft	5	2	2	2	17	13	23	31	16	20	17	13
Umwelt, Energie, Klima	10	3	3	15	12	6	12	11	12	24	14	22
Sozialwerke, soziale Sicherheit	0	9	19	16	11	7	9	9	11	9	19	6
Arbeitsmarkt	25	12	15	6	8	4	9	7	9	2	10	6
Beziehungen zum Ausland	0	1	1	2	7	4	4	7	7	10	7	23
Gesundheitspolitik	3	6	16	3	5	3	4	5	5	5	6	4
Politisches System, Parteien, Politiker	1	3	4	7	4	3	3	5	6	4	4	4
Europäische Integration	17	14	3	4	4	7	4	1	6	3	3	1
Finanzen und Steuern	16	8	9	3	4	3	4	4	5	5	3	2
Kriminalität, Sicherheit	1	1	2	9	3	4	4	0	1	1	1	1
Andere	17	9	9	12	7	6	7	8	6	6	6	9
Total	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
N	2847	1318	2243	1940	3035	776	430	161	344	154	533	241

Lesebeispiel: 1995 gaben 9% der Wählenden Immigration/Ausländer/Asyl als wichtigstes Problem an.

Als Folge des anhaltenden Drucks aus dem Ausland auf die Schweizer Banken und das Bankgeheimnis stieg die Sorge über die Beziehungen zum Ausland bei vielen an.

Grosse Unterschiede gibt es in der Problemwahrnehmung nach Parteien. Bei der SVP-Wählerschaft dominiert das Thema Ausländer/Asyl/Migration deutlich. Bei allen anderen Parteien rangiert das Thema deutlich weiter hinten auf der Liste der wichtigsten Probleme. Das war 2007 noch anders gewesen, als Ausländer und Asyl auch bei den Wählern der anderen bürgerlichen Parteien am häufigsten genannt wurden. Sorgen um die Wirtschaft und vor allem die Umwelt sind bei der SVP hingegen deutlich weniger wichtig.

Bei der FDP und der BDP wird die Wirtschaft am häufigsten genannt. Bei der SP ist die Sorge um die Sozialwerke überdurchschnittlich wichtig. Bei der Wählerschaft der GPS ist wenig überraschend das Thema Klima und Umweltschutz dominierend, das Gleiche gilt auch für die Wählerschaft der GLP.

Wir haben neben dem wichtigsten Problem auch gefragt, welche Partei aus Sicht der Befragten am kompetentesten ist das jeweilige Problem zu lösen. Tabelle 10 gibt diese Verteilung wieder. Sehr viele geben dabei jeweils keine Partei an oder meinen, die Parteien sollten zusammenarbeiten. Von den Parteien wird die SVP am häufigsten genannt, gefolgt von SP und FDP. Unterdurchschnittlich gegenüber ihrem Wähleranteil wird die CVP als kompetenteste Partei genannt.

Tabelle 10 Partei, die am kompetentesten ist, das wichtigste Problem zu lösen 2011 (in %).

	Alle	SVP	FDP	BDP	CVP	GLP	SP	GPS
SVP	26	75	12	3	11	6	2	3
FDP	12	6	53	13	6	9	4	0
BDP	4	2	4	40	1	2	2	0
CVP	7	2	2	5	41	2	1	0
GLP	7	4	8	5	5	54	2	8
SP	18	2	5	8	10	9	59	26
GPS	7	1	1	2	3	0	8	51
Andere Partei, mehrere Parteien, andere Antwort	18	9	15	24	23	17	23	12
Total	100	100	100	100	100	100	100	100
N	2069	593	285	108	248	113	405	182

Lesebeispiel: Insgesamt gaben 26% an, die SVP sei am kompetentesten, das wichtigste Problem zu lösen; 12% gaben an, die FDP sei am kompetentesten dafür.

Unterscheidet man nach Parteiwählerschaft, so zeigt sich, dass die SVP-Wählenden auch am häufigsten der Meinung sind, dass ihre Partei die besten Lösungen für das wichtigste Problem hat. Bei den anderen Parteien ist dieser Wert wesentlich geringer, bei BDP und CVP sind es sogar jeweils klar weniger als die Hälfte der Wählenden, welche die eigene Partei als am kompetentesten betrachten. Interessant ist auch, dass die GPS-Wählenden sehr häufig die SP als am kompetentesten für die Lösung des wichtigsten Problems angeben, umgekehrt ist dies weniger häufig der Fall. Bei der FDP- und CVP-Wählerschaft ist die SVP recht hoch im Kurs, bei der CVP-Wählerschaft zusätzlich die SP.

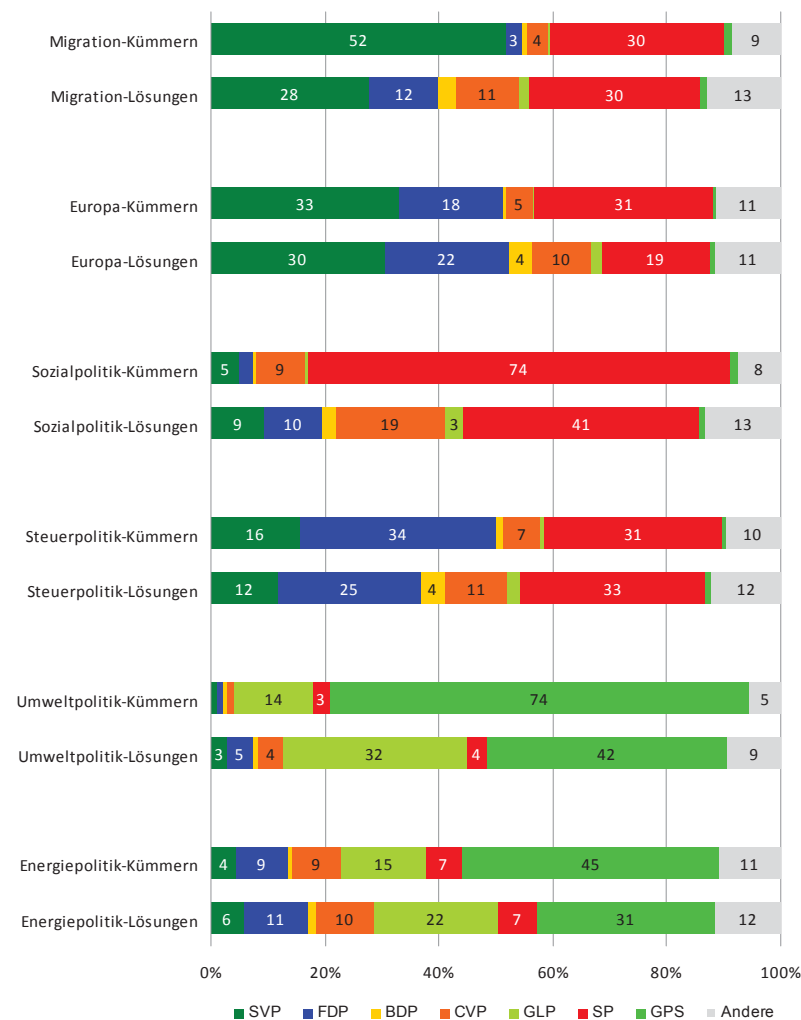
Neben den Fragen zu den wichtigsten Problemen und welche Partei sich darum kümmert, haben wir 2011 erstmals zu einer Reihe von politischen Themen erhoben welche Partei sich aus Sicht der Wählerinnen und Wähler am meisten um dieses Thema kümmert und im Anschluss daran, welche Partei in diesem Bereich die besten Lösungen habe. Diese Themen waren Migrationspolitik, Europapolitik, Sozialpolitik, Umweltpolitik, Steuerpolitik sowie Energiepolitik. Einschränkend ist hier zu sagen, dass nur ein Teil der möglichen Politikfelder befragt werden konnte, so dass nicht abgefragte Bereiche wie etwa die Wirtschaftspolitik oder die Familienpolitik Felder sein könnten, bei denen die FDP oder CVP gut abschneiden könnten.

Die Antworten auf diese Fragen sind in Grafik 11 ersichtlich. Über alle Bereiche fällt auf, dass Parteien wie die SVP, die SP, die GPS sowie die GLP ausgeprägt als jene Parteien wahrgenommen werden, die sich um bestimmte Themen kümmern. Bei der SP ist dies die Sozialpolitik, bei der GPS und der GLP die Umwelt- und Energiepolitik und bei der SVP die Migrationspolitik. Etwas weniger ausgeprägt ist die Wahrnehmung, die FDP kümmere sich am meisten um Steuerpolitik.

Bei der Migrationspolitik ist es wenig überraschend mit sehr klarem Abstand die SVP, welche von den Befragten als jene Partei gesehen wird, die sich am stärksten um Migrationspolitik kümmert, gefolgt von der SP. Die anderen Parteien werden in der Migrationspolitik sehr viel weniger wahrgenommen. Betrachtet man anschliessend die Frage, welche Partei die besten Lösungen in diesem Bereich hat, fällt die Antwort jedoch vielfältiger aus. SP und SVP sind immer noch die Parteien, welche in diesem Bereich federführend sind, allerdings sind es bei der SVP nur leicht mehr als der Wähleranteil der Partei, welche meinen die SVP hätte in der Migrationspolitik auch die besten Lösungen. Deutlich mehr sehen nun auch CVP und FDP als Parteien, die in der Migrationspolitik die besten Lösungen haben.

In der Europapolitik sind es ebenfalls die SVP und die SP, welche als Parteien wahrgenommen werden, die sich um dieses Thema kümmern, gefolgt von der FDP. Auch hier werden die anderen Parteien kaum genannt. Wenn man jedoch fragt, welche Partei die besten Lösungen hat, wird die FDP am häufigsten genannt, gefolgt von der SP. Ungefähr 30% der Befragten sind der Meinung, die SVP hätte die besten Lösungen in der Europapolitik.

Grafik 11 Partei, die sich um bestimmte Themen am meisten kümmert und die darin die besten Lösungen zu bieten hat (2011).



Lesebeispiel: Bei der Frage, welche Partei sich am meisten im Migrationspolitik kümmert, gaben 52% SVP an, 3%, FDP, 4% CVP und 30% SP. Bei der Frage, welche Partei die besten Lösungen in der Migrationspolitik hat, nannten 28% SVP, 12% FDP, 11% CVP und 30% SP.

Sozialpolitik ist klar die Domäne der SP, fast drei Viertel der Befragten sind der Meinung die SP kümmere sich am meisten um Sozialpolitik. Von den anderen Parteien wird allenfalls noch die CVP manchmal genannt. In der Sozialpolitik wird auch mit Abstand am häufigsten die SP als jene Partei genannt, die die besten Lösungen zu bieten hat.

Steuerpolitik wird am häufigsten als Thema wahrgenommen, das von der FDP bewirtschaftet wird, gefolgt von der SP. Bei der Frage nach der Partei, welche die besten Lösungen dafür hat, wird die FDP dann jedoch weniger oft genannt als die SP.

Sehr deutlich ist, dass die Umwelt- und Energiepolitik eine Domäne der GPS und der GLP ist. In der Umweltpolitik wird die GPS ebenso deutlich als Partei identifiziert, die sich hierum kümmert, wie die SP sich um Sozialpolitik kümmert, gefolgt von der GLP. Bei möglichen Lösungen wird die GPS ebenso am häufigsten genannt, die GLP holt aber deutlich auf. Bei der Energiepolitik ist die Dominanz der GPS weniger deutlich, sie wird aber immer noch am häufigsten genannt, sowohl als Partei, die sich am stärksten darum kümmert, als auch als Partei, die die besten Lösungen in diesem Bereich hat. Bemerkenswert ist hier auch, dass es der SP kaum gelungen ist sich in diesen Bereichen gegenüber den Wählern zu profilieren, obwohl sie im Wahljahr in der Umwelt- und Energiepolitik sehr aktiv war.

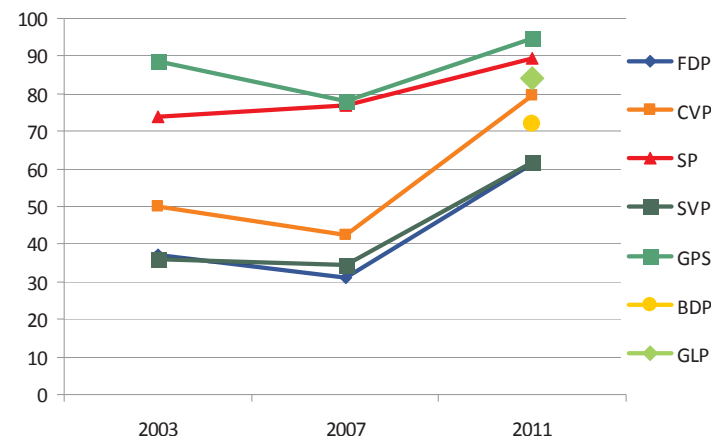
Insgesamt zeigt sich, dass die Polparteien SVP, SP und GPS sehr klar mit spezifischen Themen in Verbindung gebracht werden, mit denen sie vor allem auch Kampagne machen. Die FDP kann noch in der Europapolitik und der Steuerpolitik punkten, der CVP wird in der Sozialpolitik und der GLP in der Umwelt- und Energiepolitik eine beschränkte Lösungskompetenz eingeräumt. Bei keinem Thema häufig genannt wird die BDP. Die SP hingegen wird am breitesten mit verschiedenen Themen in Verbindung gebracht.

### Box Die Einstellungen der Wählerschaft zum Atomausstieg

Eine wichtige Frage, die im Wahljahr die Politik beschäftigte, war die Zukunft der Atomenergie. Vor dem Atomunglück in Fukushima war eine Mehrheit der bürgerlichen Parteien tendenziell für einen Neubau von Atomkraftwerken, das politische Terrain für den Bau neuer Atomkraftwerke wurde intensiv vorbereitet. Fukushima führte dann zu einem tiefgreifenden Meinungswandel und zu einem klaren Bekenntnis zum Atomausstieg in der Schweiz. Während die Linke seit jeher für einen Atomausstieg war, ging dieser Wandel in den bürgerlichen Parteien allerdings nicht eben schmerzfrei über die Bühne und in einigen Parteien rumorte es deswegen heftig.

Wurde dieser Wandel auch von der Wählerschaft mitgetragen? Grafik 12 zeigt für alle grossen Parteien zwischen 2003 und 2011 den Anteil jener, die eher oder sehr für einen Atomausstieg sind. 2003 und 2007 gab es einen klaren politischen Graben, Anhänger von SP und GPS waren grossmehrheitlich für einen Atomausstieg, die Wählerschaft bürgerlicher Parteien mehrheitlich gegen einen Atomausstieg. 2007 ging der Anteil der Atomausstiegsgegner sogar eher noch etwas zurück. Bei den Wahlen 2011 zeigte sich der Meinungswandel dann sehr stark. Insbesondere bei der CVP stieg der Anteil jener, die für einen Atomausstieg sind von etwas über 40% 2007 auf 80%, aber auch bei den Wählenden von FDP und SVP war 2011 eine klare Mehrheit von über 60% der Wählerschaft nun für einen Atomausstieg.

Grafik 12 Einstellung sehr oder eher für Atomausstieg in %.



#### 4 Die Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer

Im Rahmen der Selects-Befragung 2011 wurden erstmalig auch Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer, die in ein Stimmregister eingetragen sind, befragt. Im Vorfeld der Wahlen war diese Gruppe von den Parteien speziell umworben worden, da es sich um über 136'000 stimmberechtigte Personen handelt, was in etwa der Zahl der Stimmberechtigten des Kantons Luzern entspricht. Die zahlenmässige Bedeutung der Auslandschweizer relativiert sich allerdings dadurch, dass sie insgesamt nur etwa 2,5% der über 5,1 Mio. Stimmberechtigten ausmachen und sich die Stimmenkraft auf alle Kantone verteilt.

Auch hier interessiert uns in erster Linie, in welchem Ausmass sich die Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer an den Wahlen beteiligen und welchen Parteien sie im Vergleich zu den Inlandschweizern den Vorzug geben. Auf der Basis der Befragung, die wir auch mit den Ergebnissen aus den zehn Kantonen, in denen effektive Ergebnisse vorliegen, verglichen und gewichtet haben, lässt sich dies abschätzen<sup>1</sup> (Gewichtungen siehe Anhang).

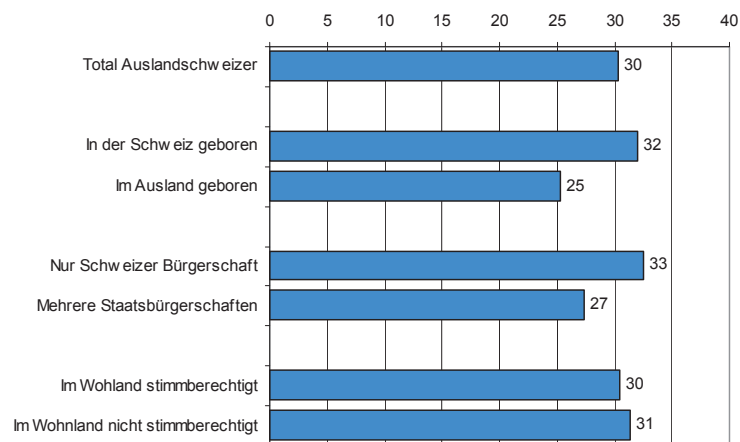
Die Analyse zeigt, dass die Wahlbeteiligung der überhaupt in Wahlregistern registrierten Auslandschweizer rund 30% beträgt und damit deutlich unter der Gesamtbeteiligung von fast 50% liegt. Dies mag gering erscheinen, zumal auch nur ein Teil der eigentlich stimmberechtigten Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer überhaupt in ein Stimmregister eingetragen sind. Allerdings kommen die Auslandschweizer kaum in Kontakt mit der Wahlkampagne sofern sie sich nicht selber aktiv darum bemühen und die persönliche Betroffenheit durch die Wahlen ist wesentlich geringer als bei den in der Schweiz lebenden Stimmberechtigten.

Zu erwarten ist, dass gewisse Unterschiede in der Beteiligung in Abhängigkeit des persönlichen Bezuges zur Schweiz bestehen. In der Befragung sind verschiedene Zusatzfragen enthalten, die den Grad der Bindung mit der Schweiz erfassen. So erhoben wir, ob die Befragten in der Schweiz oder im Ausland geboren wurden, ob sie nur die Schweizer oder mehrere Staatsbürgerschaften besitzen und ob die befragten Personen auch im Wohnland stimmberechtigt sind. Es zeigt sich, dass die Beteiligungsunterschiede nicht enorm sind, aber in die zu erwartende Richtung gehen (siehe Grafik 13). Personen, die nicht in der Schweiz wohnen und die mehrere Staatsbürgerschaften besitzen, beteiligen sich unterdurchschnittlich. Kaum Unterschiede gibt es hingegen in Abhängigkeit davon, ob jemand auch im Wohnland stimmberechtigt ist.

---

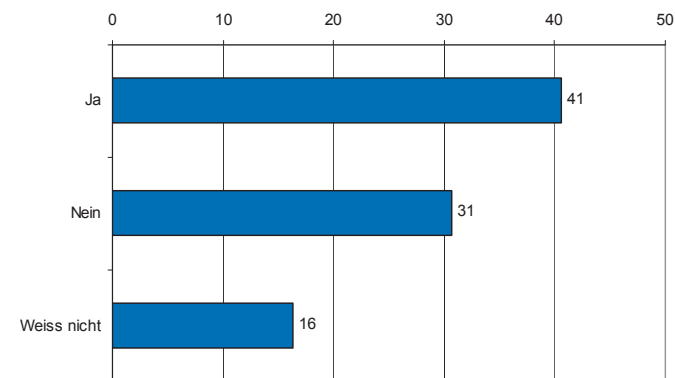
<sup>1</sup> Das sind die Kantone LU, UR, BS, AI, SG, AG, TG, VD, VS und GE.

Grafik 13 Wahlbeteiligung der Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer in % nach Bindung mit der Schweiz.



Ein Dauerthema unter den Auslandschweizerinnen und Auslandschweizern ist die Schwierigkeit mittels brieflicher Stimmabgabe überhaupt wählen zu können, da das Wahlmaterial oft spät eintrifft und für die Rücksendung der Wahlzettel wenig Zeit bleibt. Dies war mit ein Grund, dass verschiedene Kantone bei den Wahlen 2011 Pilotprojekte mit „vote électronique“ durchgeführt haben. Wir haben alle gefragt, ob sie die Möglichkeit hatten, elektronisch zu wählen, was 16% der Befragten bejahten, 71% verneinten und 13% wussten es nicht. Grafik 14 gibt die Wahlbeteiligung in Abhängigkeit der Möglichkeit elektronischen Wählens wieder. Es zeigt sich, dass die Beteiligung bei jenen, die ihre Stimme elektronisch abgeben konnten, mit 41% signifikant höher ist, als jene, die sagten, sie hätten nicht elektronisch wählen können. Dies zeigt, dass die flächendeckende Möglichkeit elektronisch wählen zu können bei den Auslandschweizerinnen und Auslandschweizern wohl einen positiven Effekt auf die Wahlbeteiligung haben würde.

Grafik 14 Wahlbeteiligung mit oder ohne Möglichkeit von „vote électronique“ in %.



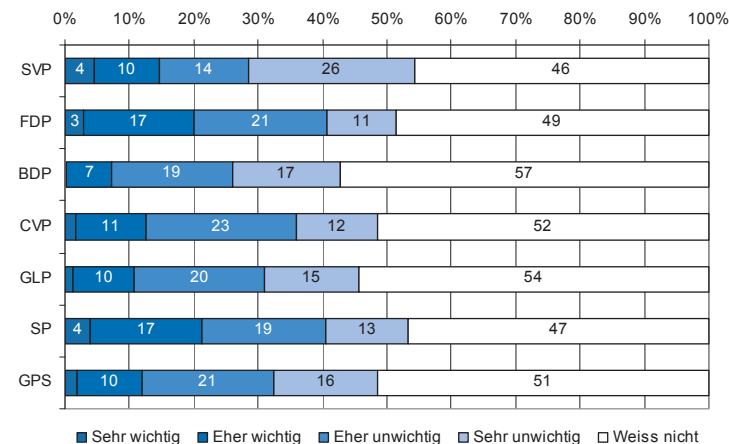
Im nächsten Schritt interessiert uns nun, welchen Parteien die Wählenden ihre Stimmen gegeben haben. Tabelle 11 gibt den Wahlergebnis der Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer im Vergleich zum gesamtschweizerischen Ergebnis wieder. Es zeigt sich, dass die Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer häufiger links wählen (GPS und SP) und weniger häufig SVP und CVP wählen. Bei der FDP, BDP und der GLP sind die Unterschiede nicht gross. Es werden also eher jene Parteien (SP und GPS) unterstützt, die sich offener gegenüber Europa und der Welt zeigen, als jene, die einen stärker isolationistischen Kurs der Schweiz befürworten (SVP). Allerdings gehört die SVP auch unter den Auslandschweizerinnen und Auslandschweizern zu den beliebtesten Parteien. Sie verliert zwar die Spitzenposition, bleibt aber klar zweitstärkste Partei.

Tabelle 11 Wahlentscheid der Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer im Vergleich zur ganzen Schweiz in %.

	Auslandschweizer	Ganze Schweiz	Differenz
SVP	20	27	-7
FDP	12	15	-3
BDP	4	5	-1
CVP	7	12	-5
GLP	6	5	+1
SP	24	19	+6
GPS	15	8	+7
Übrige	12	8	+4
Total	100	100	
N	718		

Vor den Wahlen haben verschiedene Parteien gezielt versucht, Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer als Kandidierende für ihre Listen zu gewinnen, oder es wurden gar spezifische „internationale“ Listen aufgestellt. Die SVP trat in acht Kantonen mit eigenen Listen, die den Zusatz „international“ trugen, an, die SP in zwei Kantonen und die CVP in einem Kanton. Diesen Listen war wenig Erfolg vergönnt, keine kam auch nur annähernd in die Reichweite eines Sitzes. Am besten schnitt die SVP-Liste im Kanton Graubünden ab, die 1,3% der Stimmen im Kanton auf sich vereinigen konnte, alle anderen erreichten/erhielten weniger als 1% der Stimmen, die Liste der CVP in St. Gallen erhielt gerade einmal 0,02% der Stimmen. Es wäre allerdings möglich, dass internationale Listen einen Imagegewinn brachten. Wir haben gefragt: „Wie wichtig sind Ihrer Meinung nach die Anliegen der Auslandschweizer für die folgenden Parteien?“. Die Befragten konnten für jede Partei angeben, ob dieser Partei die Anliegen der Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer sehr wichtig, eher wichtig, eher unwichtig oder sehr unwichtig sind. Ebenfalls war es möglich „Weiss nicht“ anzukreuzen.

Grafik 15 Bewertung der Wichtigkeit der Anliegen der Auslandschweizer nach Partei.



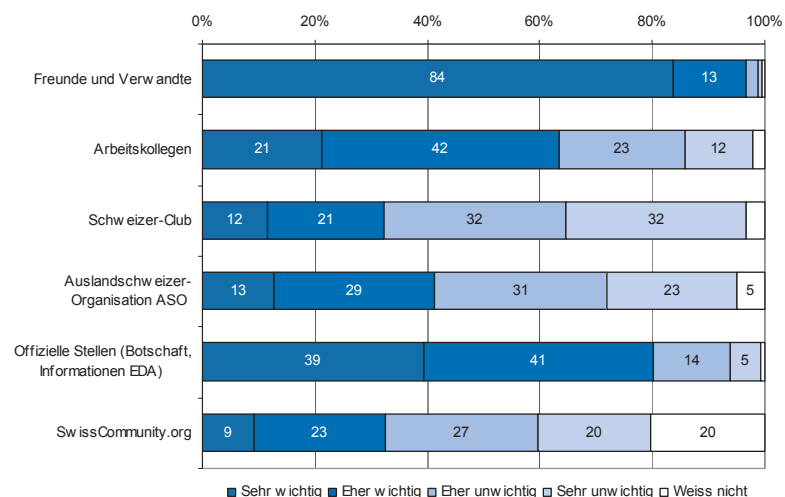
(N = 1090 - 1137)

Grafik 15 zeigt, dass die Befragten mehrheitlich nicht einschätzen können, ob einer Partei die Anliegen der Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer überhaupt wichtig sind. Und wenn sie eine Meinung haben, geht die Mehrzahl der Befragten davon aus, dass allen Parteien die Anliegen sehr unwichtig oder eher unwichtig sind. Am ehesten fühlen sich die Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer von SP und FDP ernst genommen. Das heisst, die „internationalen“ Listen hatten keinen messbaren Erfolg für das Image der Partei.

Wie halten Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer überhaupt Kontakt mit der Schweiz? Dies mag für Parteien und Behörden von Bedeutung sein, wenn sie die Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer ansprechen wollen. Wir haben gefragt, wie wichtig persönliche Netzwerke und Organisationen sind um den Kontakt mit der Schweiz zu halten. Es zeigt sich, dass persönliche Netzwerke mit grossem Abstand am wichtigsten sind (siehe Grafik 16). Fast alle Befragten gaben an, dass Freunde und Verwandte sehr oder eher wichtig sind. Am zweitwichtigsten sind offizielle Stellen wie Botschaften oder Konsulate und Informationen des EDA. Arbeitskollegen werden ebenfalls von einer Mehrheit als sehr oder eher wichtig eingestuft. 40% gaben an, dass die Auslandschweizerorganisation ASO sehr oder eher wichtig sei, um den Kontakt mit der Schweiz zu halten. Rund ein Drittel der Befragten gab zudem an, Schweizer Clubs und die Plattform Swisscommunity.org seien wichtig für sie, um den Kontakt zur Schweiz zu halten.



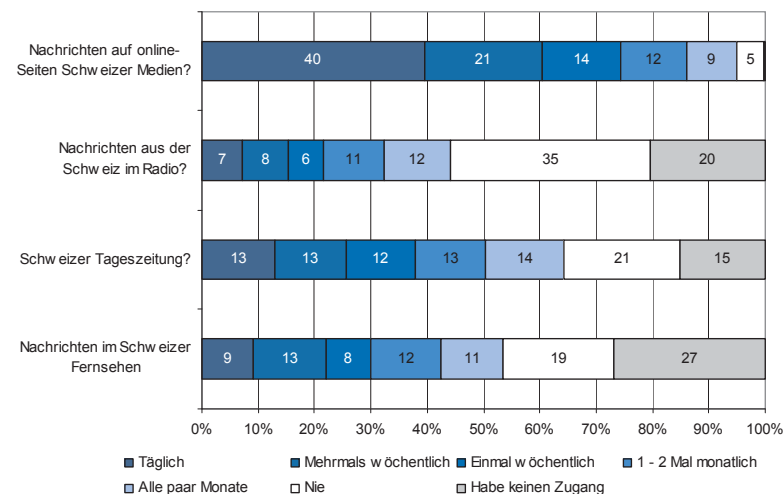
Grafik 16 Wichtigkeit von Netzwerken und Organisationen um den Kontakt zur Schweiz zu halten.



(N=1188-1218)

Die Parteien haben nur wenige Möglichkeiten Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer mit ihren Kampagnen direkt anzusprechen, da es keine öffentlich zugänglichen Register gibt. Sie sind auf die Vermittlung ihrer Inhalte durch die Medien angewiesen. Wir haben deshalb auch gefragt, welche Informationsquellen von den Auslandschweizerinnen und Auslandschweizern genutzt werden. Es zeigt sich, dass heute vor allem das Internet genutzt wird (siehe Grafik 17). Über 60% gaben an, dass sie täglich oder mehrmals wöchentlich Nachrichten auf einer online-Seite konsumieren. Dies ist insofern logisch, als dass online-Informationen heutzutage schnell und meist gratis nutzbar sind. Demgegenüber fallen sämtliche andere Medien bereits deutlich ab. Am ehesten nutzen die Befragten noch Tageszeitungen. Radio und Fernsehen werden hingegen sehr viel weniger genutzt.

Grafik 17 Nutzung von Informationsquellen durch Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer.



(N=1372-1451)

## 5 Die Ständeratswahlen

Gleichzeitig mit den Nationalratswahlen finden mit einer Ausnahme in allen Kantonen auch Ständeratswahlen statt. Diese Wahlen sind 2011 aus zwei Gründen besonders interessant geworden.

Zum einen treten inzwischen die grossen Parteien systematisch in fast allen Kantonen an. Dies hat verschiedene Gründe. Ständeratskandidaten geniessen hohe mediale Aufmerksamkeit, was sich keine Partei gerne entgehen lässt. Besonders den drei bürgerlichen Parteien, die untereinander in direkter Konkurrenz stehen, fällt es schwer, sich auf zwei Kandidaturen zu einigen. Die FDP stellte nur in zwei von 25 Kantonen, in denen Wahlen stattfanden – in Nidwalden wurde der Kandidat der CVP in stiller Wahl gewählt – keinen Kandidaten, die SP trat in vier Kantonen nicht an und die SVP und CVP stellten je nur in fünf Kantonen keine Kandidaten. Auch die GPS stellte in 14 Kantonen einen Kandidaten und trat nur in 11 Kantonen nicht an. Andere Parteien traten hingegen nur in Einzelfällen zu Ständeratswahlen an.

Zum anderen wurde mit Spannung erwartet, wie der Angriff der SVP auf den Ständerat ausgehen würde. Die SVP trat mit allen zentralen Exponenten der Partei an, wie dem Parteichef Toni Brunner in St. Gallen, Fraktionschef Caspar Baader in Basel-Landschaft, Vize-Fraktionschef Jean-Francois Rime in Freiburg sowie den Vizepräsidenten Christoph Blocher in Zürich und Adrian Amstutz in Bern. Die Strategie ging bekanntlich nicht auf, keiner der SVP-Spitzenkandidaten wurde gewählt, Adrian Amstutz sogar abgewählt.

Wir untersuchen im Folgenden, wie viele Parteiwähler bereit waren, die Kandidaten der verschiedenen Parteien zu unterstützen. Die folgende Tabelle 12 gibt den Prozentsatz jener Wählenden einer Partei an, die einen Namen eines Kandidaten der fünf grossen Parteien auf den Wahlzettel geschrieben haben. Dabei haben wir jeweils nur jene Kantone einbezogen, in denen eine Partei mit einem Kandidaten überhaupt angetreten ist. Die Summe gibt jeweils mehr als 100%, weil in den meisten Kantonen zwei Sitze zu besetzen sind und damit auch zwei Kandidierende gewählt werden können, wobei viele Wähler trotzdem nicht beide Linien nutzen, sondern nur eine Person auf den Wahlzettel schreiben. Auch gibt es bei den Ständeratswahlen eine hohe Zahl von Personen, die nicht die Kandidaten der Partei wählen, die sie in den Nationalrat gewählt haben. Dies lässt sich damit erklären, dass es eine Personenwahl ist, bei der Persönlichkeit, Bisherigenbonus oder die effektiven Wahlchancen eine bedeutende Rolle spielen.

Bei 67% der SVP-Wählenden stand ein SVP-Kandidat auf dem Wahlzettel. Neben den eigenen Kandidierenden waren auch noch FDP-Kandidierende genehm; 25% der SVP-Wählerschaft gaben an, einen FDP-Kandidaten auf den Wahlzettel geschrieben zu haben. Bei den FDP-Wählenden stand ebenfalls am häufigsten

ein FDP-Kandidat auf dem Wahlzettel, daneben gibt es aber keine klare Präferenz für Kandidierende anderer Parteien. Am häufigsten werden noch CVP-Kandidierende gewählt, gefolgt von SVP und SP. BDP-Wählende – die nur in wenigen Kantonen einen eigenen Kandidaten unterstützen konnten – schrieben am häufigsten FDP- oder SP-Kandidierende auf den Wahlzettel. Die CVP und die SVP wurden weniger häufig bedacht, bei der SVP wohl aus Mangel an Sympathie, bei der CVP weil die BDP in Kantonen stark ist, in der die CVP keine tragende Rolle spielt. Die CVP-Wählerschaft neigt neben den Kandidaten der eigenen Partei vor allem noch zu den Kandidierenden der FDP, deutlich weniger wählen SP und SVP. Die GLP-Wähler haben wie die BDP hohe Sympathien für Kandidierende der FDP und der SP, wählen aber auch häufig Kandidierende der GPS, während nur bei wenigen SVP auf dem Wahlzettel steht. SP-Wähler schliesslich wählen neben den Kandidaten der eigenen Partei vor allem die Kandidaten der GPS, bürgerliche Kandidaten stehen selten auf dem Wahlzettel. Bei der GPS stehen die SP-Kandidaten ebenso häufig auf dem Wahlzettel wie die Kandidaten der eigenen Partei, bürgerliche Kandidaten werden ebenfalls wenig unterstützt.

Tabelle 12 Unterstützung von Ständeratskandidaten einer Partei nach Parteiwählerschaft (in %).

		Partei gewählt 2011						
		SVP	FDP	BDP	CVP	GLP	SP	GPS
Ständeratskandidat der folgenden Partei gewählt	SVP	67	12	16	13	5	3	4
	FDP	25	64	34	33	37	16	9
	CVP	7	18	11	56	18	9	5
	SP	5	11	36	18	30	69	51
	GPS	2	2	7	3	15	38	55
<i>N min</i>		657	347	135	245	139	417	219
<i>N max</i>		756	437	158	362	160	549	248

*Lesebeispiel: Von den SVP-Wählenden gaben 67% an, einen Kandidaten der SVP auf den Wahlzettel geschrieben zu haben, 25% gaben an einen FDP-Kandidaten auf den Wahlzettel geschrieben zu haben.*

Insgesamt zeigt sich also ein Bild, dass die linken Wähler die Kandidaten der linken Parteien sehr gut und relativ geschlossen unterstützen. Bei den bürgerlichen Parteien ist die gegenseitige Unterstützung wesentlich weniger einheitlich. SVP-Kandidaten punkten bei den Wählern anderer Parteien nicht sehr stark, bei der FDP ist hingegen die Unterstützung auch von verschiedenen Wählern anderer Parteien vorhanden. Die CVP hat Sympathien bei den Wählern aller Parteien, sie kann ihren hohen Sitzanteil im Ständerat wohl vor allem dadurch halten, dass sie in vielen kleinen, bevölkerungsarmen Kantonen immer noch sehr gut abschneidet und dort auch bei Majorzwahlen Erfolg hat.

Schauen wir uns nun die Tickets an, welche jeweils gewählt wurden. In den Kantonen, die zwei Sitze zu vergeben hatten, haben wir in der Befragung nach beiden Kandidaten auf dem Wahlzettel gefragt. Im Folgenden gehen wir nun davon aus, dass die erste Nennung jeweils auch die erste Priorität ist, die zweite Nennung

die zweite Priorität. Die folgende Tabelle 13 gibt die Verteilung der Antworten auf die Frage nach dem zweiten gewählten Kandidaten wieder, aufgeschlüsselt nach der Partei des ersten gewählten Kandidaten.

Betrachtet man nun zuerst die letzte Spalte, so zeigt sich, dass bei jenen, die als erstes einen SVP-Kandidaten gewählt haben am meisten (42%) angeben, dass sie die zweite Linie leer gelassen haben oder sich nicht erinnern können wen sie ausserdem noch gewählt haben. Der Anteil derjenigen, die keine zweite Person gewählt haben ist auch bei der CVP sehr hoch, bei den Wählern der anderen Parteien jedoch deutlich geringer.

Bei den restlichen Parteien bestätigt sich das obige Bild. Jene mit einer FDP-Präferenz für den ersten Kandidaten wählen verteilt als zweites SVP, CVP, SP und GLP, wobei bei der GLP die Situation im Kanton Zürich stark ins Gewicht fällt. Bei der BDP, deren Kandidaten fast ausschliesslich in Bern als erstes auf dem Ticket stehen, wird häufig ein Kandidat der SP als zweiter Name auf dem Wahlzettel genannt. Bei der GLP wurde vor allem im Kanton Zürich am ehesten die FDP bedacht. Jene, die SP-Kandidaten als erstes auf den Wahlzettel geschrieben haben, wählen als zweites am häufigsten grün und umgekehrt.

Tabelle 13 Partei des zweitgenannten Kandidaten in Abhängigkeit des erstgenannten in %.

		Partei 2. Nennung Ständeratswahlen										Total	N
		SVP	FDP	BDP	CVP	GLP	SP	GPS	Andere	Leer, keine Antwort etc.			
Partei 1. Nennung Ständeratswahlen	SVP	4	22	10	5	1	3	2	10	42	100	495	
	FDP	17	3	1	16	14	11	3	5	30	100	513	
	CVP	8	26	0	2	1	13	2	9	39	100	314	
	BDP	14	8	0	2	0	34	10	9	22	100	88	
	GLP	4	47	0	4	0	12	9	6	18	100	152	
	SP	3	13	6	9	1	1	37	5	24	100	521	
	GPS	2	3	4	2	4	58	3	9	14	100	141	

Betrachtet man die Ergebnisse beider Tabellen zusammen, so zeigt sich, dass die SVP-Kandidaten von allen anderen Parteien wenig Unterstützung bekamen, was mit ein Grund für das schlechte Abschneiden war, aber dass umgekehrt auch diejenigen, die SVP gewählt haben, weniger häufig andere Kandidaten unterstützen, d.h. die Isolation der SVP insgesamt sehr gross war. Am stärksten spielt umgekehrt die Solidarität innerhalb der Linken eine Rolle, wobei vor allem jene, die zuerst GPS gewählt haben – was relativ wenige tun – als zweites auch noch SP auf den Wahlzettel schreiben.

## 6 Die Kampagnedynamik

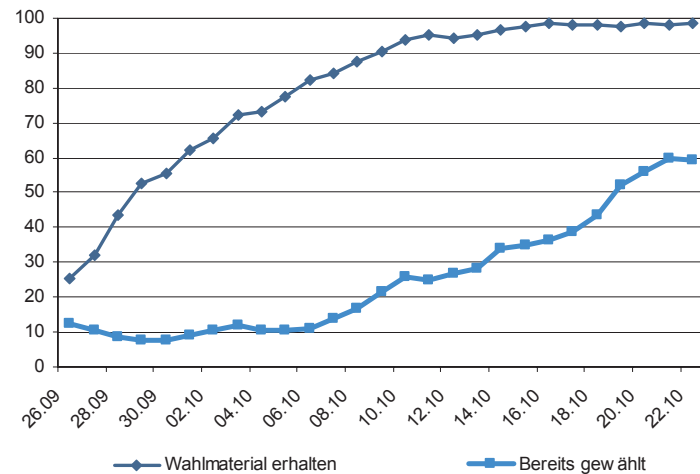
Ergänzend zur Nachwahlbefragung haben wir vor der Wahl erstmals auch ein neues Instrument eingesetzt um die Kampagnedynamik zu untersuchen, die sogenannte Rolling Cross-Section Befragung (RCS). Über einen Zeitraum von 41 Tagen vor der Wahl wurden täglich, inklusive Samstag und Sonntag, im Durchschnitt 100 Personen befragt, womit in dieser Vorwahlbefragung rund 4000 Interviews durchgeführt werden konnten. All jene, die vor der Wahl befragt wurden und noch nicht gewählt hatten, wurden zudem nach der Wahl nochmals zu ihrem effektiven Verhalten befragt. Diese Befragungen zusammen liefern nun verschiedene Hinweise über den Wahl- und Entscheidungszeitpunkt, die Veränderungen während der Endphase der Kampagne und die Bewertung von Parteien und Themen über die Zeit.

### 6.1 Der Wahl- und Entscheidungszeitpunkt

Wann erhalten Personen das Wahlmaterial und wann wird effektiv gewählt? Diese Fragen sind für die Parteien und Kandidaten wichtig, um ihre Wahlkampagne planen zu können. Das Gesetz über politische Rechte in der Schweiz bestimmt, dass das Wahlmaterial spätestens zehn Tage vor der Wahl bei den Stimmberechtigten eingetroffen sein muss. Viele Kantone und Gemeinden versenden das Wahlmaterial allerdings früher.

Grafik 18 zeigt, wann die Personen das Wahlmaterial erhalten und wann sie gewählt haben. Rund vier Wochen vor den Wahlen gaben etwas über 20% an das Wahlmaterial bereits erhalten zu haben. Dieser Wert steigt dann fast linear an, zehn Tage vor der Wahl sagten alle Stimmberechtigten, sie hätten ihr Wahlmaterial bereits erhalten. Das Ausfüllen des Wahlmaterials scheint bei den wenigsten direkt nach Erhalt des Wahlmaterials zu geschehen. Bis zweieinhalb Wochen vor der Wahl sagten jeweils nur rund 10-15% der Befragten, die das Wahlmaterial bereits erhalten haben, sie hätten ihr Wahlmaterial schon ausgefüllt. Dieser Wert steigt erst am vorletzten Wochenende vor der Wahl auf über 20%. Eine Woche vor der Wahl sagten dann immerhin 40%, dass sie den Wahlzettel ausgefüllt hätten, bevor dann in der letzten Woche die restlichen Briefwähler ihre Wahlzettel auf die Post bringen. Diese Zahlen über die Wahlteilnahme werden wohl leicht überschätzt, da die Partizipation in der Befragung insgesamt überschätzt wird, sie zeigen aber die Tendenz in der Kampagne.

Grafik 18 Anteil der Personen, die angaben das Wahlmaterial bereits erhalten zu haben und Anteil der Personen, die bereits gewählt haben.

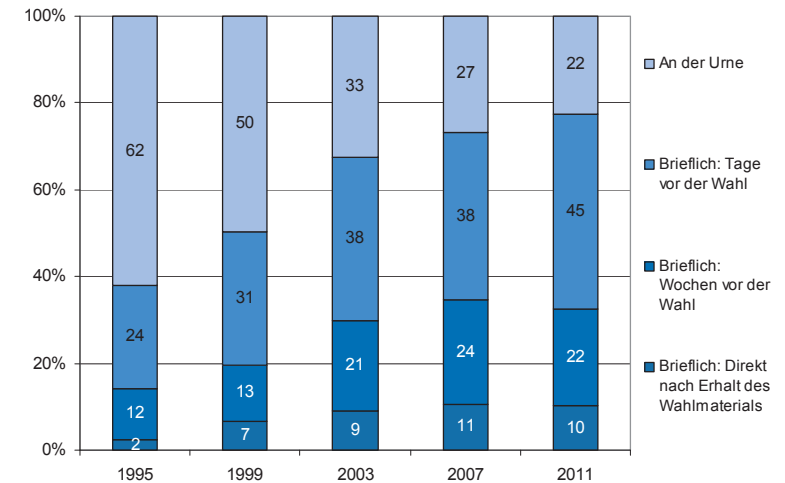


N = 2982. Gleitende Mittelwerte jeweils über 5 Tage, um Schwankungen aufgrund der kleinen Tagesstichproben auszugleichen.

Wie sieht der Trend der Stimmabgabe über die Zeit hinweg aus? Dies lässt sich anhand der Rückerinnerungsfrage in der Nachwahlbefragung analysieren. Wir haben in der Nachbefragung alle gefragt, wann und wie sie ihre Stimme abgegeben haben.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass sich der Trend zur brieflichen Stimmabgabe nochmals leicht verstärkt hat (siehe Grafik 19). 2011 nutzten gegen 80% die Möglichkeit der brieflichen Stimmabgabe. Gegen 20% gingen an die Urne, wobei auch hier ein Teil der Wähler die Möglichkeit nutzte, die Stimme vor dem Abstimmungswochenende abzugeben. Aus den beiden Grafiken ergibt sich das Bild, dass 10-15% der Wählenden ihre Stimme gleich nach Erhalt der Wahlunterlagen abgeben. Dies erstreckt sich allerdings über einen längeren Zeitraum vor den Wahlen, weil in den Kantonen das Wahlmaterial zu unterschiedlichen Zeitpunkten verschickt wird. Gut 20% stimmen einige Wochen vor der Wahl ab, weitere 45% stimmen brieflich in der letzten Woche ab und 20% der Wählenden gehen noch an die Urne.

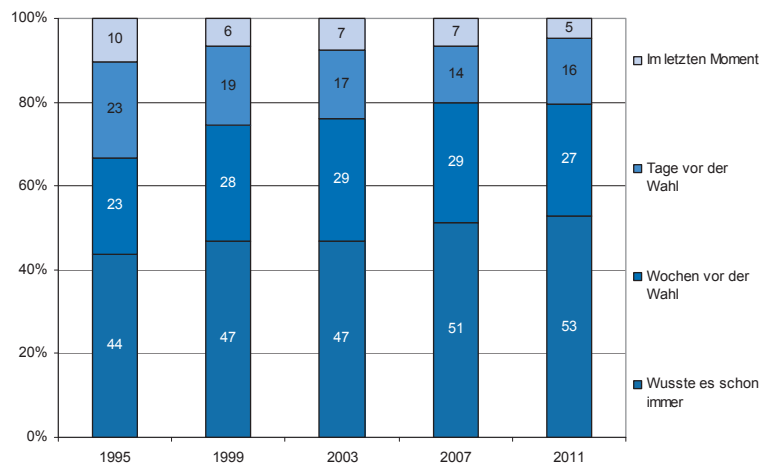
Grafik 19 Art der Stimmabgabe 1995-2011.



Lesebeispiel: 1995 gaben 62% der Wählenden an, an der Urne ihre Stimme abgegeben zu haben, 24% wählten brieflich Tage vor der Wahl, 12% wählten brieflich Wochen vor der Wahl und 2% wählten brieflich gleich nach Erhalt des Wahlmaterials. N 1995=3085; 1999=1436; 2003=2652; 2007=2116, 2011=3209.

Zeitpunkt und Art der Stimmabgabe bedeuten jedoch nicht, dass die Wählerinnen und Wähler erst im Moment der Stimmabgabe entscheiden. Im Gegenteil ist der Anteil jener, die sagten schon immer gewusst zu haben wen sie wählen, insgesamt eher etwas angestiegen. Nur ein kleiner Teil der Wählenden gibt an, sich erst im letzten Moment entschieden zu haben (siehe Grafik 20). Tendenziell entscheiden sich jene, die spät wählen, auch häufiger spät. Doch auch unter den spät Wählenden sagt die Mehrheit, sie hätte schon immer gewusst, welcher Partei sie ihre Stimme geben würde.

Grafik 20 Entscheidungszeitpunkt für den Wahlentscheid 1995-2011.



Lesebeispiel: 1995 gaben 44% an, schon immer gewusst zu haben, welche Partei sie wählen werden, 23% haben sich Wochen, 23% Tage vor der Wahl und 10% haben sich im letzten Moment entschieden. N 1995=3166; 1999=1345; 2003=2504; 2007=1996, 2011=3030.

Entscheiden sich die spät Entschlossenen und die Spät-, bzw. Urnenwähler anders als die früh Entschlossenen? Mit dieser Auslegung lässt sich einschätzen, ob es Unterschiede gibt und welche Parteien in der Endphase noch einmal zulegen bzw. verlieren/nachlassen.

Tabelle 14 zeigt, für welche Parteien sich die verschiedenen Gruppen entschieden haben. Die Unterschiede zwischen den Parteien sind insgesamt gering. Wählerinnen und Wähler, die sagten schon immer gewusst zu haben, welche Partei sie wählen, neigen leicht überdurchschnittlich der SVP, FDP und der SP zu und weniger häufig kleineren Parteien. Bei den Spätentschiedenen ist vor allem die GLP leicht überdurchschnittlich vertreten, die FDP und SP sind unterdurchschnittlich vertreten. Ein etwas anderes Bild zeigt sich, wenn man nach Art der Stimmabgabe aufschlüsselt. SVP und GPS machen am meisten Stimmen bei jenen, die an der Urne wählen, die FDP bei jenen, die früh brieflich gestimmt haben. Ansonsten gibt es keine klaren Trends.

Tabelle 14 Entscheidungszeitpunkt, Art der Stimmabgabe und Parteientscheid in %.

	Partei gewählt 2011								Total	N
	SVP	FDP	BDP	CVP	GLP	SP	GPS	Andere		
Wusste es schon immer	29	18	4	11	3	22	8	6	100	1591
Wochen vor der Wahl	24	14	8	12	9	16	9	8	100	793
Tage vor der Wahl oder im letzten Moment	25	11	6	16	8	15	9	10	100	603

	Partei gewählt 2011								Total	N
	SVP	FDP	BDP	CVP	GLP	SP	GPS	Andere		
Brieflich: Direkt nach Erhalt des Wahlmaterials	27	18	5	11	4	22	7	6	100	303
Brieflich: Wochen vor der Wahl	25	19	5	11	8	17	8	8	100	667
Brieflich: Tage vor der Wahl	25	14	6	15	5	19	8	7	100	1356
An der Urne	31	12	6	10	4	19	10	8	100	667

Lesebeispiel: 2011 haben von jenen, die angeben schon immer gewusst zu haben, welcher Partei sie ihre Stimme geben, 29% SVP, 18% FDP, 4% BDP, 11% CVP, 3% GLP, 22% SP und 8% GPS gewählt. Die Kategorien „Tage vor der Wahl entschieden“ und „im letzten Moment“ wurden zusammengefasst.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass kurz vor den Wahlen keine grossen Umschichtungen stattfinden, d.h. die Wahlen werden kaum in den letzten Tagen und Stunden gewonnen oder verloren. Die Stimmabgabe verteilt sich über einen Zeitraum von mehreren Wochen und auch unter jenen, die spät wählten, wussten eine grosse Mehrheit schon vorher, wem sie ihre Stimme geben wollten. Trotzdem ist es für die Parteien entscheidend bis zum Schluss Wahlkampf zu machen. Die Schweiz hat noch immer eine sehr stabile Parteienlandschaft und auch nur sehr kleine Verschiebungen haben deshalb einen grossen Einfluss auf die politische Dynamik nach den Wahlen.

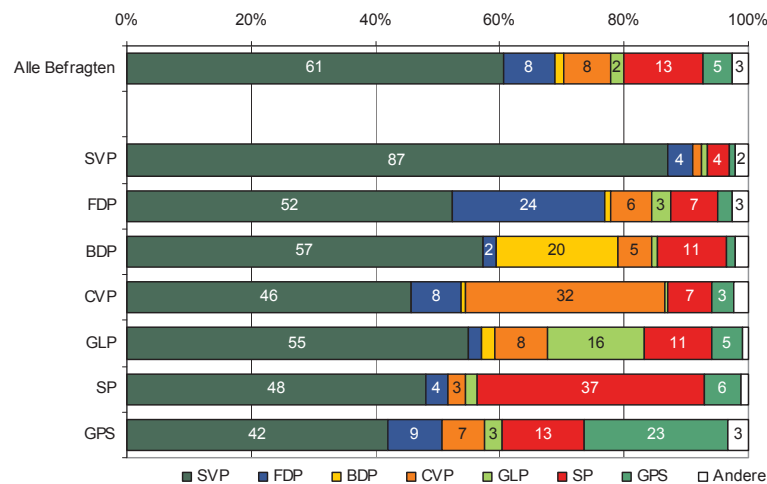
### 6.2 Die Kampagnenwahrnehmung durch die Wählenden

Die Parteien haben 2011 sehr viel Geld in ihre Kampagnen gesteckt und die Medien haben vor den Wahlen intensiv und sehr ausführlich über die verschiedenen Parteien und den Wahlkampf berichtet. Wie kommt aber der Wahlkampf bei den Wählenden an und wie beurteilen sie die Darstellung der Parteien in den Medien? Wir haben in der Vorwahlbefragung die folgenden drei Fragen dazu gestellt:

- „Welche Partei macht Ihrer Meinung nach den besten Wahlkampf?“
- „Wenn Sie nun an die Berichte in den Medien denken, was ist Ihr Eindruck: Für welche Partei ist die Berichterstattung am positivsten gewesen?“
- „Und für welche Partei ist die Berichterstattung am negativsten gewesen?“

Die folgenden drei Grafiken (21, 22 und 23) geben die Einstellungen der Befragten an, aufgeschlüsselt nach der Parteipräferenz bzw. Wahlentscheidung. Insgesamt hat der teure Wahlkampf der SVP durchaus einen Effekt auf die Kampagnenwahrnehmung. Über 60% der Befragten gaben an, die SVP mache den besten Wahlkampf. Dahinter folgt mit 13% die SP und danach mit je 8% CVP und FDP. Auffallend ist, dass die SVP auch aufgeschlüsselt nach Parteineigung vor den Wahlen bei allen Gruppen am besten abschneidet. Sehr positiv ist die Bewertung des Wahlkampfes bei den SVP-Anhängern selber, die zu 87% der Meinung sind, die SVP mache den besten Wahlkampf. Aber auch bei den Anhängern aller anderen Parteien liegt die SVP vorne mit Werten zwischen 42% (GPS) und 57% (BDP). Bei allen Anhängern fällt ansonsten auf, dass vor allem der Wahlkampf der eigenen Partei durchaus positiv beurteilt wird, wenn es auch Unterschiede gibt. Bei den SP-Anhängern finden 37%, dass ihre Partei den besten Wahlkampf mache, bei der CVP 32%, bei der FDP 24% und bei der GPS 23%. Die geringsten Werte gibt es hier bei den Anhängern der kleinsten Parteien (GLP und BDP).

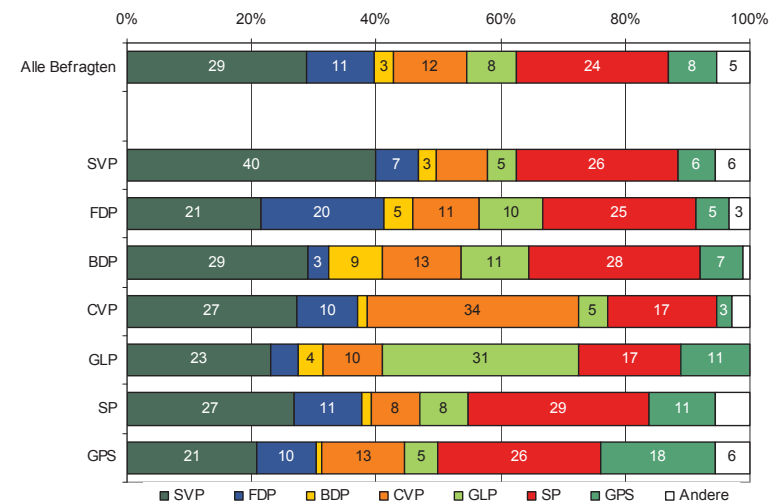
Grafik 21 Bester Wahlkampf der Parteien 2011, insgesamt und nach Parteipräferenz vor den Wahlen.



Lesebeispiel: Insgesamt gaben 61% der Befragten an, dass die SVP den besten Wahlkampf macht, 8% meinten dies sei die FDP und 8% die CVP gewesen. Bei den Befragten, die eine Präferenz für die SVP haben, gaben 87% an, dass ihrer Meinung nach die SVP den besten Wahlkampf mache. (N=2102 insgesamt, für die einzelnen Parteien: SVP 606, FDP 302, BDP 79, CVP 225, GLP 89, SP 371, GPS 47).

Und wie sieht es mit der Wahrnehmung der Berichterstattung in den Medien aus? Bei der Frage, welche Partei am positivsten bewertet werde, zeigt sich eine Verteilung über alle Parteien, die sich an die Wähleranteile anlehnt. Am positivsten wird von 29% der Befragten die Berichterstattung über die SVP bewertet, gefolgt von der SP mit 24% und jeweils 10% der Befragten gaben an, die FDP und CVP werde am positivsten bewertet. Wenn man nach Partei-Anhängern aufschlüsselt, so zeigt sich, dass die Berichterstattung über die eigene Partei jeweils besser bewertet wird, als die Berichterstattung über andere Parteien. Das ist insbesondere bei den Anhängern von CVP und GLP der Fall, die die Berichterstattung über die eigene Partei sehr viel positiver bewerten, als die der anderen Parteien. Die Anhänger der FDP und der GPS sind dagegen etwas weniger häufig der Ansicht, dass ihre eigene Partei am positivsten dargestellt wird. Nur die BDP-Anhänger gaben insgesamt recht selten an, ihre eigene Partei werde am positivsten bewertet.

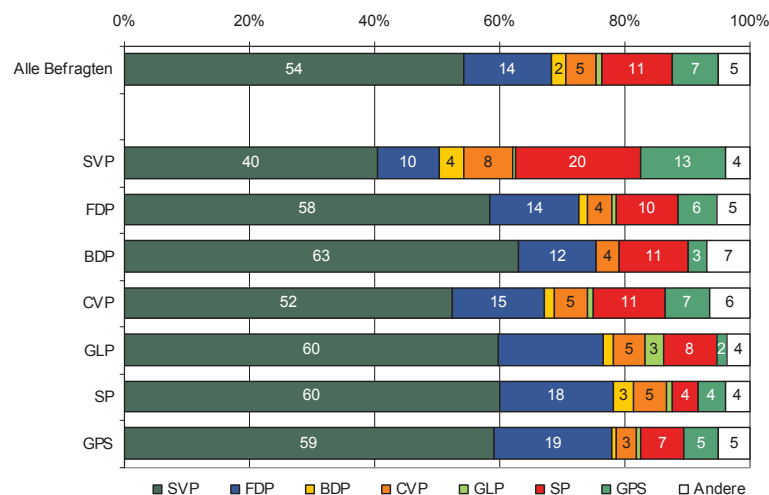
Grafik 22 Partei mit positivster Berichterstattung, insgesamt und nach Parteipräferenz vor den Wahlen.



Lesebeispiel: Insgesamt gaben 29% der Befragten an, die SVP werde in den Medien am positivsten dargestellt, 11% meinten dies sei die FDP und 12% die CVP. Die Befragten, die eine Präferenz für die SVP haben, gaben zu 40% an, dass die SVP am positivsten in den Medien dargestellt wird. (N=1814 insgesamt, für die einzelnen Parteien: SVP 503, FDP 273, BDP 75, CVP 196, GLP 81, SP 309, GPS 119).

Bei der Frage nach der Partei, über die nach Ansicht der Befragten am negativsten berichtet wird, fällt das Urteil hingegen wieder sehr viel deutlicher aus. Über 50% der Befragten sind der Meinung, die SVP werde am negativsten dargestellt. Mit grossem Abstand dahinter werden zusätzlich auch die FDP (14%) und die SP (11%) erwähnt, kaum als negativ wird die Darstellung der CVP, BDP und GLP beurteilt. Interessant hier ist aber, dass die SVP-Anhänger am wenigsten häufig die eigene Partei nennen, sondern vor allem die Anhänger der anderen Parteien den Eindruck, die SVP komme in der Berichterstattung schlecht weg. Die SVP-Anhänger haben dafür überdurchschnittlich den Eindruck, SP und GPS kämen in den Medien am schlechtesten weg. Jedoch ist auch bei der SVP der Anteil jener mit Abstand am grössten, die das Gefühl haben die Berichterstattung in den Medien sei für ihre eigene Partei am negativsten.

Grafik 23 Partei mit der negativsten Berichterstattung, insgesamt und nach Parteipräferenz vor den Wahlen.



Lesebeispiel: Insgesamt gaben 54% der Befragten an, die SVP werde in den Medien am negativsten dargestellt, 14% meinten dies sei die FDP und 5% nannten die CVP. Die Befragten, die eine Präferenz für die SVP haben, gaben zu 40% an, dass ihrer Meinung nach die SVP am negativsten in den Medien dargestellt worden sei. (N=2262 insgesamt, für die einzelnen Parteien: SVP 553, FDP 314, BDP 100, CVP 241, GLP 112, SP 404, GPS 167).

### 6.3 Die kurzfristige Präferenzänderung

Die RCS-Befragung erlaubt es auch zu untersuchen, wie stark sich Parteipräferenzen in der Endphase des Wahlkampfes ändern. Vor den Wahlen haben wir in der RCS-Befragung alle gefragt, welche Partei sie am ehesten wählen würden. Nach den Wahlen haben wir bei den gleichen Personen in einem zweiten Interview erhoben, welche Partei sie effektiv gewählt haben. Tabelle 15 gibt diese kurzfristigen Veränderungen wieder. Die Tabelle zeigt welche Partei jene effektiv gewählten haben, die vor den Wahlen eine bestimmte Parteipräferenz hatten.

Der SVP gelang es am besten ihre Wählerschaft bei der Stange zu halten. 87% jener, die vor der Wahl eine SVP-Präferenz geussert haben, wählten effektiv SVP. Befragte mit SVP-Präferenz, die sich in der Endphase noch für eine andere Partei entschieden, verteilten sich auf verschiedene Parteien ohne klaren Schwerpunkt.

Bei den anderen Parteien lag der Anteil jener, welche die gleiche Partei wählten die sie vor den Wahlen präferierten, deutlich niedriger. Bei der FDP, BDP, CVP sowie der SP liegt der Wert zwischen 70% und 75%, bei der GPS bei 64% und bei der GLP bei 60%. Entsprechend sind auch die kurzfristigen Abwanderungen zu anderen Parteien höher. Unter jenen, die eine Präferenz für die FDP hatten, wählten fast 10% SVP, die restliche Abwanderung verteilt sich auf die anderen Parteien. Kein klares Muster gibt es bei Befragten, die beabsichtigten die BDP zu wählen. Jene, die die CVP präferierten, aber nicht CVP wählten, wechselten am ehesten zu SVP und FDP. Die GLP konnte von allen Parteien am wenigsten Wähler in der Endphase bei der Stange halten. Die meisten Abwanderer mit GLP-Präferenz wählten FDP (11%), jedoch verlor die GLP Wählende auch an alle anderen Parteien.

Tabelle 15 Parteipräferenz vor den Wahlen und effektiv gewählte Partei (in %).

	Partei gewählt effektiv									Total	N
	SVP	FDP	BDP	CVP	GLP	SP	GPS	Übrige			
SVP	87	3	2	2	1	2	0	3	100	398	
FDP	9	74	4	3	3	1	1	4	100	228	
BDP	6	6	71	5	2	4	0	7	100	69	
CVP	7	8	2	72	1	5	1	4	100	192	
GLP	4	11	7	4	58	5	6	5	100	87	
SP	5	3	2	2	2	72	8	6	100	365	
GPS	0	2	1	1	9	17	64	6	100	126	
Übrige	11	13	6	11	7	15	8	29	100	204	

Lesebeispiel: Von jenen, die vor den Wahlen gesagt haben sie würden SVP wählen, haben 87% effektiv auch SVP gewählt, 3% haben FDP und 2% BDP gewählt.



Bei der SP gab es vor allem eine Abwanderung zur GPS. Noch stärker ist hingegen der umgekehrte Trend: 17% derjenigen, die angaben GPS wählen zu wollen, wählten SP. Weitere fast 10% jener, die vor den Wahlen GPS wählen wollten, gaben ihre Stimme der GLP.

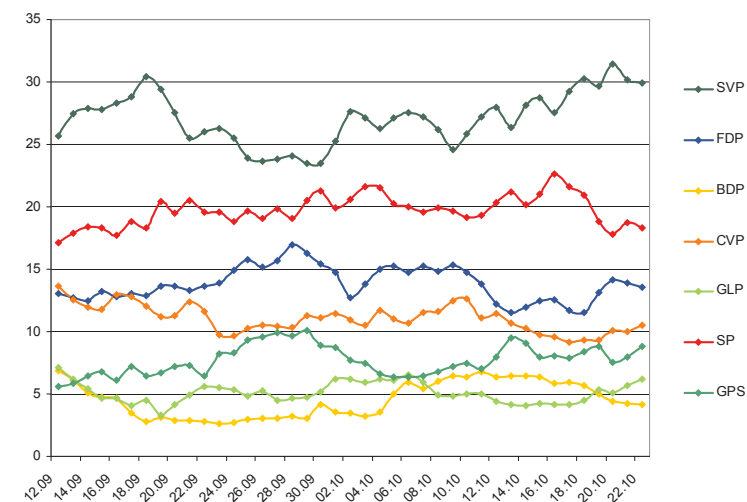
#### 6.4 Die Partei- und Themenkonjunktur

Die RCS-Befragung erlaubt es auch die Entwicklung der Meinungsbildung in den letzten 40 Tagen vor der Wahl nachzuzeichnen. Aufgrund der kleinen Fallzahlen pro Tag ist es nicht möglich genaue Tagestrends nachzuvollziehen, es ist jedoch möglich über bestimmte markante Trends Aussagen zu machen, z.B. wie sich die Parteipräferenzen und die Themenkonjunktur entwickelten.

Grafik 24 gibt die Entwicklung der Parteipräferenzen über die Zeit an. Es zeigt sich, dass die SVP eher gegen Ende des Wahlkampfes wieder etwas höher in der Gunst der Wählenden liegt, wobei dies auch damit zu tun haben kann, dass zu diesem Zeitpunkt viele bereits brieflich gewählt haben und die SVP bei jenen höher in der Gunst steht, die erst an der Urne ihre Stimme abgeben. Die anderen Parteien sind relativ stabil. Keine Trends gibt es bei der SP und CVP, die FDP verliert in der Endphase leicht in der Wählergunst, GPS und BDP legen dagegen eher etwas zu. Im Grossen und Ganzen zeigt sich hier jedoch, dass die Verteilungen über die Zeit hinweg sehr stabil sind, d.h. die Reihenfolge der Parteien verschiebt sich in der Endphase des Wahlkampfes nicht mehr. Parteien, die 40 Tage vor der Wahl vorne lagen, lagen auch direkt vor dem Wahltag noch vorne und umgekehrt.

2011 haben alle Parteien im Wahlkampf ihre Kernthemen bewirtschaftet, die SVP thematisierte Migration und Ausländer, die FDP die Wirtschaft, die CVP versuchte sich als Familienpartei zu profilieren, die GPS warb für den Umweltschutz und die SP für mehr soziale Gerechtigkeit. Wir haben in der RCS-Vorwahlbefragung alle gefragt, welches ihrer Ansicht nach das wichtigste und welches das zweitwichtigste Problem sei.

Grafik 24 Parteipräferenz in der Endphase des Wahlkampfes in %.



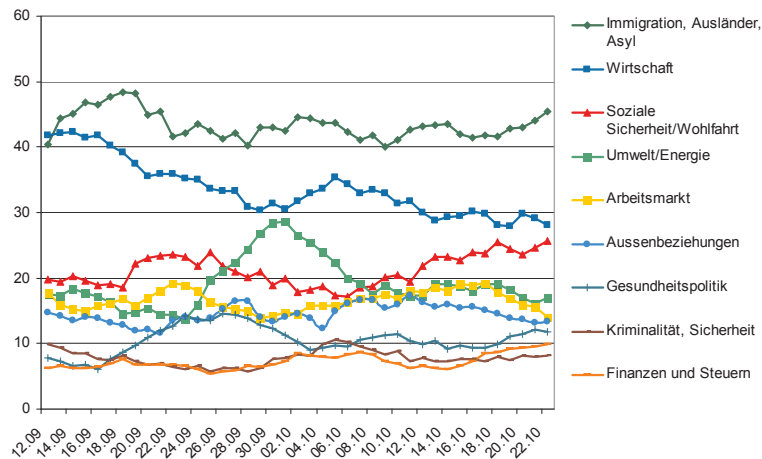
Gleitende Mittelwerte über jeweils 7 Tage, N pro Wert : 405-544.

Grafik 25 gibt wieder, wie viele der Befragten ein Thema als wichtigstes oder zweitwichtigstes Problem genannt haben. Während der Endphase des Wahlkampfes blieb die Themenlage weitgehend konstant, wenn es auch kleine Verschiebungen gab. Migration hielt sich in den letzten 40 Tagen vor der Wahl konstant an erster Stelle. Abnehmend war in der Tendenz die Nennung der Sorge um die wirtschaftliche Entwicklung in der Schweiz. Dafür wurde gegen Ende des Wahlkampfes leicht häufiger das Thema soziale Sicherheit genannt. Eine kurze Konjunktur erlebte das Thema Umwelt/Energie. Dies wurde in jener Zeit deutlich häufiger genannt, als in der Herbstsession rund vier Wochen vor dem Wahltag im Ständerat über den Atomausstieg debattiert wurde und die Medien umfassend darüber berichteten. Einen leichten Anstieg als wichtigstes Problem erlebte die Gesundheitspolitik zu jenem Zeitpunkt vor den Wahlen, als die Krankenkassenprämien bekannt gegeben wurden, Anfang Oktober ging der Anteil der Nennungen jedoch wieder zurück.

Es lassen sich also durchaus in der Endphase des Wahlkampfes Veränderungen in der Problemwahrnehmung beobachten, allerdings liessen sich diese 2011 nicht mit Kampagnenereignissen in Verbindung bringen, sondern sind von anderen Ereignissen geprägt. Eine bedeutende Verschiebung der Schwerpunkte findet in der Endphase des Wahlkampfes allerdings nicht mehr

statt. Anders ausgedrückt: Die Bedeutung politischer Probleme der Wählerschaft wurden in der Endphase des Wahlkampfes nicht mehr grundlegend verändert, sondern sie verschoben sich nur noch mit kleinen Ausschlägen, die zudem auch nicht durch bestimmte Parteikampagnen beeinflusst wurden.

Grafik 25 Nennung als wichtigstes oder zweitwichtigstes Problem in der Endphase des Wahlkampfes in %.



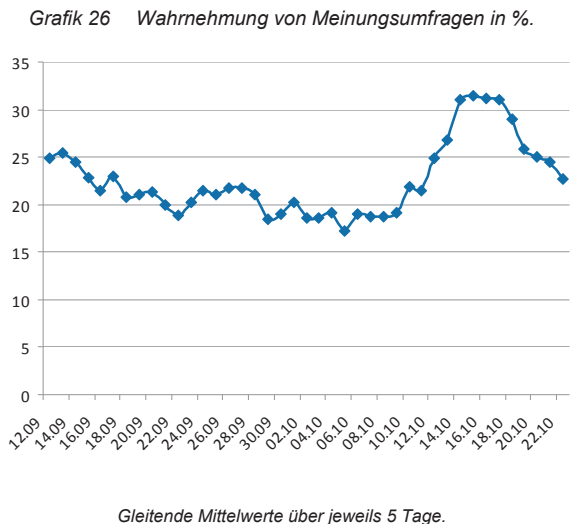
Gleitende Mittelwerte über jeweils 7 Tage, N pro Wert: 863-1268.

### Box **Beeinflussen Umfragen das Wahlverhalten?**

Die Frage, ob publizierte Befragungen vor den Wahlen das Wahlverhalten beeinflussen, erhitzt immer wieder die Gemüter – vor allem bei jenen, die in Meinungsumfragen schlecht abschneiden. Wir haben die RCS-Befragung auch dazu genutzt, um zu untersuchen, ob ein Einfluss von Befragungen messbar ist. Damit eine Befragung rein theoretisch einen Einfluss auf das Wahlverhalten haben kann, müssen drei Bedingungen erfüllt sein:

1. Umfragen müssen wahrgenommen werden.
2. Die Befragungsergebnisse müssen korrekt wahrgenommen werden.
3. Die Befragungsergebnisse beeinflussen das Verhalten der Wählenden in eine bestimmte Richtung. Theoretisch ist allerdings schon umstritten welcher Effekt zu erwarten wäre, d.h. ob jene Parteien, die in der Befragung gut abschneiden, profitieren würden (bandwagon-Effekt) oder jene, die schlecht abschneiden (underdog-Effekt).

Die erste Bedingung ist teilweise erfüllt. Grafik 26 gibt den Anteil jener an, welche die Frage „Haben Sie in den letzten Tagen Meinungsumfragen zu den Nationalratswahlen gesehen?“ mit Ja beantwortet haben. Im Befragungszeitraum wurden zwei Befragungen publiziert, wobei nur die von der SRG-SSR in Auftrag gegebene Befragung einen signifikanten Ausschlag hat: Nach der Publikation der Ergebnisse am 12. Oktober 2011 stieg der Anteil jener, die sagten von der Befragung gehört zu haben, markant an, um nach ein paar Tagen wieder zu fallen. Eine andere, von der Sonntagszeitung am 25. September publizierte Befragung zeigte hingegen keinen solchen Anstieg. Interessant ist ebenfalls, dass der Anteil derjenigen, die angaben von einer Meinungsumfrage gehört zu haben, konstant bei ungefähr 20% liegt.



Werden die Ergebnisse aber auch korrekt wahrgenommen? Wir haben bei jenen, die sagten Meinungsumfragen gesehen zu haben, gefragt: „Wissen Sie noch, welche Partei laut der Meinungsumfrage am meisten Stimmen dazu gewinnen wird“ bzw. „...am meisten Stimmen verlieren wird?“. Die Kernaussagen der letzten SRG-SSR Studie, die am 12. Oktober Abends publiziert wurde, lauteten „Schlussmobilisierung zeigt Wirkung, Beteiligungsabsicht wächst - SVP legt wieder zu - BDP und GLP wahrscheinliche Wahlsieger“ und weiter unten zusammenfassend „Gegenüber 2007 hätte die neue BDP am meisten (+3.6%) gewonnen; der Vergleich hinkt hier aber, weil sie erst 2008 gegründet wurde. Die ebenfalls junge GLP (+3.5%) hätte sich ähnlich stark verbessert. Die eigentliche Verliererin der Wahl wäre die traditionsreiche FDP. Die Liberalen gewesen. Seit ihrer Fusion haben sie einen Wähleranteil von 17.7 Prozent, der sich um 2.5 Prozentpunkte verringert hätte. Die Veränderungen bei allen anderen Parteien sind im Stichprobenfehler. In der Tendenz kann man sagen: SVP und SP halten sich oder legen eher zu, die CVP hält sich oder nimmt eher ab. Verliererinnen der Wahlen wären in der Summe auch alle Klein(st)parteien gewesen.“

**Tabelle 16** Wahrnehmung der Parteien in den Meinungsumfragen.

Gewinnerpartei	SVP	FDP	BDP	CVP	GLP	SP	GPS	Übrige	N
Vor 13.10.	35	4	16	6	33	28	15	1	386
13. 10. oder später	46	2	28	5	44	9	8	2	308
<b>Total</b>	<b>40</b>	<b>3</b>	<b>21</b>	<b>5</b>	<b>38</b>	<b>19</b>	<b>12</b>	<b>1</b>	<b>693</b>
Verliererpartei	SVP	FDP	BDP	CVP	GLP	SP	GPS	Übrige	N
Vor 13.10.	14	68	4	24	2	12	4	3	409
13. 10. oder später	3	83	2	21	1	9	6	1	307
<b>Total</b>	<b>9</b>	<b>74</b>	<b>3</b>	<b>23</b>	<b>2</b>	<b>11</b>	<b>5</b>	<b>2</b>	<b>717</b>

Bemerkung: Total ist grösser als 100%, weil die Befragten auch eine zweite Partei nennen konnten.

Tabelle 16 zeigt, dass die Rezeption der Ergebnisse nur zum Teil stimmig war. Vor den Wahlen sah ein sehr grosser Anteil der Befragten die SVP als Gewinnerin, obwohl ausser der letzten SRG-SSR Befragung alle Befragungen davor die SVP eher im Minus sahen. Immerhin stieg der Anteil jener, die die SVP als Gewinnerin sahen nach der Publikation der Ergebnisse der letzten Befragung signifikant an, was der Kernaussage zumindest teilweise entspricht. In der Einschätzung konstant zu den Gewinnern wurden auch die GLP und die BDP gezählt. Wenig stimmig war die Wahrnehmung der SP. Diese wurde vor dem 13. Oktober häufig zu den Gewinnern gezählt, danach viel weniger häufig, obwohl die letzte Befragung auch für die SP von einem möglichen positiven Trend sprach.

Bei der Frage nach den Verlierern, wurde mit grossem Abstand die FDP am häufigsten genannt, was auch mit sämtlichen anderen Meinungsumfragen vor der Wahl übereinstimmt. Der Anteil derjenigen, welche die FDP als Verliererin sahen, steigt auch noch sehr deutlich nach der Publikation der letzten SRG-SSR-Befragung am 12. Oktober an. Von den anderen Parteien werden am ehesten noch CVP, SP und SVP als mögliche Wahlverlierer gesehen. Bei der SVP sinkt der Anteil jener, welche die SVP als mögliche Verliererin nennen, jedoch nach dem 12. Oktober deutlich.

Damit ist nun aber noch nicht belegt, dass die Befragung auch einen Einfluss auf das Wahlverhalten hat. Ein Effekt liegt dann vor, wenn jemand, der sich grundsätzlich vorstellen kann eine Partei zu wählen, sich für oder gegen diese Partei entscheidet, nachdem er von einer Meinungsumfrage gehört hat, dass diese Partei im Aufwind oder Rückgang ist. Die bisherige Forschung geht davon aus, dass solche Effekte, falls überhaupt messbar, nur gering sind und kurzfristig wirken.

An dieser Stelle ist nur eine erste Kurzanalyse dazu möglich. Am ehesten müsste ein Effekt bei der FDP nachzuweisen sein, da sehr viele die FDP als Umfrageverliererin wahrgenommen haben. Wir haben hier für die FDP-Sympathisierenden untersucht, ob jene, welche die FDP als Verliererin wahrgenommen haben, weniger häufig FDP wählen als diejenigen, welche die FDP nicht als Verliererin wahrgenommen haben. Die folgende Tabelle (17) zeigt, dass dies nicht der Fall ist. Unter sämtlichen Befragten mit Sympathie für die FDP wurde die FDP sogar von jenen leicht häufiger gewählt, die die FDP als Verliererin bei Meinungsumfragen wahrgenommen haben, als von jenen, die Befragungsergebnisse nicht wahrgenommen haben oder eine andere Partei als Verliererin gesehen haben.

Daraus lässt sich schliessen, dass grosse Umfragen durchaus wahrgenommen werden und zumindest teilweise auch richtig Verlierer und Gewinner dieser Befragungen identifiziert werden. Diese haben allerdings keinen messbaren direkten Einfluss auf das Wahlverhalten.

*Tabelle 17 Wahlentscheid für die FDP und FDP als Verliererpartei genannt (in %).*

	Alle Befragten mit FDP Sympathie	Befragte mit FDP Sympathie und FDP als Verliererpartei genannt
FDP gewählt	21	26
Andere Partei gewählt	79	74
Total	100	100
N	1618	286

## 7 Parteipotentiale und ihre Ausschöpfung

Neben den effektiven Ergebnissen interessiert die Parteien jeweils auch, wie die Wählerinnen und Wähler insgesamt den verschiedenen Parteien gegenüber stehen. Um dies zu eruieren, haben wir seit 2003 in Selects eine Frage in die Umfrage aufgenommen, anhand derer sich die Beliebtheit einer Partei und das Potential der Parteien abschätzen und das Konkurrenzverhältnis zwischen den Parteien untersuchen lässt.

Für alle grösseren Parteien wurden die Wählerinnen und Wähler gefragt, mit welcher Wahrscheinlichkeit auf einer Skala von 0 bis 10 sie diese Partei jemals wählen würden, wobei 0 bedeutet, dass sie diese Partei niemals wählen würden und 10 bedeutet, dass sie diese Partei mit sehr grosser Wahrscheinlichkeit wählen würden. Die Antworten auf diese Frage sind als Indikator dafür zu verstehen, wie beliebt die Parteien insgesamt sind. Sie zeigen hingegen nicht die effektive Wahlwahrscheinlichkeit an. Der Wert 5 auf der 10er Skala bedeutet nicht, dass die Wahlwahrscheinlichkeit 50% beträgt. Weniger als 5% jener, die auf der 10er Skala bei einer Partei den Wert 5 angaben, haben diese Partei effektiv auch gewählt. Erst bei einer deklarierten Wahlwahrscheinlichkeit von 8 wählen über 30% auch diese Partei.

Grafik 27 gibt die Verteilung der Antworten auf diese Wahrscheinlichkeiten wieder. Am auffälligsten ist die polarisierte Verteilung bei der SVP im Vergleich zu den anderen Parteien. 50% der Wählerinnen und Wähler geben bei der SVP einen sehr tiefen Wert an, d.h. sie können sich gar nicht vorstellen SVP zu wählen. Weitere 8% geben an, dass sie nur mit geringer Wahrscheinlichkeit (3-4) diese Partei wählen würden. Umgekehrt ist die SVP bei 28% der Wählerinnen und Wähler sehr beliebt, diese geben eine sehr hohe Wahrscheinlichkeit an SVP zu wählen. Die SVP ist also jene Partei, die mit Abstand am stärksten polarisiert und bei einer Mehrheit der Wählerinnen und Wähler keine Sympathien genießt. Diese Polarisierung ist auch die Ursache, weshalb die SVP bei Majorzwahlen so grosse Schwierigkeiten hat. Sie ist zwar stärkste Partei, aber sie ist gleichzeitig auch die Partei, bei der sich am meisten Personen nicht vorstellen können sie zu wählen.

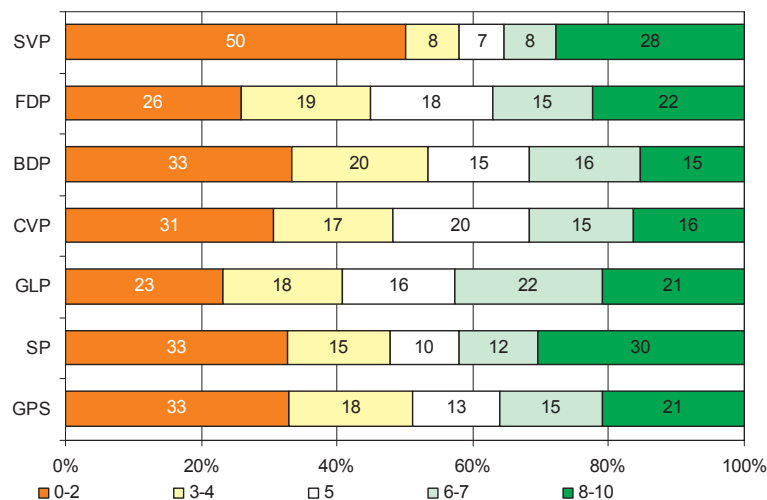
Ebenfalls relativ polarisierend sind SP und GPS. Bei der GPS ist der Anteil jener, die sich gar nicht oder eher nicht vorstellen können die Partei zu wählen, knapp über 50%, bei der SP nur knapp darunter. Bei der SP ist umgekehrt auch der Anteil jener, die sich sehr gut vorstellen können SP zu wählen, am höchsten unter allen Parteien. Bei der GPS sind diese Wahlwahrscheinlichkeiten moderater.

Bei den anderen Parteien ist die Verteilung dagegen weniger polarisiert. Vor allem ist der Anteil jener, die sich überhaupt nicht vorstellen können eine Partei zu wählen, wesentlich geringer als bei der SVP. Am wenigsten eckt die GLP an. Nur 23% der Befragten können sich überhaupt nicht vorstellen GLP zu wählen.

Die GLP ist auch jene Partei, die bei den meisten Befragten zumindest auf moderate Sympathien stösst. Sehr ähnlich ist auch die Verteilung bei der FDP.

Am wenigsten Enthusiasmus gibt es insgesamt für die CVP und BDP, die beide sehr ähnlich in der Wählergunst liegen. Bei der BDP und CVP verfügen je rund 50% der Befragten über eine sehr oder eher geringe Wahrscheinlichkeit die Partei zu wählen. Ausserdem gibt es bei beiden Parteien relativ wenige, die sich sehr oder gut vorstellen können die Partei zu wählen.

Grafik 27 Wahlwahrscheinlichkeit der sieben grössten Parteien 2011.



*Lesebeispiel:* Unter den Wählenden gaben 50% an, dass es sehr unwahrscheinlich für sie ist SVP zu wählen (0-2 auf einer Skala von 0-10), 8% gaben an, sich nicht vorstellen zu können SVP zu wählen (3-4) und 28% gaben an, dass die Wahrscheinlichkeit SVP zu wählen für sie sehr hoch ist (8-10). Nur Wähler; N=2918-3010.

Die Frage nach der Wahlwahrscheinlichkeit lässt zu, das Wählerpotential der verschiedenen Parteien abzuschätzen und zu eruieren, wie gut die Parteien ihr Potential ausgeschöpft haben, das heisst wie viele der potentiellen Wählenden die Partei auch effektiv gewählt haben. Wir haben für die folgende Auswertung jeweils drei Gruppen gebildet. Von jenen, die bei einer Partei die Wahlwahrscheinlichkeit von 0-4 nannten, haben nur einzelne eine Partei auch gewählt, bei 5-7 sind es im Schnitt immerhin schon 10%, bei 8-10 über 50%. Aus diesen Eckwerten berechnen wir folgende Indikatoren:

- *Verlässliches Potential:* Anteil der Wählerinnen und Wähler, die angaben mit einer Wahrscheinlichkeit von 8-10 dieser Partei ihre Stimme zu geben. Die Annahme dabei ist, dass eine Partei all diese Wähler potentiell für sich gewinnen könnte.
- *Ausschöpfung I:* Anteil jener des verlässlichen Potentials, welche die entsprechende Partei auch gewählt haben.
- *Maximales Potential:* Anteil aller Wählerinnen und Wähler, die angaben mit einer Wahrscheinlichkeit von 8-10 dieser Partei ihre Stimme zu geben (verlässliches Potential) plus die Hälfte der Wählerinnen und Wähler, die angaben mit einer Wahrscheinlichkeit von 5-7 diese Partei zu wählen.
- *Ausschöpfung II:* Anteil jener des maximalen Potentials, welche die entsprechende Partei auch gewählt haben.

Tabelle 18 gibt die verschiedenen Indikatoren für das Jahr 2011 und als Vergleich für 2007 wieder. Betrachten wir die zweite Spalte mit dem verlässlichen Potential, so sehen wir, dass die SVP zusammen mit der SP über das grösste Potential verfügt. Gegenüber 2007 ging das verlässliche Potential der SVP allerdings eher zurück, während es bei der SP eher anstieg. Stabil blieb das verlässliche Potential bei der FDP, zurück ging es klar bei der CVP und vor allem bei der GPS. Die GPS verfügt zwar noch immer über ein verlässliches Potential wie die FDP, allerdings ging der Wert von 29% auf 21% zurück. Die beiden Parteien mit dem geringsten verlässlichen Potential sind 2011 CVP und BDP, die beide je rund 15% erreichen.

Enorme Unterschiede gibt es auch 2011 bei der Ausschöpfung des Potentials. Die SVP bleibt klare Spitzenreiterin: 81% der Wählerschaft, die eine starke Neigung zur SVP haben, wählen schlussendlich auch SVP. Der SVP ist es im Vergleich zu allen anderen Parteien also erneut sehr viel besser gelungen, die Wähler, die zur SVP neigen, auch dazu zu bringen SVP zu wählen. Dieser Spitzenwert hat sich gegenüber 2007 nicht verändert. Ebenfalls noch über 50% Ausschöpfung haben die anderen drei Traditionsparteien FDP, CVP und SP und auch hier sind die Veränderungen gegenüber 2007 gering. Der GPS ist es eher besser gelungen, die Wählerschaft mit hoher Neigung zur Wahl der Partei zu bewegen als noch 2007, allerdings bei einem Rückgang des verlässlichen Potentials.

Die tiefsten Ausschöpfungen haben die beiden neuen Parteien GLP und BDP. Nur wenige der Wähler, die eigentlich eine hohe Neigung zu den beiden Parteien haben, konnten von den Parteien mobilisiert werden. Bei beiden Parteien hat nur rund ein Viertel der Befragten mit hoher Neigung zur BDP und GLP effektiv die Partei auch gewählt.

Tabelle 18 Verlässliches und maximales Potential sowie deren Ausschöpfungsquote 2011 und 2007 (in %).

	Verlässliches Potential	Ausschöpfung I	Maximales Potential	Ausschöpfung II	N
2011					
SVP	28	81	35	74	834
FDP	22	56	39	37	666
BDP	15	27	31	18	449
CVP	16	58	34	35	491
GLP	21	24	40	14	617
SP	30	54	41	45	913
GPS	21	37	35	24	630
2007					
SVP	32	81	38	72	626
FDP	22	52	40	37	441
CVP	20	58	40	36	399
SP	28	59	40	48	562
GPS	29	31	43	23	575

Lesebeispiel: Die SVP verfügt 2011 über ein verlässliches Wählerpotential von 28%. Von diesen haben 81% auch SVP gewählt. Das maximale Potential liegt bei 35%, welches sie zu 74% ausgeschöpft hat, d.h. 74% davon haben auch SVP gewählt.

Beim maximalen Potential sind ähnliche Trends zu beobachten. Die meisten der Befragten können sich vorstellen FDP, GLP und SP zu wählen, diese drei Parteien liegen bei rund 40%. Bei der SVP, CVP und der GPS sind es rund 35%, bei der BDP etwas über 30%. Hier zeigen sich wiederum klare Unterschiede bei den beiden neuen Parteien GLP und BDP: Die GLP ist für sehr viele wählbar, die BDP hingegen verfügt über das kleinste maximale Potential aller untersuchten Parteien.

Am deutlichsten ist der Rückgang gegenüber 2007 bei denjenigen, die sich vorstellen können GPS zu wählen. Die GPS hatte 2007 das grösste maximale Potential, 2011 verlor sie diese Spitzenposition und wurde sogar von der GLP überholt. Leicht verloren haben auch die CVP und die SVP.

Vergleichbar mit 2007 sind die Ausschöpfungsraten. Auch hier ist die SVP klar an der Spitze, gefolgt von SP, FDP und CVP. Bei der BDP und der GLP wählt nur ein kleiner Teil jener, die sich vorstellen können die Partei zu wählen, schlussendlich auch GLP oder BDP.

Diese Analysen geben auch einen guten Überblick über die Perspektiven der verschiedenen Parteien. Die SVP ist jene Partei, die auf höchstem Niveau spielt und ihre potentielle Wählerschaft immer noch sehr gut mobilisieren kann. Allerdings ist der Anteil der potentiellen SVP-Wähler eher etwas zurückgegangen und liegt gleichauf oder niedriger als die potentielle Wählerschaft anderer grosser Parteien in der Schweiz. Die SVP ist auch jene Partei, die am stärksten polarisiert und eine Mehrheit konnte sich 2011 nicht vorstellen, die Partei zu wählen. Dies zeigt das doppelte Dilemma der SVP und die Grenzen des Wachstums: Schon

um Wähleranteile und die potentiellen Wähler zu halten, muss sie sehr gut mobilisieren und dies war in der Vergangenheit mit einem pointierten Rechtskurs möglich. Allerdings verschliesst sie sich mit diesem Rechtskurs möglichen Wählern in der Mitte, die sie wiederum bräuchte um den Pool potentieller Wähler auszubauen.

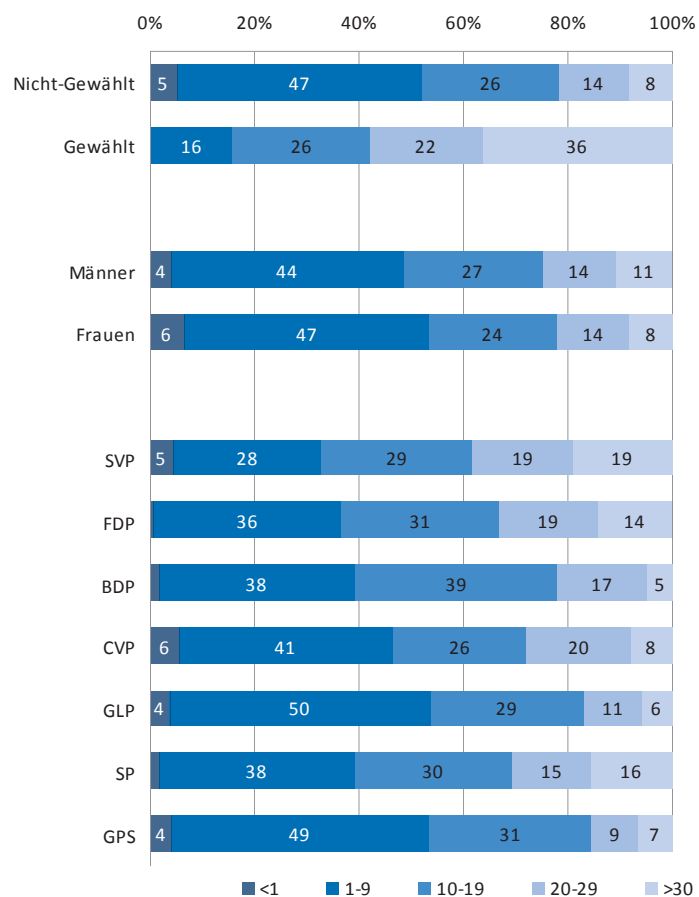
Die beiden anderen bürgerlichen Traditionsparteien sind in einer unterschiedlichen Lage. Bei der CVP ist der Anteil potentieller Wähler eher zurückgegangen, bei der FDP ist er eher hoch geblieben. Damit ergeben sich bei der FDP auch bessere Perspektiven in Zukunft wieder zu wachsen. Sie kann an der Ausschöpfung ihrer potentiellen Wähler arbeiten, während die CVP zusätzlich noch darum bemüht sein muss, die Basis potentieller Wähler zu verbreitern und neue Wählerschichten zu erschliessen. Die BDP geniesst einige Sympathien, es gelang ihr aber sehr schlecht potentielle Wähler auch zu mobilisieren. Breite Wählerschichten hat 2011 die GLP angesprochen, sie konnte diese aber nur zu einem sehr kleinen Teil zur Wahl der GLP bewegen und hat das Potential sehr schlecht ausgeschöpft. Damit ist sie aber in guter Gesellschaft mit der GPS und der BDP. Die GPS hat gegenüber 2007 deutlich an Sympathien eingebüsst. Dies wird wohl darauf zurückzuführen sein, dass mit der GLP eine zweite Partei im Rennen ist, die mit dem Label „grün“ einem ökologisch sensibilisierten Publikum in der Mitte eine Alternative bietet.

## 8 Die Kandidierenden

Neben den Wählerinnen und Wählern wurden anlässlich der Wahlen 2007 und 2011 im Rahmen eines international vergleichenden Projektes auch sämtliche National- und Ständeratskandidierenden befragt. Dies erlaubt es, zusätzlich zur Wahlbefragung Einblicke in die Wahlkampfaktivitäten sowie die politischen Positionen der Kandidierenden in der Schweiz zu gewinnen. Von den 3473 Kandidierenden für den Nationalrat haben knapp die Hälfte teilgenommen (47%). Wir haben im Rahmen der Kandidatenumfrage die Kandidierenden über ihre Wahlkampfaktivitäten, ihre Einstellung zur Demokratie und zu verschiedenen politischen Themen befragt.

Ein Kandidatenwahlkampf kostet hauptsächlich Zeit und Geld. Wir haben daher alle Kandidierenden gefragt, wie viel Zeit sie pro Woche in der Endphase des Wahlkampfes aufgewendet haben. Grafik 28 zeigt die Verteilung des Zeitaufwandes verschiedener Gruppen. Deutliche Unterschiede gibt es zwischen den Gewählten und Nicht-Gewählten. Gewählte wenden, wenig überraschend, deutlich mehr Zeit für die Wahlkampagne auf als Nicht-Gewählte. 36% der Gewählten gaben an, in der Endphase des Wahlkampfes über 30 Stunden pro Woche aufgewendet zu haben. Weitere 22% sagten, dass sie 20-30 Stunden pro Woche investiert haben. Unter den Nicht-Gewählten investiert hingegen die Hälfte weniger als 10 Stunden. Nur geringe Unterschiede gibt es zwischen Männern und Frauen. Dafür sind markante Unterschiede zwischen den Parteien feststellbar. Am aktivsten sind die Kandidierenden der SVP. Fast 40% der SVP-Kandidierenden gaben an 20 Stunden oder mehr pro Woche für den Wahlkampf aufgewendet haben. Nur ein Drittel der Kandidierenden gab an 10 Stunden oder weniger investiert zu haben. Ebenfalls noch vergleichsweise aktiv sind die Kandidierenden der FDP und der SP. Am wenigsten aktiv sind die Kandidierenden der GPS und der GLP. Je über 50% der Kandidierenden gaben an weniger als 10 Stunden in den Wahlkampf investiert zu haben. Nur gegen 15% sagten, sie investierten 20 Stunden oder mehr. Hier gibt es vermutlich einen Zusammenhang mit den Wahlchancen. Bei den kleineren Parteien sind die Wahlchancen der meisten Kandidierenden verschwindend klein, unter ihnen gibt es viele Listenfüller, die wenig Anreiz haben viel Zeit in einen eigenen Wahlkampf zu investieren.

Grafik 28 Anzahl der Stunden, die Kandidierende in der Endphase des Wahlkampfes investiert haben.



N: Nicht-Gewählte = 1472, Gewählte = 84, Männer = 1033, Frauen = 523, SVP = 167, FDP = 199, BDP = 69, CVP = 177, GLP = 112, SP = 195, GPS = 174.

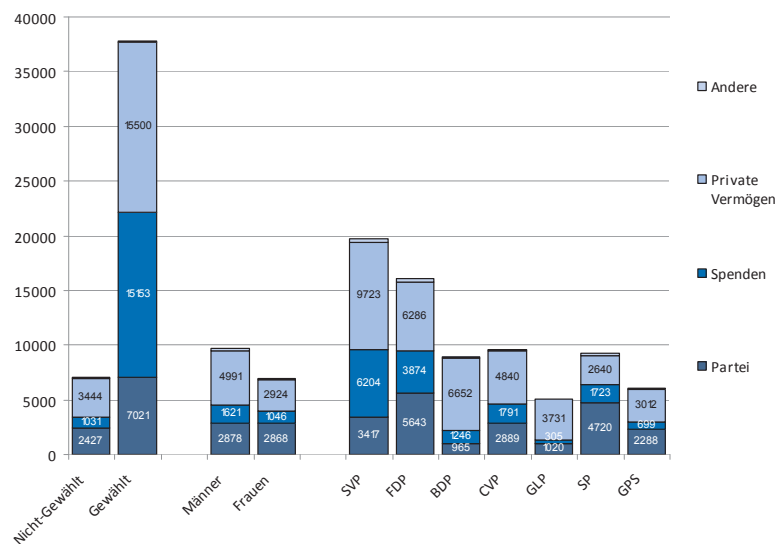
Die zweite wichtige Ressource im Wahlkampf ist Geld. In der Schweiz werden grosse Summen in die Politik investiert, nicht nur für Abstimmungen sondern auch für Wahlen. Ein Teil der Ausgaben wird von den Kandidierenden für ihre individuellen Wahlkämpfe bestritten. 2011 gab ein durchschnittlicher Kandidat

8'700 Franken für den Wahlkampf aus, dabei gab es allerdings erhebliche Unterschiede. Nicht-Gewählte investierten im Durchschnitt rund 7'000 Franken in ihren persönlichen Wahlkampf, Gewählte fast 38'000 Franken. Signifikante Unterschiede sind auch zwischen Frauen und Männern feststellbar, Männer gaben fast 3'000 Franken mehr aus als Frauen. SVP-Kandidierende investierten nicht nur mehr Zeit, sondern auch mehr Geld, fast 20'000 Franken im Durchschnitt. Bei FDP-Kandidierenden lag der Schnitt bei 16'000 Franken. Bei der BDP, CVP und SP lagen die Ausgaben bei rund 9'000 Franken. Am wenigsten gaben die Kandidierenden der GLP mit rund 5'000 und der GPS mit rund 6'000 Franken im Schnitt aus.

Insgesamt ergeben sich durch Kandidierende getätigte Wahlkampfausgaben von 30,5 Mio. Franken. Davon entfallen je rund 7,7 Mio. auf die SVP, 7,1 Mio. auf die FDP, 4 Mio. auf die SP, 3,8 Mio. auf die CVP, 2,4 Mio. auf die GPS und je rund 1,3 Mio. auf BDP und GLP. Auf die Kandidierenden von kleineren Parteien entfallen weitere rund 2,9 Mio. Franken Wahlkampfausgaben. Umgerechnet bedeutet dies, dass alle Kandidaten zusammen pro Stimmberechtigten rund 6 Franken ausgaben, bzw. bei einer Stimmbeteiligung von 50% rund 12 Franken pro Wähler. Diese finanziellen Angaben beruhen auf der Selbstdeklaration der Kandidierenden und geben darum eher die Grössenordnungen und nicht die genauen Ausgaben an. Doch ist unbestreitbar, dass in der Schweiz viel Geld in Wahlkämpfe fliesst, wenn man bedenkt, dass in diesen Zahlen die von Parteien und Verbänden getätigten Wahlkampfausgaben noch gar nicht eingeschlossen sind. Diese dürften ebenfalls noch einmal viele Millionen ausmachen.



Grafik 29 Herkunft der Kampagnenmittel nach verschiedenen Kategorien.



Anmerkung: Diese Angaben wurden errechnet aus der Frage nach den effektiven Wahlkampfausgaben und der prozentualen Herkunft der Kampagnenmittel. N = siehe Grafik 27.

Neben der Höhe der Ausgaben haben wir auch erhoben, woher das Geld kommt und für was es eingesetzt wird. Für die Kandidierenden gibt es grundsätzlich drei Geldquellen: Die Partei, die den Kandidierenden Mittel für den eigenen Wahlkampf gibt, Spenden von Privaten und Institutionen und schliesslich private Vermögen der Kandidierenden. Die Kandidierenden geben an, dass ungefähr 50% der Wahlkampfgelder aus ihrem Privatvermögen stammen. Bei den Nicht-Gewählten ist der Anteil etwas höher gegenüber den Gewählten, wobei absolut die Gewählten trotzdem viel mehr aus der eigenen Tasche bezahlen. Die Gewählten investieren rund 15'500 Franken der Wahlkampfkosten aus der eigenen Tasche. Deutliche Unterschiede gibt es zwischen Männern und Frauen, Männer geben rund 2'000 Franken mehr aus (Total rund 5'000) als Frauen (rund 3'000). Auch zwischen den Parteien sind die absoluten Unterschiede sehr gross. SVP-Kandidierende investieren je rund 10'000 Franken in den Wahlkampf, bei der SP ist es nur ein Viertel davon (2'600 Franken). Bei der SP liegt der Anteil des privaten Vermögens damit bei knapp 30%. Viel eigenes Geld geben mit über 6'000 Franken auch die Kandidierenden von BDP und FDP aus. Bei der BDP macht das eigene Geld den Grossteil der Ausgaben aus, weil die anderen Quellen vergleichsweise bescheiden sind.

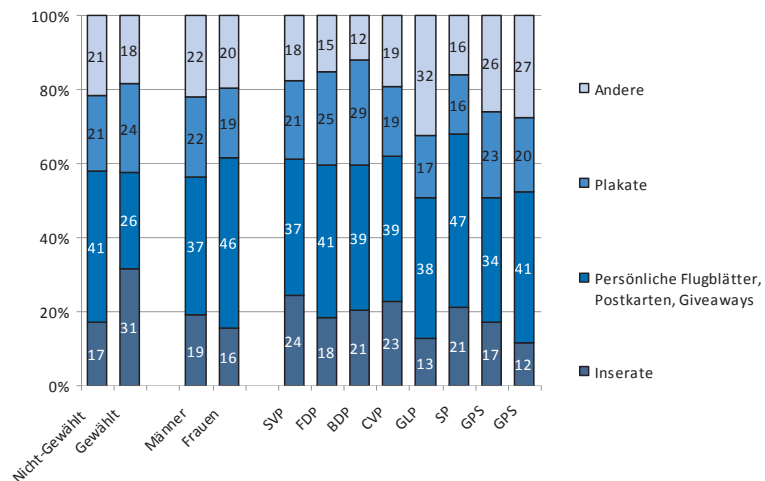
Ein sehr hohes Spendenvolumen können die Gewählten aufweisen. Bei den Parteien gelingt es absolut zudem den SVP-Kandidierenden mit durchschnittlich 6'200 Franken am besten, Spenden zu sammeln, wobei nicht klar ist, ob es sich dabei um private oder um institutionelle Spenden (Firmen, Organisationen) handelt. Auch jeder FDP-Kandidat sammelt noch fast 4'000 Franken an Spenden für den Wahlkampf. Am wenigsten Spendengelder gibt es für die beiden grünen Parteien GLP und GPS.

Sehr grosse Unterschiede gibt es ebenfalls bei den Zuwendungen der Partei. Am höchsten sind diese bei der FDP und SP. Bei der SP sind die Parteigelder auch der höchste Anteil der Ausgaben überhaupt, was bei den anderen Parteien nicht der Fall ist. Woher die Mittel für die Partei kommen ist hingegen nicht ausgewiesen. Es lässt sich vermuten, dass die Unterschiede mit unterschiedlichen Regeln und Gewohnheiten über innerparteiliche Geldflüsse in Zusammenhang stehen.

Für was werden die Mittel eingesetzt? Die Ausgaben der Kandidierenden verteilen sich auf drei Hauptposten: Inserate, persönliche Werbeunterlagen und Plakate (siehe Grafik 30). Inserate nehmen dabei bei den Gewählten ein weit grösseres Volumen ein, diese geben über 30% dafür aus. Ein Grund dafür sind die Kosten, die durch Inserate anfallen und die nur von Kandidierenden mit grossen Budgets getragen werden können. Hingegen wird ein Grossteil des Budgets bei den Nicht-Gewählten für persönliche Werbematerialien, die verteilt oder verschickt werden, ausgegeben. Solche persönlichen Unterlagen sind vergleichsweise günstig zu produzieren und bereits für wenige hundert Franken zu haben.

Auch zwischen den Parteien gibt es kleine Unterschiede. Am meisten wird von den Kandidierenden der SVP (24%) und der CVP (23%) für Inserate ausgegeben, bei der GLP sind es hingegen nur 13%. Für persönliche Werbeunterlagen geben SP-Kandidierende hingegen am meisten, nämlich fast 50% ihres Budgets, aus. Für Plakate wird bei allen Parteien ein ähnlicher Anteil des Budgets ausgegeben.

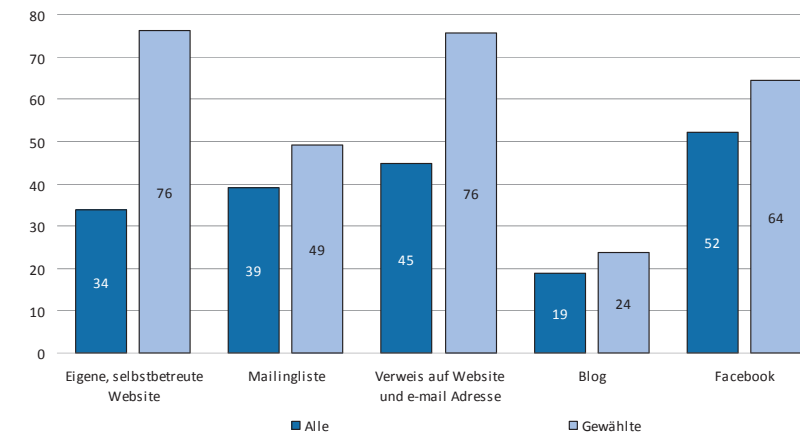
Grafik 30 Verwendung der Mittel der Kandidierenden in %.



N = siehe Grafik 27.

Neben den klassischen Instrumenten wie Inseraten, Flyern und Plakaten erfreut sich die Nutzung des Internets für den Wahlkampf grosser Beliebtheit. Dies ist bemerkenswert, da immer noch umstritten ist, wie stark der Wahlkampf im Internet für den Wahlerfolg überhaupt relevant ist. Nur sehr wenige Internet-Aktivitäten im Wahlkampf erregen grosse Aufmerksamkeit und dies oft nur deshalb, weil elektronische und print-Medien darüber berichten. Webseiten von Kandidierenden, Facebook-Auftritte oder mailing-lists werden wohl weit häufiger von jenen genutzt, die sowieso schon eine hohe Neigung haben einem Kandidierenden die Stimme zu geben, als von ungebundenen unabhängigen Wählern. Allerdings haben diese Instrumente auch einen indirekten Nutzen, etwa um den Freundes- und Bekanntenkreis in den Wahlkampf einzubeziehen. Hinzu kommt, dass viele Kandidierende meinen, es sich nicht leisten zu können, auf diese neuen Instrumente zu verzichten, zumal der Einsatz im Vergleich zu konventionellen Kampagneninstrumenten verhältnismässig billig ist.

Grafik 31 Kandidierende im Internet, Nutzung der Instrumente in %.



N Total = 1346-1502, Gewählte = 67-81.

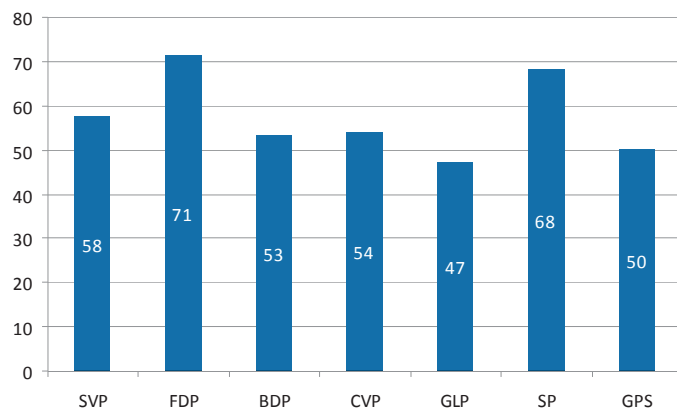
Grafik 31 zeigt wie die Kandidierenden die verschiedenen Medien genutzt haben. Ein Drittel der Befragten gab an, eine eigene selbstbetreute Homepage zu besitzen. Das ergibt insgesamt über 1000 eigene Kandidatenseiten. Bei den Gewählten gaben gar drei Viertel an, eine eigene Homepage aufgeschaltet zu haben. Auch Mailinglisten wurden von vielen Kandidaten verwendet, wobei hier die Unterschiede zwischen Gewählten und allen Kandidierenden nicht so gross sind. Auf die eigene Homepage oder eine E-Mail Adresse verwiesen fast die Hälfte der Kandidierenden im Wahlkampf, bei den Gewählten sind es wiederum rund drei Viertel. 20% der Kandidierenden sagten zudem, dass sie einen Blog unterhalten haben, nur wenig mehr sind es bei den Gewählten. Sehr beliebt sind Facebook-Seiten. Über 50% aller Kandidierenden und fast zwei Drittel der Gewählten gaben an, ein Facebook-Profil genutzt zu haben. Dieses Instrument gehört damit zu den beliebtesten überhaupt im Wahlkampf – wohl nicht zuletzt weil der Aufwand minimal ist und viele bereits über ein Facebook-Konto verfügen.

### Box Die Kandidierenden und Facebook

Facebook wird als neues Medium genutzt, nicht nur um mit Freunden, sondern auch um mit Wählerinnen und Wählern in einem Wahlkampf kommunizieren zu können. Spätestens seit Barack Obama in seiner Wahlkampagne 2008 intensiv mit Facebook Wahlkampf gemacht hat, glauben viele, ohne Facebook seien Wahlen nicht mehr zu gewinnen. Gegenüber anderen online-Instrumenten hat Facebook zudem den Vorteil, dass Rückmeldungen direkt Hinweise geben, was wie gut ankommt.

Wie bereits dargestellt, haben sehr viele Kandidierende ein Facebook-Profil. Facebook ist günstig und im Gegensatz zu eigenen Websites fällt kein Programmieraufwand an. Am häufigsten gaben mit 71% FDP-Kandidierende an, über ein Facebook-Profil zu verfügen. Nur knapp dahinter sind die Kandidierenden der SP. Im Mittelfeld liegen die SVP-Kandidierenden mit 58% sowie CVP und BDP mit etwas über 50%. Am wenigsten häufig gaben GLP-Kandidierende an, ein Facebook-Profil zu besitzen.

Grafik 32 Anteil der Kandidierenden mit Facebook-Profil nach Partei in %.



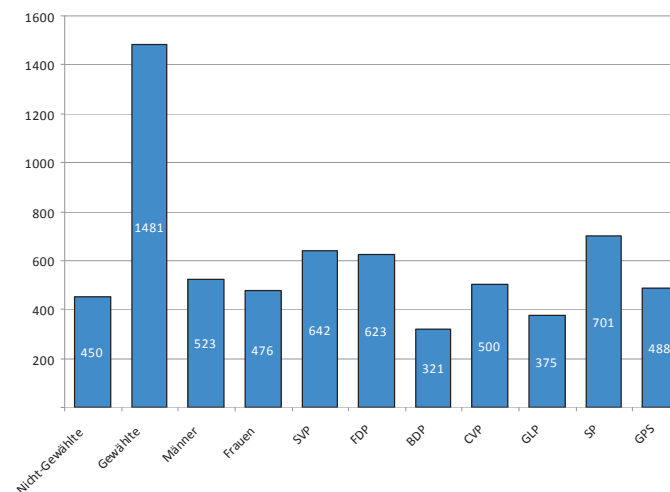
N SVP = 167, FDP = 190, BDP = 65, CVP = 174, GLP = 111, SP = 187, GPS = 169.

Ein Facebook-Konto zu haben, sagt allerdings noch nichts darüber aus, wie stark es genutzt wird. Auf Facebook braucht man viele Freunde, die dann – hoffentlich – auch die Mitteilungen lesen. Wir haben darum die Kandidierenden zusätzlich gefragt, über wie viele Facebook-Freunde sie verfügen. Ein durchschnittlicher Kandidat mit Facebook-Profil verfügt über rund 450 Freunde.

Bei den Gewählten sind es deutlich mehr, diese verfügen über beinahe das dreifache an Facebook-Freunden. Unterschiede gibt es auch zwischen den Parteien. SP-Kandidierende haben rund 700 Facebook-Freunde, gefolgt von der SVP und der FDP. BDP-Kandidierende haben im Schnitt weniger als halb so viele Kontakte mit durchschnittlich gerade einmal 320 Facebook-Freunden. Auch die GLP-Kandidierenden sind mit relativ wenig Facebook-Freunden gesegnet.

Ob mit Facebook Wahlen zu gewinnen sind, bleibt fraglich. Die Zahl der Freunde ist in sehr vielen Fällen zu gering, um entscheidend für den Wahlerfolg zu sein, zumal wohl viele Facebook-Freunde auch unabhängig von Facebook eine hohe Neigung haben, die befreundeten Kandidaten zu wählen. Zudem sind beispielsweise die Gewählten, die sehr häufig Facebook nutzen, auch sonst sehr aktiv im Wahlkampf, so dass die Zahl der Facebook-Freunde weniger den Wahlerfolg erklärt, sondern vielmehr umgekehrt der potentielle Wahlerfolg und die Bekanntheit die Zahl der Facebook-Freunde bestimmt.

Grafik 33 Kandidierende im Internet, Zahl der Facebook-Freunde.



N Nicht-Gewählte = 1021, Gewählte = 60, Männer = 707, Frauen = 374, SVP = 122, FDP = 163, BDP = 64, CVP = 124, GLP = 87, SP = 160, GPS = 119.

## 9 Anhang

### 9.1 Das Selects-Projekt

Selects ist ein seit 1995 bestehendes Wahlforschungsprojekt, das von mehreren politikwissenschaftlichen Instituten an Schweizer Universitäten getragen wird. Mit Selects ist es der Wahlforschung in der Schweiz seit 1995 gelungen, sowohl eine hohe Kontinuität zu wahren als auch immer wieder neue, innovative Fragestellungen einzubeziehen und zusätzlich die Schweizer Wahlforschung international zu vernetzen. Diese Vernetzung erfolgt unter anderem durch die Beteiligung an zwei international vergleichenden Studien. Zum einen ist das die „Comparative Study of Electoral Systems (CSES)“, welche in den 90er Jahren begann und sich bei den Wahlen 2011 bereits im vierten Durchlauf befindet. Das CSES-Modul umfasst verschiedene Fragen, die inzwischen in sehr vielen Wahlstudien weltweit gleich gestellt werden und die Datenbasis für zahlreiche vergleichende Publikationen bietet. Selects ist seit 2007 auch an einem neuen international vergleichenden Projekt beteiligt, dem „Comparative Candidate Survey (CCS)“, und nach den Wahlen 2011 wurden zum zweiten Mal sämtliche Kandidierenden befragt. Diese Kandidierenden-Befragung wurde von dem Team, welches die online-Plattform smartvote betreibt, im Auftrag von Selects durchgeführt.

2011 wurde die Befragung zum grössten Teil vom Schweizerischen Nationalfonds (SNF) gefördert (Projekt-Nr. 10F113\_133957). Zusätzliche Beiträge lieferten die Kantone Genf, Tessin und Zürich, welche die Aufstockung der Stichprobe in diesen Kantonen auf je rund 600 Befragte finanzierten.

Georg Lutz, der Autor dieser Studie, ist seit 1. Januar 2008 Projektleiter und Hauptgesuchsteller von Selects und zudem seit 2011 assoziierter Professor ad personam an der Universität Lausanne. Das seit 1995 bestehende Selects-Projekt wurde Anfang 2008 der neu gegründeten Stiftung für die Forschung in den Sozialwissenschaften (FORS) in Lausanne angegliedert. Die wissenschaftliche Verantwortung des Selects-Projektes liegt bei der Kommission, die von Pascal Sciarini (Universität Genf) präsidiert wird. Weitere Mitglieder waren von 2008 bis 2011 Peter Farago (FORS), Lionel Marquis (Universität Lausanne), Peter Selb (Universität Konstanz), Werner Seitz (Bundesamt für Statistik), Marco R. Steenbergen (Universität Zürich), Adrian Vatter (Universität Bern) und Hans-Urs Wili (Bundeskanzlei).

Die Durchführung des Projektes selber wäre ohne Nicolas Pekari bei FORS, sowie die im Projekt involvierten Doktoranden Robert Baur, Andreas Goldberg und Reto Wattenhofer, die alle während den Erhebungen einen enormen Einsatz leisteten, nicht möglich gewesen.

## 9.2 Zur Interpretation der Ergebnisse

Auch so genannte repräsentative Umfragen sind nicht repräsentativ in dem Sinne, dass sie eine 1:1 Spiegelung der Wirklichkeit darstellen. Die zufällig ausgewählten Personen unterliegen einem Stichprobenfehler und von diesen zufällig ausgewählten Personen können nicht alle befragt werden. Damit sind jene, die befragt werden können, nicht zwingend repräsentativ für alle. So gaben in unserer Umfrage z.B. 74% an, gewählt zu haben, während es in der Realität nur 49% waren. Wir haben diese Verzerrungen in der Beteiligung sowie Verzerrungen im Parteientscheid durch Gewichtung ausgeglichen (vgl. Abschnitt Gewichtungen). All diese Fehlerquellen bedeuten, dass man bei der Interpretation und Darstellung von Ergebnissen zurückhaltend vorgehen muss.

Wir verwenden verschiedene Kriterien, um möglichst nur gesicherte Ergebnisse zu interpretieren. In erster Linie müssen Unterschiede statistisch signifikant sein, d.h. sie müssen überzufällig sein, damit wir sie als Unterschiede interpretieren. Da wir vor allem bivariate Zusammenhänge darstellen, wurde in der Regel ein Chi-Quadrat-Test durchgeführt, der überprüft, ob die Verteilung der Fälle in einer Kreuztabelle statistisch signifikant ist oder nicht. Wir haben hier nur Ergebnisse präsentiert, die signifikant sind.

Allerdings ist auch im Fall signifikanter Unterschiede zwischen zwei Merkmalsausprägungen noch Vorsicht bei der Interpretation angebracht. Ergebnisse liegen innerhalb einer Fehlermarge, welche die Bandbreite angibt, in dem sich der reale Wert mit hoher Wahrscheinlichkeit bewegt. Dieser ist abhängig von der Anzahl der untersuchten Fälle sowie von der Verteilung der Werte. Je weniger Fälle man untersucht und je mehr sich eine Verteilung in Richtung 50-50 bewegt, desto grösser ist die mögliche Verzerrung. Wenn wir alle 4391 Befragten in eine Auswertung einbeziehen, dann ist der Stichprobenfehler mit einer 95% Wahrscheinlichkeit innerhalb einer Grenze von +/- 1,5% bei einer 50-50 Verteilung. Untersucht man nur die Wählerinnen und Wähler der Grünen, von denen 176 befragt wurden, dann steigt der Stichprobenfehler auf +/- 7,5%. Deshalb ist auch die Angabe eines globalen Stichprobenfehlers nicht allzu sinnvoll, da er in Abhängigkeit der einbezogenen Fälle variiert und in der Regel grösser ist, als der global ausgewiesene Stichprobenfehler. Da der mögliche Fehler bei unserer Stichprobengrösse von über 4000 Befragten fast immer grösser als 1% ist, verzichten wir auch konsequent darauf, Ergebnisse mit Kommastellen anzugeben, um nicht den Eindruck einer Genauigkeit zu wecken, die nicht gegeben ist.

Ein weiteres wichtiges Kriterium zur Sicherung wissenschaftlicher Qualität ist der öffentliche Datenzugang. Es ist nur so möglich, Ergebnisse zu verifizieren – oder zu falsifizieren – und damit nachvollziehbar zu machen, wenn der Zugang zu den Rohdaten gewährleistet ist und die Auswertungsmethoden nachvollziehbar beschrieben sind. Diesem Prinzip sind auch wir verpflichtet. Die ausführlich dokumentierten Daten der Befragung 2011 sowie aller früheren Befragungen sind über

den Datenservice DARIS beim Schweizerischen Kompetenzzentrum Sozialwissenschaften (FORS) öffentlich verfügbar ([www.fors.unil.ch](http://www.fors.unil.ch)).

## 9.3 Die Datenbasis

Im Rahmen von Selects 2011 wurden verschiedene Erhebungen durchgeführt.

Die hier verwendeten Befragungsdaten für die *Wählerbefragung* wurden im Rahmen der Schweizer Wahlstudien Selects zwischen 1995 und 2011 mittels computerunterstützter Telefoninterviews (CATI) erhoben. Die CATI-Befragung wurde 2011 durch das Befragungsinstitut DemoSCOPE in Adligenswil durchgeführt. Zwischen 1995 und 2007 wurden in einem doppelten Zufallsverfahren Stichproben jeweils aus dem Telefonregister gezogen.

2011 stand für die Befragungen eine neue Stichprobenbasis zur Verfügung, der Stichprobenrahmen für Personen- und Haushaltsbefragungen (SRPH) des Bundesamtes für Statistik. Als Nebenprodukt der neuen registerbasierten Volkszählung benutzt das BFS die Angaben aus dem neuen, harmonisierten Register als Basis für die Stichprobenziehung bei den eigenen Befragungen. Sie wird aber, gestützt auf Art. 13 der Statistikerhebungsverordnung, auch zugänglich gemacht für „regelmässige Forschungsvorhaben, die vom Schweizerischen Nationalfonds finanziert und als Forschungsvorhaben von nationaler Bedeutung“ sind, sowie „internationale Forschungsvorhaben, die vom Schweizerischen Nationalfonds mitfinanziert werden“.<sup>2</sup> Diese Kriterien erfüllt Selects. Die vom BFS gelieferten Stichproben beinhalten neben Namen und Adressen auch noch verschiedene andere Angaben wie Alter, Zivilstand und Geburtsort.

Kernstück von Selects bildete eine *Nachwahlbefragung* unter 4391 stimmberechtigten Personen in der Schweiz. Diese Personen wurden über einen Zeitraum von drei Wochen nach den Wahlen in einem durchschnittlich 35-minütigen CATI-Interview befragt. Die Stichprobe ist wie schon 2007 so aufgebaut, dass insgesamt rund 2000 Befragte national repräsentativ sind. In den kleinen Kantonen wurden die Stichproben so aufgestockt, dass in jedem Kanton rund 100 Personen befragt werden konnten. Zudem wurden die Stichproben in drei ausgewählten Kantonen (Zürich, Tessin und Genf) auf insgesamt je rund 600 Interviews erweitert. Diese zusätzlichen Interviews wurden von den erwähnten Kantonen zusätzlich finanziert.

Nach der telefonischen Befragung wurden alle – ausser den Befragten in den Kantonen Genf, Tessin und Zürich – gefragt, ob sie bereit seien einen zusätzlichen *schriftlichen Fragebogen* entweder online oder schriftlich auszufüllen. Von den 3260 Personen waren 2489 bereit dies zu tun (76%), davon haben 1786

<sup>2</sup> [http://www.admin.ch/ch/d/sr/431\\_012\\_1/index.html](http://www.admin.ch/ch/d/sr/431_012_1/index.html)

mitgemacht (72% der Teilnehmewilligen, bzw. 55% aller Befragten). 18% füllten den Fragebogen online aus, 82% füllten den schriftlichen Fragebogen aus.

Neben der Nachwahlbefragung wurde im Rahmen von Selects zum ersten Mal in der Deutschschweiz und der Romandie eine sogenannte *Rolling Cross-Section Befragung (RCS)* durchgeführt. Während 41 Tagen (d.h. 6 Wochen) vor den Wahlen wurden täglich rund 100 Interviews durchgeführt. Wichtig bei dieser Art von Befragung ist, dass jede Tagesstichprobe eine eigene Zufallsstichprobe bildet. Um dies zu erreichen, werden täglich neue Adressen aufgeschaltet, jede Adresse bleibt genau gleich lange aktiv und wird nach einem fixen Kontaktschema kontaktiert. Insgesamt wurden vor den Wahlen 4002 CATI-Interviews von gut 15 Minuten durchgeführt. Nach den Wahlen wurden all jene, die vor den Wahlen zum Zeitpunkt der Befragung noch nicht brieflich gewählt hatten, noch einmal kurz über ihr effektives Verhalten befragt. Vor den Wahlen hatten 742 Befragte bereits gewählt, 3260 Personen hatten noch nicht gewählt. Von diesen beteiligten sich nach den Wahlen 2436 (74%) noch einmal an einem kurzen rund 5-minütigen Telefoninterview.

Die neue Stichprobenbasis lässt nun auch zu, einen genaueren Überblick über die *Antwortraten* zu bekommen. Für die Nachbefragung wurden ursprünglich 11'977 Personen gezogen, von diesen konnten bei 2'069 Personen keine Telefonnummer zugeordnet werden (17%). Als sich Ausschöpfungsprobleme abzeichneten, wurden einige Tage nach den Wahlen nochmals 5'299 Reserveadressen mit Telefonnummer hinzugegeben. Insgesamt wurden so 15'207 Adressen mit einer Telefonnummer verwendet. Bei diesen konnten in 2'538 Fällen kein Kontakt hergestellt werden, d.h. es beantwortete während dem Befragungszeitraum nie jemand das Telefon. Von den verbleibenden 12'688 Adressen gab es bei 1'735 einen Kontakt mit dem Haushalt, es konnte jedoch kein Interview durchgeführt werden. 1'116 Personen fühlten sich zu alt, zu krank oder zu überfordert. 5'426 verweigerten aktiv ein Interview, mit den verbleibenden 4'391 wurde schlussendlich ein Interview durchgeführt (35% der Adressen mit Kontakt). Ähnlich sehen die Grössenordnungen bei den RCS-Stichproben aus. Es zeigt sich, dass Selects mit dem verwendeten Befragungsmodus von sehr langen Telefoninterviews an eine Grenze stösst und die Erreichbarkeit sowie die Teilnahmebereitschaft immer weiter zurückgehen. Ein Teil der Verzerrung kann mit Gewichtung ausgeglichen werden (siehe nächster Abschnitt), aber dies ist bei der Konzeption künftiger Befragungen trotzdem zu berücksichtigen.

Tabelle A.1 Ausschöpfung der Adressen Nachbefragung und RCS.

	Nachbefragung	RCS
(A) Personen total/insgesamt	11977	15283
(B) Davon ohne Telefonnummer	2069	2352
(C) Zusatzadressen (nur mit Telefonnummer)	5299	
(D) Total Adressen mit Telefonnummer (A+C-B)	15207	12931
(E) Kein Kontakt	2539	2478
(F) Total/insgesamt mit Kontakt (D-E)	12668	10453
Kein Interview: Kontakt, aber Interview nicht möglich Zielpersonen	1735	1682
Kein Interview: Zu alt, krank, überfordert	1116	776
Kein Interview: Aktive Verweigerung	5426	3993
Interview	4391	4002

Zum ersten Mal konnten im Rahmen von Selects auch die *Auslandsschweizerinnen und Auslandsschweizer* befragt werden. Aus Datenschutzgründen war es leider nicht möglich, diese direkt durch Selects zu kontaktieren, da das EDA keine Daten aus dem Register der Auslandsschweizer nach aussen geben darf. Das EDA war allerdings bereit eine personalisierte Informations-E-Mail an rund 7'000 zufällig ausgewählte Personen zu verschicken und so auf die Umfrage aufmerksam zu machen. Die E-Mail Adressen stammen aus einer Datenbank aller beim EDA registrierten und stimmberechtigten Auslandsschweizer. Für die Hälfte der rund 130'000 Stimmberechtigten liegt eine E-Mail Adresse vor. Von den knapp 7'000 Kontaktierten machten 1629 (23%) bei der Befragung mit. Für diese Umfrage wurde eine online-Befragung mit einem auf die Auslandsschweizerinnen und Auslandsschweizer zugeschnittenen Fragebogen aufgeschaltet. Da es sich um eine reine online-Rekrutierung und -Befragung handelt, besteht eine gewisse Unsicherheit, ob die Ergebnisse auch repräsentativ sind. Die Analyse der Ergebnisse zeigt jedoch, dass die Stichprobe keine nennenswerten Verzerrungen aufweist.

2011 wurden wie vier Jahre zuvor auch sämtliche *Kandidatinnen und Kandidaten* befragt. Diese Befragung wurde mittels eines online-Fragebogens sowie durch den Versand eines schriftlichen Fragebogens im Rahmen einer Erinnerung an jene, die sich nicht online beteiligt hatten, durch das gleiche Team, welches auch für die online-Plattform smartvote zuständig ist, durchgeführt. Von den 3547 Kandidaten für den National- und Ständerat (3473 Nationalratskandidierende, 74 für den Ständerat) haben 1676 mitgemacht, was einem Rücklauf von 47% entspricht.

## 9.4 Gewichtung

Wie wir weiter oben gesehen haben, sind die Daten nicht zufällig verteilt. Um für die ganze Schweiz gültige Ergebnisse zu erhalten, wurden die Daten für diese Studie deshalb gewichtet.

### Nachbefragung

Die effektiv Befragten sind wie erwähnt aufgrund der nach Kantonen aufgestockten Stichprobe sowie aufgrund der selektiven Ausfälle nicht repräsentativ. Diese Verzerrungen gleicht man jeweils mittels Gewichtungen aus. Das Problem dabei ist, dass die Gewichtung eines Merkmals jeweils neue Verzerrungen produzieren kann. Ob und auf Basis welcher Merkmale gewichtet werden soll, ist in der Literatur nicht unumstritten. Wir haben in allen bisherigen Befragungen das Prinzip angewandt, dass (1) stichprobenbedingte Verzerrungen sowie (2) untersuchungsrelevante Merkmale gewichtet werden.

- (1) Designgewichte: Stichprobenbedingte Verzerrungen entstehen durch die Aufstockung der kantonalen Stichproben.
- (2) Befragungsverzerrungen: Untersuchungsrelevant für unsere Fragen sind vor allem zwei Merkmale: Beteiligung und Parteientscheid. Diese beiden Verzerrungen haben wir ebenfalls in die Gewichtung einbezogen.

Tabelle A.2 gibt die Verteilung der Befragten 2011 auf die Kantone, den tatsächlichen Anteil der Wahlberechtigten, welche gemäss Bundesamt für Statistik in den jeweiligen Kantonen stimmberechtigt waren, und die darauf basierende kantonale Gewichtung wieder. Dieses Gewicht berechnet sich dabei als der Quotient des Anteils der Wahlberechtigten in der Grundgesamtheit und des Anteils der Befragten in der Stichprobe, der auf Kanton  $k$  entfällt, also als  $w_k = GG_k / \text{Sample}_k$ . Dieses Gewicht stellt ex post die gleichen Auswahlwahrscheinlichkeiten der Befragten über die Kantone her.

Tabelle A.2 Kantonsgewichtung ( $w_k$ ) der Befragungsdaten auf Basis der Verteilung der Wahlberechtigten in der Grundgesamtheit (GG) der Schweizer Wählerschaft gemäss Bundesamt für Statistik und der Befragten in der Stichprobe (Sample) über die Kantone 2011 (in %).

Kanton	GG	Sample	$w_k$	Kanton	GG	Sample	$w_k$
ZH	17.1	15.0	1.14	SH	1.0	1.7	.58
BE	13.9	6.6	2.10	AR	.7	2.3	.33
LU	5.1	2.5	2.06	AI	.2	1.9	.12
UR	.5	2.0	.25	SG	6.1	3.1	1.99
SZ	1.9	1.7	1.12	GR	2.6	2.2	1.19
OW	.5	1.8	.28	AG	7.8	3.7	2.09
NW	.6	1.9	.32	TG	3.1	2.5	1.26
GL	.5	1.5	.34	TI	4.1	13.4	.31
ZG	1.4	2.7	.53	VD	8.0	4.1	1.98
FR	3.6	2.4	1.50	VS	4.0	2.4	1.66
SO	3.4	2.4	1.43	NE	2.1	2.1	1.00
BS	2.2	2.4	.91	GE	4.7	13.2	.36
BL	3.6	2.4	1.50	JU	1.0	2.3	.44

Während das kantonale Gewicht für die regionale Schichtung der Stichprobenziehung kompensiert, wird mittels des Beteiligungs- und des Parteiengewichts eine Korrektur von Verzerrungen bei der Stichprobenausschöpfung angestrebt. Dieser Ausfallprozess ist systematisch an bestimmte Eigenschaften der Mitglieder der Stichprobenpopulation geknüpft, was bezüglich des Beteiligungsverhaltens besonders deutlich wird. So wird aus Tabelle A.3 ersichtlich, dass der Anteil derer, die bei der Befragung angaben an den Wahlen teilgenommen zu haben, wesentlich höher ist, als die offizielle Beteiligung an den Wahlen. Während die offizielle Wahlbeteiligung bei den Nationalratswahlen 2011 bei 49% lag, betrug der entsprechende Anteil in der Stichprobe 74%. Dieses Phänomen hat vermutlich unterschiedliche Ursachen. Zum einen dürfte hier ein gewisser Teil der Befragten unter dem Druck der sozialen Erwünschtheit der Wahlteilnahme nicht wahrheitsgemäss geantwortet haben. Zum anderen ist es auch sehr viel schwieriger politisch nicht Interessierte zu einer Teilnahme an den Befragungen zu bewegen.

Wenn man nun derartige Verzerrungen durch Gewichtungen korrigiert, geschieht dies auf Basis bestimmter Annahmen. Bei der im Rahmen der vorliegenden Studie angewendeten Beteiligungsgewichtung  $w_b$  wird angenommen, dass selbstbekundete Wählende und Nichtwählende in den Stichproben jeweils repräsentativ für die entsprechenden Segmente der Grundgesamtheit sind. Die Beteiligungsgewichtung wird analog zur Kantonsgewichtung als  $w_b = GG_b / \text{Sample}_b$  berechnet.

**Tabelle A.3** Beteiligungsgewichtung ( $w_b$ ) der Befragungsdaten auf Basis der offiziellen Wahlbeteiligung (GG) gemäss Bundesamt für Statistik und der Verteilung der Befragten in der Stichprobe (Sample) 2011 (in %). Stichprobe ist mit  $w_k$  gewichtet.

Teilnahme	GG	Sample	$w_b$
Ja	48.5	73.6	0.66
Nein	51.5	26.1	1.97

Wie Tabelle A.4 zeigt, ist die Verzerrung durch Stichprobenselektivität im Fall der Verteilung der Parteiwahl in den Selects-Daten etwas weniger gravierend. Hier wird wiederum angenommen, dass die Parteiwählerschaften, die an den Befragungen teilgenommen haben, jeweils repräsentativ für die entsprechenden Segmente in der Grundgesamtheit der Wählerschaft sind. Die Partiegewichtung  $w_p$  wird entsprechend den beiden vorangegangenen Gewichtungen berechnet als  $w_p = GG_p / Sample_p$ . Nicht an der Wahl teilnehmende Personen erhalten dabei das Gewicht 1.

Die hier vorgestellten Gewichtungen wurden für die in dieser Broschüre präsentierten Analysen in unterschiedlicher Weise *gekettet*. Für die im Kapitel zur *Wahlteilnahme* vorgestellten Analysen wurde das Kettengewicht  $w_k \times w_b$  verwendet. Für die Analysen des *Parteientscheids* wurde im Fall der Wählerwanderungen das Gewicht  $w_k \times w_b \times w_p$  benutzt, bei den übrigen Analysen  $w_k \times w_p$ .

**Tabelle A.4** Partiegewichtung ( $w_p$ ) der Befragungsdaten auf Basis der offiziellen Wahlergebnisse gemäss Bundesamt für Statistik (GG) und der Verteilung der Befragten in der Stichprobe (Sample) 2011 (in %). Stichprobe ist mit  $w_k$  gewichtet.

Partei	GG	Sample	$w_p$
SVP	26.6	20.2	1.31
FDP	15.1	14.5	1.04
BDP	5.4	6.3	0.85
CVP	12.3	11.9	1.03
GLP	5.4	6.6	0.82
SP	18.7	24.2	0.77
GPS	8.4	7.4	1.13
Übrige	8.1	8.8	0.92

### Rolling Cross-Section

Da es sich bei der RCS-Befragung um eine für die Deutschschweiz und die Romandie repräsentative Befragung handelt, war es nicht notwendig, Designgewichte zu berechnen. Ebenfalls wurde darauf verzichtet, die Partizipationsgewichtung zu erstellen, da in der Nachbefragung nur noch 20% angaben, nicht gewählt zu haben. Dies lässt sich dadurch erklären, dass einige durch die Befragung selber

zu einer Wahlteilnahme motiviert worden sind und zudem die Ausfallquote beim zweiten Interview wahrscheinlich bei jenen grösser ist, die sich nicht an der Wahl beteiligt haben. Das RCS-Design ist deshalb eher ungeeignet kurzfristige Mobilisierungs- und Demobilisierungsprozesse zu untersuchen.

Etwas kompliziert gestaltete sich die Partiegewichtung der Rolling Cross-Section, da wir hier keine Angaben über die „wahre“ Verteilung der Präferenzen vor den Wahlen zur Verfügung haben. Wir haben deshalb für die RCS-Daten eine doppelte Gewichtung erstellt. Bei denjenigen, bei denen wir über einen effektiven Wahlentscheid verfügen, haben wir diesen nach dem effektiven Ergebnis gewichtet ( $w_v$ ). Danach haben wir geschaut, wie sich die Wahlabsichten derjenigen, für die ein Wahlentscheid vorliegt und derjenigen, über die kein Wahlentscheid vorliegt, unterscheiden. Da sich diese beiden Gruppen sehr ähnlich verteilen und zudem auch noch mit dem effektiven Wahlentscheid übereinstimmen, haben wir jene, für die nur Wahlpräferenzen vorliegen, ebenfalls anhand des effektiven Wahlergebnisses gewichtet ( $w_i$ ).

**Tabelle A.5** Partiegewichtung ( $w_v$  und  $w_i$ ) der RCS-Befragung auf Basis der offiziellen Wahlergebnisse gemäss Bundesamt für Statistik (GG) und der Verteilung der Befragten in der Stichprobe (Sample) 2011 (in %).

	Wahlergebnis (ohne Tessin)	Sample Gewählt	Sample Wahlabsicht	$w_v$	$w_i$
SVP	27.4	21.1	21.8	1.30	1.26
FDP	14.6	13.5	12.6	1.08	1.17
BDP	5.7	6.7	4.5	0.85	1.27
CVP	11.9	11.3	10.4	1.05	1.15
GLP	5.6	7.2	5.4	0.78	1.05
SP	18.8	23.3	23.6	0.81	0.80
GPS	8.5	7.7	7.5	1.10	1.14
Übrige	7.4	9.1	14.4	0.81	0.51

### Kandidierende

Analog zu den Verzerrungen in der Wählerbefragung haben wir auch die Verzerrungen in der Kandidatenbefragung ausgeglichen, um die Stichprobe nach Kanton, für Gewählte und Nicht-Gewählte sowie nach Parteizugehörigkeit repräsentativ zu machen/korrigieren. Auch hier treffen wir die Annahme, dass die Antwortenden jeweils repräsentativ für alle in der entsprechenden Gruppe sind.

Tabelle A.5 gibt die Kantonsgewichtung für die Kandidierenden bei den Nationalratswahlen wieder ( $w_{cc}$ ).



Tabelle A.6 Gewichtung der Kantone.

Kanton	Befragte	Kandidierende		Anteil Befragte	Anteil Kandidierende	$W_{kandc}$
		Total				
ZH	307	802		18.7	23.1	1.24
BE	275	545		16.7	15.7	0.94
LU	78	129		4.8	3.7	0.78
UR	1	2		0.1	0.1	0.95
SZ	31	64		1.9	1.8	0.98
OW	0	2		0.0	0.1	
NW	2	3		0.1	0.1	0.71
GL	0	2		0.0	0.1	
ZG	12	35		0.7	1.0	1.38
FR	48	99		2.9	2.9	0.98
SO	69	141		4.2	4.1	0.97
BS	52	114		3.2	3.3	1.04
BL	53	97		3.2	2.8	0.87
SH	11	21		0.7	0.6	0.90
AR	2	2		0.1	0.1	0.47
AI	2	4		0.1	0.1	0.95
SG	80	176		4.9	5.1	1.04
GR	35	69		2.1	2.0	0.93
AG	132	280		8.0	8.1	1.00
TG	57	102		3.5	2.9	0.85
TI	46	68		2.8	2.0	0.70
VD	161	334		9.8	9.6	0.98
VS	76	151		4.6	4.3	0.94
NE	27	45		1.6	1.3	0.79
GE	75	170		4.6	4.9	1.07
JU	10	16		0.6	0.5	0.76
Total	1642	3473				

Erfreulicherweise war die Beteiligung an der Befragung unter den Gewählten sogar etwas höher als unter den Nicht-Gewählten. Grössere Verschiebungen gab es zwischen den Parteien. Kandidierende der SVP beteiligten sich deutlich weniger häufig, Kandidierende der SP, der GPS und der BDP hingegen wesentlich häufiger an der Befragung. Für die Gewählten und Nicht-Gewählten, sowie nach Parteien wurden die Daten wie folgt gewichtet:

Tabelle A.7 Gewichtung der Kandidatenbefragung nach Gewählt-/Nicht-Gewählt ( $w_{kandg}$ ) und Partei ( $w_{kandp}$ ) auf der Basis der effektiv Kandidierenden (GG) und der Verteilung der Befragten in der Stichprobe (Sample) (in %).

	GG	Sample	$w_{kandg}$	Partei	GG	Sample	$w_{kandp}$
Nicht-Gewählt	94.3	93.8	1.00	SVP	11.1	9.1	1.21
Gewählt	5.7	6.2	0.93	FDP	12.6	11.6	1.09
				BDP	4.3	5.1	0.85
				CVP	11.2	10.8	1.04
				GLP	6.8	7.4	0.92
				SP	12.3	16.6	0.74
				GPS	11.1	13.0	0.85
				Übrige	28.5	26.4	1.08

### Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer

Am schwierigsten war es eine sinnvolle Gewichtung für Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer zu erstellen, da in diesem Fall nicht für alle Eigenschaften Angaben über die Grundgesamtheit vorliegen. Das Partizipations- und Wahlverhalten dieser Gruppe ist allerdings in insgesamt zehn Kantonen und Halbkantonen separat ausgewiesen. Es sind die Kantone LU, UR, BS, AI, SG, AG, TG, VD, VS und GE. Aus diesen Angaben lässt sich schätzen, wie stark die Daten in Bezug auf Partizipation und auf den Parteientscheid verzerrt sind.

- Die erste Frage die sich stellt ist, wie repräsentativ die zehn Kantone für die Verteilung in der gesamten Befragung sind. Spalte A in Tabelle A.7 zeigt die Beteiligung und die Wähleranteile in der ganzen Schweiz und aggregiert auf die Kantone, in denen Daten zur Verfügung stehen. Die zehn Kantone bilden insgesamt einen guten Querschnitt der Schweiz (vgl. Spalte A und B). Die Beteiligung ist nur leicht geringer als im nationalen Durchschnitt und unter den Parteien ist vor allem die FDP überrepräsentiert, die BDP unterrepräsentiert.
- Vergleicht man in den zehn Kantonen nun die effektiven Ergebnisse der Auslandschweizer (Spalte C) mit dem Wahlverhalten aller Stimmberechtigten in diesen Kantonen (Spalte B), so zeigt sich, dass die Beteiligung mit 30% deutlich geringer ist. Geringer sind auch die Wähleranteile von SVP und FDP, höher sind die Anteile von SP und vor allem von GPS, die bei den Auslandschweizern auf 17% kommen.
- In einem letzten Schritt bleibt nun zu eruieren, wie die Auslandschweizer in der Befragung in jenen zehn Kantonen abschliessen (Spalte E) und wie diese im Vergleich zu allen Auslandschweizern in der Befragung stehen (Spalte D). Es zeigt sich, dass vor allem die SVP und die GPS in der Befragung unterrepräsentiert sind, die FDP und die GLP überrepräsentiert.

Für diese Faktoren lassen sich Gewichtungen errechnen (vgl. Tabelle A.8), nach der folgenden Logik:

- Gewichtung zur Herstellung der Repräsentativität aus den zehn Kantonen für die ganze Schweiz (A/B).
- Gewicht zur Herstellung der Repräsentativität der Auslandschweizer in den zehn Kantonen, Sample im Vergleich zu effektiven Ergebnissen (C/E).
- Ein Multiplikation der beiden Gewichte zu einem Endgewicht, das dann auch in der Analyse verwendet wurde.

Auch hier gilt wieder die Annahme, dass die Verzerrungen in allen Kantonen gleich sind wie die Verzerrungen in den zehn Kantonen, für die Informationen vorliegen.

Tabelle A.8 Verteilungen und Gewichtungen der Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer in %.

	Effektive Ergebnisse					Auslandschweizer in der Befragung		Endgewicht (A/B) * (C/E)
	(A) Total Inland und Auslandschweizer	(B) 10 Kantone Inland- und Auslandschweizer	(C) Auslandschweizer 10 Kantone	(D) Total	(E) 10 Kantone	Gewicht Repräsentativität 10 Kantone (A/B)	Gewicht Repräsentativität Auslandschweizer in den 10 Kantonen Sample im Vergleich zu effektiven (C/E)	
Beteiligung	48,5	47,3	30	50	50	1,025	0,600	0,615
SVP	27	26	20	11	11	1.028	1.800	1.851
FDP	15	20	16	21	21	0.770	0.767	0.591
BDP	5	3	2	4	4	2.013	0.453	0.912
CVP	12	14	12	8	11	0.893	1.062	0.949
GLP	5	5	5	12	12	1.172	0.397	0.465
SP	19	19	21	23	20	0.999	1.034	1.033
GPS	8	9	17	11	12	0.975	1.403	1.369
Andere	8	6	9	10	9	1.327	0.936	1.242
Total	100	100	100	100	100			

## Ausgewählte Literatur mit Ergebnissen aus dem Selects-Projekt

- Bühlmann, Marc, Sarah Nicolet, and Peter Selb (eds.). 2006. *National elections in Switzerland*. Chur: Rüegger. *Swiss Political Science Review* 12 (4).
- Farago, Peter. 1995. Wahlen 1995. Zusammensetzung und politische Orientierungen der Wählerschaft an den Eidgenössischen Wahlen 1995 / Elections 1995. Composition et orientations politiques de l'électorat aux élections fédérales 1995. *Selects*, Band 1. Bern/Genf/Zürich.
- Hirter, Hans. 2000. Wahlen 1999. Zusammensetzung und politische Orientierungen der Wählerschaft bei den Eidgenössischen Wahlen 1995 / Elections 1995. Composition et orientations politiques de l'électorat lors des élections fédérales 1995. *Selects*, Band 4. Bern/Genf/Zürich.
- Kriesi, Hanspeter, Romain Lachat, Peter Selb, Marc Helbling and Simon Bornschieer. 2005. *Der Aufstieg der SVP. Acht Kantone im Vergleich*. Zürich: NZZ Libro.
- Kriesi, Hanspeter, Wolf Linder, und Ulrich Klöti, Hrsg. 1998. *Schweizer Wahlen 1995. Ergebnisse des Projekts Selects*. *Selects*, Band 2. Bern/Suttgart/Wien: Haupt.
- Lutz, Georg. 2008. *Eidgenössische Wahlen 2007. Wahlteilnahme und Wahlentscheid*. Lausanne: Selects-FORS.
- Lutz, Georg, Thomas Milic und Marco Steenbergen (Hrsg.). 2010. *The Swiss National Elections 2007*. *Swiss Political Science Review* 16 (3).
- Sciarini, Pascal, Sibylle Hardmeier, und Adrian Vatter, Hrsg. 2003. *Schweizer Wahlen 1999 – Elections fédérales 1999*. *Selects*, Band 6. Bern/Stuttgart/Wien: Haupt.
- Sciarini, Pascal et Sarah Nicolet, (éds). 2010. *Le destin électoral de la gauche. Le vote socialiste et vert en Suisse*. Genève: Georg.
- Selb, Peter und Lachat, Romain. 2004. *Wahlen 2003. Die Entwicklung des Wahlverhaltens*. *Swiss Electoral Studies*, Vol. 8. Zürich: Institut für Politikwissenschaft, 2004.